# BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag 18. Wahlperiode

# Plenarprotokoll

42. Sitzung 16.05.13

# 42. Sitzung

am Donnerstag, dem 16. Mai 2013

# Inhalt

Eingang gemäß § 21 Satz 1 der Geschäftsord- nung2895	Abstimmung
Kleine Anfrage gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	Steuerflucht, Steuerbetrug und Steuerdumping wirksam bekämpfen!
Tarifergebnis auch für Beamtinnen und Beamte übernehmen! Antrag der Fraktion DIE LINKE	Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 8. Mai 2013 (Drucksache 18/901)
vom 25. April 2013 (Neufassung der Drucksache 18/870	D a z u
vom 18. April 2013) (Drucksache 18/875)	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 15. Mai 2013
	(Drucksache 18/916)
Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 in der Freien Hansestadt Bremen (BremBBVAnpG	Steuerhinterziehung konsequent bekämpfen – Steueransprüche konsequent durchsetzen
2013/2014)	Antrag der Fraktion der CDU vom 15. Mai 2013
Mitteilung des Senats vom 14. Mai 2013 (Drucksache 18/912)	(Drucksache 18/914)
1. Lesung	Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) 2923
Dazu	Abg. Gottschalk (SPD)
Mitteilung des Senats vom 15. Mai 2013	Abg. Frau Piontkowski (CDU)2926
(Drucksache 18/917)	Abg. Rupp (DIE LINKE)2928
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)2895	Abg. Frau Piontkowski (CDU)2929
Abg. Liess (SPD)	Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) 2929
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) 2900	Abg. Gottschalk (SPD)2931
Abg. Timke (BIW)	Abg. Rupp (DIE LINKE)2932
Abg. Röwekamp (CDU)2905	Bürgermeisterin Linnert2933
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)2907	Abg. Rupp (DIE LINKE)2934
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) 2909	Abstimmung2935
Abg. Röwekamp (CDU)2911	
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)2912	Einstellungsquote von schwerbehinderten Men-
Bürgermeisterin Linnert	schen im öffentlichen Dienst erhöhen
Abg. Röwekamp (CDU)	Antrag der Fraktion der CDU vom 16. April 2013
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 2918	(Drucksache 18/854)
Bürgermeister Böhrnsen	
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	Abg. Frau Grönert (CDU)2935

Abg. Liess (SPD)2936	Abg. Gottschalk (SPD)2951		
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) 2937	Abg. Rupp (DIE LINKE)2952		
Abg. Frau Bernhard (DIE LINKE)2938	Abg. Imhoff (CDU)2953		
Bürgermeisterin Linnert	Senator Dr. Lohse2954		
Abstimmung2940	Abstimmung		
Mehrsprachige und kultursensible psychotherapeutische Behandlung ermöglichen	Einwanderung von Neu-EU-Bürgerinnen und -Bürgern		
Antrag der Fraktionen der SPD und Bünd- nis 90/Die Grünen vom 16. April 2013 (Drucksache 18/865)	Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 18. April 2013 (Drucksache 18/871)		
Abg. Seyrek (SPD)2940	D a z u		
Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/ Die Grünen)2941	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 14. Mai 2013		
Abg. Rupp (DIE LINKE)2942	(Drucksache 18/905)		
Abg. Bensch (CDU)	Abg. Möhle (SPD)2955		
Staatsrat Härtl	Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/ Die Grünen)2957		
	Abg. Tuncel (DIE LINKE)2958		
Fit für die Vergabe	Abg. Frau Grönert (CDU)2959		
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD	Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/ Die Grünen) 2960		
vom 16. April 2013 (Drucksache 18/868)	Abg. Möhle (SPD)2961		
,	Staatsrat Frehe		
Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)       2944         Abg. Kottisch (SPD)       2945	Abstimmung		
Abg. Rupp (DIE LINKE)2946	Donada an aliticale a Entrale di dun man an anno stan		
Abg. Kastendiek (CDU)2947	Bundespolitische Entscheidungen zugunsten von Mieterinnen und Mietern umsetzen!		
Senator Günthner	Mitteilung des Senats vom 30. April 2013		
Abstimmung	(Drucksache 18/886)		
Bienenfreundliches Bremen	Abg. Frau Wendland (Bündnis 90/Die Grünen) . 2964		
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen	Abg. Frau Grönert (CDU)2964		
und der SPD	Abg. Frau Bernhard (DIE LINKE)2965		
vom 17. April 2013	Abg. Pohlmann (SPD)		
(Drucksache 18/869)	Senator Dr. Lohse		
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)2949	Anhang zum Plenarprotokoll2969		

#### **Präsident Weber**

Vizepräsident Ravens Schriftführerin Grotheer

Vizepräsidentin Schön Schriftführerin Mahnke

Schriftführerin Dr. Mohammadzadeh

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD) Präsident des Senats, Senator für kirchliche Angelegenheiten und für Kultur

Bürgermeisterin Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) Senatorin für Finanzen

Senator für Inneres und Sport Mäurer (SPD)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und für Justiz und Verfassung Günthner (SPD)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr **Dr. Lohse** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Gesundheit **Dr. Schulte-Sasse** (SPD)

 $Staatsrat\ \textbf{Dr. Joachim}\ (Senatskanzlei)$ 

Staatsrätin **Emigholz** (Senator für Kultur)

Staatsrat **Frehe** (Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen)

Staatsrätin **Friderich** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat Golasowski (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat Härtl (Senator für Gesundheit)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat Münch (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrat Strehl (Senatorin für Finanzen)

#### (A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

**Präsident Weber:** Ich eröffne die 42. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich Mitglieder der Gewerkschaft ver.di.

Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Die interfraktionellen Absprachen können Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit Stand von heute, 9.00 Uhr, entnehmen. Diesem Umdruck können Sie auch den Eingang gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, ihn nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich insoweit um den Tagesordnungspunkt 38, Steuerhinterziehung konsequent bekämpfen – Steueransprüche konsequent durchsetzen, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/914.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten weiteren Umdruck zu entnehmen.

#### I. Eingang gemäß § 21 Satz 1 der Geschäftsordnung

Bibliotheken durchgehend sonntags öffnen Antrag der Fraktion der CDU vom 15. Mai 2013 (Drucksache 18/915)

(B)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der Juni-Sitzung.

#### II. Kleine Anfrage gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

Gewalt in der Pflege – Was hat sich in Bremen seit November 2012 geändert?

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 15. Mai 2013

Ich möchte Sie noch daran erinnern, dass wir heute Abend um 18.30 Uhr einen parlamentarischen Abend bei der Commerzbank haben. Ich bitte, dass Sie das noch in Ihren Terminkalendern vermerken, wenn Sie es nicht schon getan haben!

Wir treten in die Tagesordnung ein.

# Tarifergebnis auch für Beamtinnen und Beamte übernehmen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 25. April 2013 (Neufassung der Drucksache 18/870 vom 18. April 2013) (Drucksache 18/875)

Wir verbinden hiermit:

## Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 in der Freien Hansestadt Bremen (BremBBVAnpG 2013/2014)

Mitteilung des Senats vom 14. Mai 2013 (Drucksache 18/912) 1. Lesung

Dazu

### Mitteilung des Senats vom 15. Mai 2013

(Drucksache 18/917)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Linnert.

Wir kommen zur ersten Lesung der Gesetzesvorlage.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)\*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen! "Tarifergebnis auch für Beamtinnen und Beamte übernehmen!", das ist genau das, was wir in unserem Antrag fordern.

Worum geht es? Die Gewerkschaften haben für die tarifgebundenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes der Länder eine Tarifsteigerung erstritten. Diese wird in Bremen auch für die Angestellten des öffentlichen Dienstes übernommen, und die Einigung sieht eine Erhöhung der Entgelte in Höhe von 2,65 Prozent zum 1. Januar 2013 und eine weitere Erhöhung in Höhe von 2,95 Prozent zum 1. Januar 2014 vor. Schon während der Auseinandersetzungen und der Warnstreiks, die auch in Bremen stattgefunden haben, konnten sich die Beamten nicht sicher sein, ob sich ihr Einsatz auf der Straße lohnt, denn bereits Anfang des Jahres hatte Bremens Finanzsenatorin im "Weser-Kurier" mitgeteilt, dass sie wegen der Haushaltslage nicht gedenke, Tarifsteigerungen eins zu eins auf die Beamten zu übertragen. Sie nannte das in diesem Interview den Klassiker.

Ein Klassiker ist dieses Vorgehen in der Tat, denn entgegen öffentlichen Äußerungen, dass man in Bremen jetzt auf diese Kürzungsmaßnahme zurückgreifen müsse, weil die Haushaltslage nichts anderes hergebe, stehen Einschnitte bei der Anpassung der Besoldung der Bremer Beamten nun seit dem Jahr 2007 bereits zum vierten Mal auf der Tagesordnung. Wenn wir uns erinnern: Im Jahr 2007 hatte der Senat die Tarifübernahme um zwei Jahre verzögert und die Einmalzahlung nicht gewährt. Im Jahr 2009 wurde der Tarif zwar zeitgleich übernommen, aber der Sockelbetrag von 40 Euro halbiert. Im Jahr 2011 wurde die Tarifsteigerung gestaffelt nach Besoldungsgruppen zeitver-

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) zögert übernommen, und Beamte ab der Besoldungsgruppe A 9 erhielten die Einmalzahlung nicht mehr. Was in dieser Aufzählung gar nicht enthalten ist, sind die Kürzungen und Streichungen beim Urlaubsund Weihnachtsgeld in den vergangenen zehn Jahren

Nun tut der Senat aber aktuell so, als würde er jetzt im Rahmen der Haushaltskonsolidierung erstmals von den Beamten ein Sonderopfer verlangen. Nein, meine Damen und Herren vom Senat und von den Regierungsfraktionen, das stimmt nicht! Allerdings stimmt es, dass Sie in den vergangenen Jahren nie so weit gegangen sind wie dieses Mal.

Was haben Sie konkret vor? Bis zur Besoldungsstufe A 10 soll das Tarifergebnis übernommen werden, aber um ein halbes Jahr verzögert. Öffentlich haben Sie sich hingestellt und gesagt, das sei fair, die Vollzugsbeamten würden ausgenommen, denn Beamte der Feuerwehr und der Polizei sind überwiegend in den unteren beziehungsweise mittleren Besoldungsstufen zu Hause, im Übrigen ein Unding, wie ich finde! Ein Beamter der Feuerwehr liegt bei einer 48-Stunden-Woche mit seinem Einkommen zwischen 1 800 und 2 500 Euro brutto, überwiegend wird die Feuerwehr nämlich nach A 7 oder A 8 besoldet. Fair ist das in meinen Augen nicht.

### (Beifall bei der LINKEN)

(B) Kommen Sie mir jetzt bitte nicht damit, Feuerwehrleute hätten ja alle die Genehmigung, einer Nebentätigkeit nachzugehen! Warum machen sie das denn wohl? Kommen Sie mir bitte auch nicht damit, dass Sie die Vollzugsbeamten ausnehmen! Sie enthalten ihnen in den nächsten beiden Jahren die Tarifsteigerung jeweils für ein halbes Jahr vor. Das bedeutet nicht, dass Sie die Vollzugsbeamten von dem ausnehmen, was Sie vorhaben.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Die Besoldungsstufen A 11 und A 12 sollen zum 1. Juli dieses Jahres eine Steigerung von einem Prozent erhalten und ab dem 1. Januar 2014 ein weiteres Prozent. In dieser Besoldungsstufe finden sich viele Lehrkräfte wieder, denn auch die schlechter bezahlten Lehrinnen und Lehrer der Primarstufe bekommen A 11. Ab A 13 soll es dann komplette Nullrunden geben. Zur Besoldungsstufe A 13 gehören zum Beispiel Gymnasiallehrer, A 13 bekommen aber auch Beamte mit Leitungsfunktionen bei Feuerwehr und Polizei.

Sie sagen hier, andere Bundesländer machten das auch so, und verweisen auf Nordrhein-Westfalen. Sie verschweigen aber dabei, dass Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland ist, das ab einer gewissen Besoldungsstufe eine Doppelnull durchsetzt, die anderen Bundesländer übernehmen den Tarif ganz, gestaffelt oder verzögert. Es gibt nur vier Bundeslän-

der, die sich bisher noch nicht geäußert haben, wie sie vorgehen. Zurzeit ist es so: Sie stehen mit Nordrhein-Westfalen dort ganz allein.

Die Anwärterinnen und Anwärter bekommen auch weniger, als eigentlich von den Gewerkschaften ausgehandelt. Sie sehen hier mit dem erst gestern um 11.00 Uhr vorgelegten Besoldungsanpassungsgesetz vor, dass Anwärterinnen und Anwärter auch nach einem halben Jahr Verspätung eine Erhöhung der Bezüge um 2,65 und 2,95 Prozent erhalten. Ausgehandelt hatten die Gewerkschaften aber für das erste Jahr für die Auszubildenden eine Erhöhung um 50 Euro, diese liegen über den 2,65 Prozent.

Für Versorgungsbezüge übernehmen Sie die Staffelung ebenfalls. Zusätzlich haben Sie in dem gestern erst vorgelegten Besoldungsanpassungsgesetz aufgenommen, dass die Versorgungsbezüge um 0,1 Prozent gemindert werden. Am Dienstag noch hatten Sie in der letzten Anhörung Gewerkschaftsvertretern zugesichert, diese Abzüge dieses Mal nicht vorzunehmen. Werte Kolleginnen und Kollegen und werte Damen und Herren vom Senat, das ist nicht seriös! Ehrlich gesagt würde ich mich als Gewerkschaftsvertreter getäuscht fühlen.

#### (Beifall bei der LINKEN und bei der CDU)

Das ist genau das: Getäuscht fühlen sich auch Bremens Beamte. In allen Bereichen des öffentlichen Dienstes wurde bereits seit Jahren gekürzt, abgebaut, gestrichen oder auch outgesourct. Die Arbeitsverdichtung hat zugenommen, aber die gesellschaftlichen Aufgaben sind in einem Ausmaß gewachsen, wie sie vor 20 Jahren noch nicht vorhersehbar waren. Eine schwieriger werdende soziale Lage hinterlässt Spuren und diktiert auch für den öffentlichen Dienst andere Bedingungen. Wer wüsste das nicht besser als zum Beispiel die Lehrer und die Polizeibeamten!

Es sind aber nicht nur die Bedingungen anders, es sind auch die Arbeitsplatzbeschreibungen von heute anders als vor 20 Jahren. Die Senatorinnen und Senatoren als Dienstherren der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, egal ob verbeamtet, angestellt oder ausgelagert an Träger, verlangen diesen eine Menge ab: Die Schulen werden ständig mit neuen Strukturen gefordert und sollen gesellschaftliche Defizite auffangen. Welche Probleme das mit sich bringt, haben wir hier in diesem Haus schon oft genug diskutiert.

Die Polizei soll irgendwie nebenbei auch Sozialarbeit leisten, und im Übrigen werden Sozialarbeiter in dieser Stadt oft nur befristet eingestellt, wie wir wissen. Die Feuerwehr hat mit einer viel zu knappen Personaldecke zu kämpfen und muss selbst aufpassen, dass sie aus den Einsätzen heil herauskommt. Die Einsätze in Brandfällen – das wissen die wenigsten – haben sich in den letzten 15 Jahren verdoppelt. Im

(D)

(A) Rettungsdienst sind die Einsätze um 60 Prozent gestiegen. Als Konsequenz daraus sind aber 150 Stellen bei der Feuerwehr gestrichen worden.

Die Feuerwehr und die Polizei, aber auch die Lehrkräfte leisten jede Menge Überstunden, um die dünne Personaldecke auszugleichen, und die Feuerwehr bekommt diese Überstunden auch nur deswegen ausbezahlt, weil der Senat die EU-Arbeitszeitrichtlinie nie dahingehend umgesetzt hat, dass es mehr Stellen gegeben hätte. Die Polizei und die Lehrkräfte leisten diese ganzen Überstunden gratis und unentgeltlich.

Mir hat gestern am Rande der Kundgebung der Lehrerinnen und Lehrer eine Lehrerin in Leitungsfunktion erzählt, wie viele Überstunden sie im letzten Jahr aufgebaut hat, weil Stellen nicht besetzt waren. Sie meinte, sie wüsste, dass es keine Möglichkeit gebe, diese Überstunden abzubauen, sie hätte diese Überstunden auch gern geleistet, sie liebe ihren Beruf, und zum Dank dafür bekäme sie nun erneut einen Tritt in den Allerwertesten.

Genau das ist es, werte Kolleginnen und Kollegen und werte Damen und Herren Senatoren, was Sie hier machen: Sie verweigern den Beamten nicht nur die Gehaltserhöhung, sie treten den Idealismus der Beamten aus Bremen mit Füßen, und das wird gravierende Folgen haben. Herr Fasche von der Gewerkschaft der Polizei hat das am 30. April auf der Personalversammlung aller Beschäftigten der Schulen deutlich ausgedrückt. Er sagte, ich zitiere: "Wir haben versucht, angebliche Reformen, die im Grunde nur Haushaltskürzungen waren, durch unseren Idealismus aufzufangen, und haben dem Senat Hunderttausende Überstunden Kredit gewährt. Jetzt reicht es!"

(B)

(Beifall bei der LINKEN und bei der CDU)

Werte Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfraktionen, ich weiß nicht, ob Ihnen bewusst ist, was Sie in Bremen aufs Spiel setzen, und wenn es Ihnen bewusst ist, dann ist das an Verantwortungslosigkeit kaum zu überbieten!

(Beifall bei der LINKEN und bei der CDU – Unruhe auf dem Besucherrang – Glocke)

**Präsident Weber:** Frau Vogt, einen Moment, bitte! Meine Damen und Herren oben auf der Besuchertribüne, Missfallens- oder Beifallskundgebungen sind hier nicht gestattet. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen! – Danke!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Es kommt auch noch ein Weiteres hinzu: Die Besoldungsstrukturen und Aufstiegsmöglichkeiten sind in Bremen nicht so großartig, wie immer vermutet wird, und auch genau da hinkt der Vergleich mit Nordrhein-Westfalen. Ich nehme hier einmal als Beispiel die Polizei: Seit vielen Jahren stellt die Polizei in Bremen nur noch für den gehobenen Dienst ein, ein Polizeikommissar bekommt

die Besoldungsstufe A 9. Der überwiegende Teil dieser Beamten wird im Laufe des Berufslebens maximal einmalig befördert, das heißt, auf A 10, dann ist man ein Polizeioberkommissar. In Nordrhein-Westfalen geht aber der normale Sachbearbeiter mit A 11 in Pension.

Ein Dienstgruppenleiter oder Abschnittsleiter wird in Nordrhein-Westfalen nach A 13 besoldet, in Bremen maximal nach A 11, das ist dann der Polizeihauptkommissar. Viele Polizeibeamte üben diese Funktion immer noch in der Besoldungsgruppe A 10 aus. Das heißt, die Besoldungsstruktur der Bremer Polizeibeamten liegt im Schnitt sogar unter der Besoldungsstruktur des öffentlichen Dienstes, und 70 Prozent der Polizeibeamten üben eine sogenannte höherwertige Funktion aus und werden eine oder zwei Stufen niedriger besoldet als in anderen Bundesländern.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber sie bekommen mehr Geld!)

Kommen wir zu einem weiteren Punkt, bei dem Sie sich oft hinstellen und mit der sogenannten Generationengerechtigkeit Ihre Austeritätspolitik hier verteidigen. Das verkehrt sich ins Gegenteil: Wir alle wissen, dass in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes große Pensionierungswellen anstehen. Sie koppeln nicht nur die Einkommensentwicklung der Beamten ab, Sie sorgen auch für eine Wettbewerbsverzerrung der Länder im Ringen um neue und junge Lehrerinnen und Lehrer, Polizeianwärterinnen und -anwärter sowie Feuerwehranwärterinnen und -anwärter.

Die Polizei bekommt jetzt schon nicht mehr genügend Bewerber, um ausreichend Anwärter einzustellen, weil sich mittlerweile herumgesprochen hat, dass hier nicht mehr alles so rosig ist. Mir wurde am Montag gesagt, dass es im letzten Jahr ein Drittel weniger Bewerberinnen und Bewerber gegeben hat als in den Jahren davor. Wie soll es erst aussehen, wenn im Jahr 2014, also im nächsten Jahr, bei der Polizei die große Pensionierungswelle beginnt?

Warum soll sich ein ausgebildeter Lehrer für Bremen entscheiden, wenn er in einem anderen Bundesland erheblich mehr Geld verdienen kann? Ich nenne Ihnen einmal Beispiele: Bremen hat im Vergleich zu Baden-Württemberg andere Besoldungsdifferenzen im Bereich der Lehrer.

(Glocke)

Ich sage dies noch und komme dann zum Schluss für die erste Runde.

Die Differenz in A 12 beim Einstieg liegt schon bei 286 Euro, in A 12 zum Ende immerhin noch bei 177 Euro. In A 13 sind es am Ende 195 Euro und beim Einstieg 476 Euro, die ein Lehrer in Baden-Württem-

(A) berg mehr verdient als in Bremen. Baden-Württemberg übernimmt ab A 12 jeweils mit einem Jahr Verzögerung die Tarifsteigerungen, das heißt, ab dem 1. Januar 2015 erhöht sich die Differenz zu A 13 beim Einstieg auf 686 Euro. Warum soll sich ein junger Lehrer, soweit er keine familiären Wurzeln in Bremen hat, für Bremen oder Bremerhaven entscheiden? Bitte beantworten Sie mir das einmal! – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Liess.

Abg. Liess (SPD)\*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatten um die Beschlüsse zur Besoldungsanpassung gehören, zumindest für mich, zu den unangenehmeren Entscheidungen, die gefällt werden müssen, wenn das erzielte Tarifergebnis nicht auf die Beamten übertragen wird. Ich möchte versuchen, die Beweggründe deutlich zu machen. Ich möchte auch den Versuch unternehmen, für Akzeptanz zu werben. Ich weiß sehr wohl, dass ich beim Kreis der Betroffenen keinen Respekt erringen kann.

Die Ausgangslage ist klar, das Tarifergebnis weist jeweils zum Jahresbeginn für das Jahr 2013 eine Steigerung von 2,65 Prozent und für das Jahr 2014 eine Steigerung von 2,95 Prozent aus. Das sind die Richtwerte, an denen sich auch die Koalition zu orientieren hat. Dabei ist allerdings klar, dass es keinen rechtlich zwingenden Automatismus gibt, das Tarifergebnis eins zu eins zu übernehmen. Mithin ist abzuwägen, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt das Tarifergebnis auf die Besoldung der Beamten übertragen werden kann. Dabei spielen die zur Verfügung stehenden Finanzmittel eine erhebliche, in der Tat die entscheidende Rolle.

Ich möchte, bevor ich wieder zum direkten Gegenstand komme, noch einmal deutlich machen, vor welchen Herausforderungen wir im Haushaltsnotlageland Bremen eigentlich stehen. Wir wissen, dass wir im Bereich Bildung noch erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, sei es bei der Umsetzung der Schulreform, der Umsetzung der Inklusion oder dem Anspruch des ganztägigen Lernens. Vergleiche mit anderen Bundesländern zeigen, dass wir trotz erhöhtem und auch zukünftig erhöhtem Mitteleinsatz weitere Mittel einsetzen müssen, um den Kindern eine qualifizierte Ausbildung zu geben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Im Bereich der unter Dreijährigen haben wir unabweisbare zusätzliche Finanzbedarfe, denen wir auch nachkommen werden. Wer sich auf Bremens Straßen bewegt, und das tun wir alle, der weiß, dass wir erhebliche Sanierungsbedarfe haben. Immer wieder wird der Zustand der öffentlichen Gebäude beklagt. Wir haben ein Sanierungsprogramm, das wir fortsetzen werden und aufstocken müssen. Für die Bremer Bäderlandschaft brauchen wir unter Berücksichtigung des Unibads eine Lösung. Wir müssen die Funktionsfähigkeit der Häfen sichern, damit wir Arbeit schaffen und Beschäftigung sichern können. Wir brauchen zeitgerecht bereitgestellte Gewerbeflächen. Wir muten der großen Masse der Zuwendungsempfänger für die von uns gewollten Projekte zu, dass ihre Zuschüsse nahezu unverändert bleiben, sie also Personalkosten selbst auffangen müssen. Wir wissen, dass wir noch hohe Ausgaben für die Klinken haben.

Die Liste ist weit davon entfernt, vollständig zu sein, sie zeigt aber auf, in welchem Umfeld wir uns insgesamt bewegen und in welchem Umfeld wir uns auch bei der Besoldungsanpassung befinden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Über 600 Millionen Euro Zinsen zahlen wir jährlich. Die Personalkosten machen mehr als 25 Prozent des Haushalts aus. Deshalb können die Personalkosten bei der Betrachtung des Haushalts nicht einfach ausgeblendet werden. Der Personalhaushalt steht in Konkurrenz zu den anderen Bereichen. Eine vollständige und zeitgleiche Übernahme des Tarifergebnisses auf Beamte ist deshalb angesichts der bestehenden Probleme nicht möglich.

Der Senat hat vorgeschlagen, das Tarifergebnis für die Beamten des einfachen und mittleren Dienstes inhaltsgleich zu übernehmen, allerdings mit einer zeitlichen Verzögerung von sechs Monaten. Die Besoldungsgruppen A 1 bis einschließlich A 12 a sollen eine Erhöhung um ein Prozent erhalten, die höheren Besoldungsgruppen gehen leer aus. Diese Regelung gilt auch für die Versorgungsempfänger. Der Familienzuschlag, die allgemeine Stellenzulage, die Mehrarbeitsvergütung und die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten werden entsprechend dem Tarifergebnis um sechs Monate versetzt erhöht.

Von der Anzahl der Betroffenen bedeutet dies bei den weit über 40 000 Beschäftigten der Freien Hansestadt Bremen – das ist nicht nur der Kernbereich, sondern das sind auch die Gesellschaften, die Stiftungen und die Anstalten des öffentlichen Rechts –, dass von dieser Regelung insgesamt ungefähr 10 930 Personen betroffen sind. Von den 10 930 Personen gehören 37,7 Prozent dem einfachen und mittleren Dienst an. Auf sie wird das Tarifergebnis eins zu eins mit der zeitlichen Versetzung übertragen. 2 370 Personen oder 21,7 Prozent gehören zu der Personengruppe, die die Erhöhung um ein Prozent erhalten, und 40 Prozent, insgesamt 4 500 Beamtinnen und Beamten, gehen bei dieser Besoldungsanpassung leer aus.

(D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Der Vorschlag des Senats bedeutet, dass wir Steigerungen der Personalkosten – inklusive der Steigerungen im Tarifbereich – im Jahr 2013 von 14,4 Millionen Euro, im Jahr 2014 von 34,6 Millionen Euro und im Jahr 2015 von 38,8 Millionen Euro haben. Würden wir das Tarifergebnis übernehmen, also die zeitgleiche Übernahme auch für die Beamten, ergäben sich Mehrausgaben von 34 Millionen Euro allein im Jahr 2013 und 73 Millionen Euro im Jahr 2014 und im Jahr 2015. Dann gehört es zur haushaltsmäßigen Wahrheit zu sagen, dieses Geld haben wir nicht. Das ist bitter, aber es sind die Realitäten, denen wir uns in diesem Punkt stellen müssen.

Der Senat folgt mit dem Vorschlag der Regelung in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Land Deutschlands. Daneben gibt es natürlich die Forderung – wir haben es soeben gehört –, man möge doch die Ergebnisse wie in Niedersachsen oder in Hamburg zu 100 Prozent übernehmen. Man kann das wollen, aber man muss dann zur Kenntnis nehmen, dass diese Bundesländer bereits erklärt haben, diese Tarifanpassung durch Personalkürzungen zu finanzieren. Ich sage, uns reicht die PEP-Quote in Bremen schon aus, wir brauchen keine weiteren Personalreduzierungen, das ist unangemessen.

#### (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

(B) Die Staffelung der Besoldungsanpassung ist der Tatsache geschuldet, dass die oberen Besoldungsgruppen auf eine Erhöhung eher verzichten können als die unteren, so bitter es in der Sache dann auch ist.

(Abg. Frau Piontkowski [CDU]: Sie sind die Sparschweine der Nation!)

Wir sehen keine Möglichkeit, dass wir dies anders regeln können.

Die Kritik am Senat und uns Abgeordneten der Koalitionsfraktionen ist verständlich. Im Ton finde ich sie manchmal hart, aber durchaus verständlich, in einigen angedrohten Konsequenzen allerdings auch überzogen. Ich will das aber nicht weiter kommentieren. Ich glaube, wir stehen hier in einer Auseinandersetzung, bei der manche Aspekte emotional etwas überreagiert dargestellt werden.

Es wird behauptet, dass das Vorgehen des Senats verfassungswidrig sei. Diese Auffassung teilen wir nicht, aber da eine Klageerhebung angekündigt ist, werden wir sehen, was die Gerichte entscheiden.

Lassen Sie mich zu einzelnen Kritikpunkten jetzt noch kurz Stellung nehmen! Es wird argumentiert, Bremen kopple sich von der Besoldungsentwicklung der anderen Bundesländer und im Bund ab. Nach meiner Einschätzung ist dies die leidige Folge des Ergebnisses der Föderalismuskommission, wonach die Länder selbst über die Personalkosten zu entscheiden haben. Das hatte für uns insbesondere beim Blick des Stabilitätsrats auf unsere Haushaltslage zur Folge, dass auf unsere Personalkosten besonders geschaut wurde. Es wurde geschaut, weil dies eine Stellschraube ist. Das bedeutet für uns, dass wir auch an dieser Schraube drehen müssen. Das ist eine fatale Entwicklung. Es wäre einfacher gewesen, Personalkostenentscheidungen zu begründen, wenn wir weiterhin eine bundeseinheitliche Struktur hätten. Das ist aber nicht der Fall.

#### (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Es wird behauptet, Bremen werde im Wettbewerb um Fachkräfte zukünftig nicht bestehen können und damit einen Wettbewerbsnachteil erfahren. Die Unterschiede der Besoldung in den Einstiegsstufen seien groß. Heute ist es so – wir haben soeben das Beispiel Baden-Württemberg gehört –, wenn wir uns zum Beispiel mit dem Nachbarland Niedersachsen vergleichen, dass die Differenz in den einzelnen Besoldungsgruppen im Augenblick in der Größenordnung zwischen 2,50 Euro und 6,50 Euro liegt.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Noch!)

Ja, im Moment liegt sie in dieser Größenordnung! Daher kann ich die große Gefahr, die hier an die Wand gemalt wird, so nicht erkennen. Ich sehe es in dieser Form nicht.

Weiterhin wird dem Senat vorgeworfen, dass mit der Staffelung der Besoldungsanpassung die Gehaltsstruktur nachhaltig aufgebrochen würde. Der Senat vertritt demgegenüber die Auffassung, dass das Besoldungsgefüge durch die gestaffelte Besoldungsanpassung nicht gestört werde. Ich sage Ihnen ganz offen, diese Auffassung teile ich so nicht. Ich glaube, dass wir an Grenzen gestoßen sind und wir dieses Verfahren, das wir jetzt üben, nämlich die gestaffelte Besoldungsanpassung, so nicht wiederholen können, wenn wir die Struktur nicht zerstören wollen.

# (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

In der öffentlichen Debatte, verfolgt man die zahlreichen Leserbriefe, wird die Besoldungsanpassung durchaus wieder einmal genutzt, um die Besoldung der Beamten insgesamt infrage zu stellen. Es wird diskutiert, wie es mit den Angestellten des öffentlichen Dienstes ist, den Beamten, und es wird mit der freien Wirtschaft argumentiert. Das Ganze hat für mich den Charakter einer sinnlosen und auch von mir nicht gewollten Neiddebatte, die geführt wird. Ich halte es bei dem Thema der Besoldungsanpassung für völlig abwegig, insgesamt die Besoldung der Beamten infrage zu stellen. Das hat mit der Wertschätzung der

(C)

(A) Beamten zu tun, und wir alle haben die Verpflichtung, dass wir uns davor stellen, eine solche Debatte nicht zu führen.

#### (Lachen bei der CDU)

In der öffentlichen Debatte wird ja – lassen Sie mich das auch noch sagen! – gern personalisiert. Wenn man die vielen E-Mails im Augenblick verfolgt, die Sie sicherlich auch alle erhalten haben, dann wissen wir jetzt, dass auf der Senatsbank mit Frau Bürgermeisterin Linnert das personifizierte Böse sitzt. Jetzt will ich bei der Gelegenheit einmal sagen – und ich finde, es ist notwendig, dies zu tun –, dass Frau Bürgermeisterin Linnert hier eine Aufgabe hat, die sie für den gesamten Senat und für die Koalitionsfraktionen, die diesen Senat tragen, wahrnimmt.

### (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Insofern verwahre ich mich dagegen, die ganze Last und den ganzen zum Teil auch Schmutz, der erzeugt wird, auf Frau Bürgermeisterin Linnert abzuwälzen! Wenn, dann bitte auf alle!

# (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

(B) Ich möchte meine Rede nicht beenden, ohne auf etwas hinzuweisen, was der letzte sozialdemokratische Landesparteitag beschlossen hat.

#### (Glocke)

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident, nur noch zwei Sätze, wenn Sie gestatten!

Bei zukünftigen Besoldungsanpassungen, und das wird um die Zukunft gehen, sollte dafür Sorge getragen werden, dass wir in eine solche Situation, wie wir sie heute haben, nicht mehr kommen, sondern den Versuch unternehmen, das Tarifergebnis zu übernehmen.

## (Lachen bei der CDU)

Sie mögen es belächeln. Sie wollen sich doch um die Haushaltsprobleme gar nicht kümmern. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Sie blenden einfach die Realität aus!

Zurückkommend auf meine eingangs gemachten Ausführungen und meine Reaktion auf diesen Zwischenruf: Sie haben gemerkt, dass wir als sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion dem Vorschlag des Senats folgen. Wir sehen keinen anderen Weg, als so vorzugehen. Daher werden wir dem Gesetzentwurf in erster Lesung zustimmen und den Antrag der LINKEN konsequenterweise ablehnen. – Danke! (C)

(D)

**Präsident Weber:** Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, begrüße ich auf der Besuchertribüne zwei Klassen des Schulzentrums an der Grenzstraße, Ausbildungskurse zur Kauffrau und zum Kaufmann für Versicherung und Finanzen.

Seien Sie herzlich willkommen!

### (Beifall)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Senat legt uns heute seinen Vorschlag zur Übernahme des Tarifergebnisses im öffentlichen Dienst auf die Beamtinnen und Beamten im Land Bremen vor. Wie die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen schlägt der Senat eine gestaffelte Übernahme zur Jahresmitte vor. Die Kollegen haben die Details bereits vorgetragen. Es ist natürlich vollkommen klar und verständlich, dass dieser Vorschlag auch auf Kritik gestoßen ist. Es haben sich viele zu Wort gemeldet.

# (Abg. Frau Piontkowski [CDU]: Wer hat das denn begrüßt?)

Ich will gern auf Ihre geschätzten Einwürfe eingehen, aber ich habe es jetzt nicht verstanden!

Viele haben sich zu Wort gemeldet, in Briefen an uns, in Versammlungen hier draußen auf dem Marktplatz. Ich nehme ihre Argumente ernst und will gern versuchen, auf einige einzugehen, insbesondere auf die grundsätzlichen. Ich bitte jetzt etwas um Ihre Geduld!

Ich möchte mit einem Satz beginnen, den die Mitarbeiter der Mordkommission in ihrem Protestbrief ganz dick unterstrichen haben. Ich glaube, dass er ein weit verbreitetes Gefühl in der Stadt ausdrückt, über das man sprechen sollte. Der Satz nimmt Bezug auf die Verschuldung Bremens, die anerkannt wird, es wird gesagt, das stimme ja, und dann kommt der Satz, ich zitiere: "Diese Verschuldung haben nicht wir verursacht", sagen die Kollegen der Mordkommission. Natürlich, das ist richtig, ganz sicher nicht die Mitarbeiter der Mordkommission allein oder auch nur irgendwie nennenswert. Ich will Sie aber einmal umgekehrt fragen: Wer hat denn, wenn man auf die Suche geht, diese Verschuldung verursacht? Wer hat die Schuldenspirale in Gang gesetzt und dann über Jahrzehnte befeuert? Waren es diejenigen, die in früheren Jahrzehnten den öffentlichen Dienst weit über das Finanzierbare hinaus ausgedehnt haben, weil sie glaubten - und das waren gute Gründe -, damit die

(A) Arbeitslosigkeit bekämpfen zu können? Waren es diejenigen, die große Projekte in Gang gesetzt haben? Dabei war vieles ziemlich größenwahnsinnig und unvernünftig, es waren auch gute, vernünftige Projekte dabei,

> (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

nicht dass Sie mich falsch verstehen, aber es war weit über das Finanzierbare hinaus! Das ist das Entscheidende! Oder waren es diejenigen, die immer wieder den sehr gut begründeten Wünschen der Gesellschaft nachgekommen sind, das Netz staatlicher Förderungen, das Netz staatlicher Einrichtungen und auch Hilfen für die Menschen immer weiter zu spannen, aber eben auch immer über das Finanzierbare hinaus?

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Auf gut Deutsch, für alle!)

Es ist doch so gewesen, es waren lange Zeit viele, es waren eigentlich alle, die in einem ganz großen Konsens einig waren, dass die Lücke zwischen dem Guten und dem Wünschbaren und dem Bezahlbaren durch Schulden immer wieder geschlossen werden könnte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B)

Das ist doch der Fakt! Davon nehme ich doch niemanden aus.

Die Milliarden Euro, die Bremen als Kredit aufgenommen hat, sind in allen möglichen Formen in der ganzen Stadt angekommen. Natürlich ist es so, dass diejenigen mehr Verantwortung tragen, die dafür gewählt waren, aber das ist gerade das Perfide an der Verschuldung, wen immer wir als Verursacher und Nutznießer dieser Verschuldung ausmachen wollten – da kann man jetzt lange suchen –, wir können sie nicht mehr zur Rechenschaft ziehen. Das ist das Problem. Wir können uns von niemandem die gut 600 Millionen Euro Zinsen holen, die wir für in 50 Jahren aufgehäufte Schulden jetzt zahlen müssen und die uns finanziell die Luft abschnüren.

(Abg. R u p p [DIE LINKE]: Doch, natürlich kann man das!)

Wir müssen dafür aufkommen, wir müssen handeln, weil andere Personen früher Schulden gemacht haben. Das ist der Grund dafür, warum wir immer wieder sagen, dass Schuldenmacherei eine Politik ohne Verantwortung ist, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir können und dürfen so nicht weitermachen.

Deswegen ist die Frage, die die Kollegen von der Mordkommission aufgeworfen haben, die sicherlich auch viele Menschen bewegt, sehr verständlich, aber am Ende leider folgenlos, denn die Schuldenspirale können nicht die von damals, die damit begonnen haben, stoppen, sondern nur wir heute. Wenn wir es nicht machen, dann müssen noch spätere Generationen einen noch größeren Schuldenberg abtragen, für den sie überhaupt keine Verantwortung tragen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es ist verständlich, aber es funktioniert einfach nicht, wenn nur jeder einzelne, jede Gruppe sagt, ja, stimmt, irgendwie ist es richtig, das müssen wir alle machen, aber nicht gerade ich, nicht gerade wir.

Es ist richtig, und diesem Maßstab stellen wir uns, wir stehen in der Pflicht, bei diesem gemeinsamen Handeln die Verhältnismäßigkeit und das richtige Maß zu finden. Darüber will ich gern streiten, und darüber geht die Diskussion heute, ob da die richtige Verhältnismäßigkeit gefunden wird.

Ein Maßstab ist für uns die Steuerpolitik. Das wird uns immer als Alternative vorgehalten, macht doch nicht das, sondern erhöht die Steuern!

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Tun wir ja!)

Ja, das ist in Ordnung, wir Grünen werben auch für ein Steuerkonzept,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

das für den großen Teil, 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, Entlastung bringt und für zehn Prozent allerdings auch Belastungen. Wir finden das gerecht und gerechtfertigt. Wir werden gleich noch über Steuerehrlichkeit reden, aber heute geht es auch um Sparen. Wir können uns drehen und wenden, wie wir wollen, es geht einfach auch um Sparen.

Meine Damen und Herren, einige Beamte werfen uns Ungleichbehandlung vor. Sie sagen, immer bei uns und immer nur bei uns. Das stimmt nicht.

(Abg. Frau Piontkowski [CDU]: Sie spalten die Belegschaft!)

Diese Kritik ist nicht richtig. Es ist nicht so, dass wir nur beim öffentlichen Dienst sparen würden. Ja, wir haben Personal abgebaut und kommen gerade jetzt an Grenzen – Herr Liess hat davon gesprochen –, die wir nur durch weitere Reformen meistern können, was diese Personalreduzierung betrifft. Wir haben aber auch bei den Investitionen gekürzt. Wir verlangen jetzt für Beihilfen an Unternehmen, dass sie als Dar(C)

(A) lehen gewährt werden und nicht einfach als Zuschüsse. Wir haben bei vielen Einrichtungen, die für uns Aufgaben erledigen, hart gespart. Wir bauen jetzt die frühkindliche Erziehung aus und werden für die Umsetzung der Schulreform Jahr für Jahr weiter die Relationen zwischen Lehrern und Schülern verbessern, meine Damen und Herren. Dafür sparen wir an anderer Stelle.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die Lage ist einfach so, alles Wünschbare zugleich machen, das war früher einmal, das geht heute nicht mehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich komme zu dem Punkt der ungleichen Behandlung, zu dem Punkt Arbeitnehmer und Beamte. Wir haben die Tarifergebnisse für die Arbeitnehmer ausgehandelt. Das ist schon einmal ein großer Teil des öffentlichen Dienstes, sie bekommen die Erhöhung,

(Abg. Frau Piontkowski [CDU]: Sie spalten die Beamten!)

die im Grunde fast genau identisch ist, auch zum Teil in der zeitlichen Verzögerung, mit dem, was die IG Metall jetzt abgeschlossen hat. Die CDU möchte diesen Widerspruch zwischen den beiden Gruppen so auflösen, dass Bremen aus der Tarifgemeinschaft der Länder aussteigt, das haben wir beim letzten Mal gehört, um so dann allen weniger – und ich betone das, darüber kann man diskutieren, aber nicht, dass es falsch verstanden wird – zahlen zu können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir halten das aus grundsätzlichen Erwägungen und aus ganz praktischen Gründen für eine schlechte Idee, und die Erfahrungen anderer Länder bestärken uns darin.

Herr Röwekamp hat uns im April auch vorgeschlagen, alternativ das Beamtentum weitgehend abzuschaffen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Nein, das habe ich nicht vorgeschlagen!)

Ach so, das haben Sie gar nicht vorgeschlagen?

(Abg. Röwekamp [CDU]: Ich habe gesagt, wenn Sie so weitermachen, können Sie es auch gleich abschaffen!)

Nein, das Gegenteil ist der Fall! Ich komme einmal auf das Argument zurück.

(Abg. K n ä p p e r [CDU]: Sie sollen nicht das Wort verdrehen, Herr Dr. Kuhn! – Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Da kommt Ihre Vergangenheit ein bisschen wieder durch!)

Ich habe da eine lange Vergangenheit! Wir haben eine lange Geschichte der Forderung nach einem einheitlichen Dienstrecht, und auf diese Tradition bin ich stolz, und ich hoffe, wir nehmen das wieder einmal auf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir hatten in Bremen gerade bei den Lehrern heraus aus der Verbeamtung gute Schritte gemacht, bis dann unter der CDU-Mitregierung die Rolle rückwärts in der Verbeamtung angestellter Lehrer gemacht wurde.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Und was haben Sie jetzt gemacht?)

Die Zauberzahl war damals vor zehn Jahren 400 Euro. Das verdiente man nach der damaligen Faustformel als Beamter monatlich mehr als ein angestellter Lehrer. Damit wurde für die Verbeamtung getrommelt, auch und gerade in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, meine Damen und Herren. Deswegen sollte es gerade die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am besten wissen. Gerade bei den Lehrerinnen und Lehrern, aber auch insgesamt dort, wo es um vergleichbare Tätigkeiten geht, vergrößern wir mit unseren Maßnahmen nicht den Abstand in der Bezahlung zwischen Arbeitnehmern und Beamten, sondern wir verkleinern ihn. Um das deutlich zu sagen, wir behandeln gegenwärtig Ungleiches auch in gewissem Umfang ungleich.

(Abg. Frau Piontkowski [CDU]: Aber Beamte müssen auch länger arbeiten!)

Auch das machen wir aber differenziert bis zur Besoldungsgruppe A 10, das heißt, auch für die übergroße Zahl der Polizistinnen und Polizisten übernehmen wir das Tarifergebnis ab der Jahresmitte voll.

Ich will bei der Gelegenheit auch einmal darauf hinweisen, weil das in den Protestbriefen immer wieder falsch behauptet wird, dass wir in den vergangenen sechs Jahren die Tarifergebnisse am Ende immer auf die Beamtinnen und Beamten übertragen haben. Am Ende, habe ich gesagt, ich weiß das sehr gut, ich habe gesagt, am Ende.

(Abg. K n ä p p e r [CDU]: Aber immer ein halbes Jahr später!)

Ja, Herr Knäpper, ich weiß, ist ja gut!

Deswegen – darauf wollte ich hinaus, und das wissen Sie sicherlich noch besser als ich – werden (D)

(A) die Polizisten in Bremen gegenwärtig keinen Deut schlechter bezahlt als ihre Kollegen in Niedersachsen. Ich wollte sagen, etwas besser, aber ich will mich darum nicht streiten, jedenfalls nicht schlechter als die Kollegen in unserem Nachbarland. Das sind einfach Tatsachen,

> (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

und ich möchte, dass das nicht infrage gestellt wird. Wenn uns eine Gruppe dieser Polizei öffentlich erklärt, sie habe die "innere Kündigung jetzt ausgesprochen", und weiß, dass sie tatsächlich unkündbar ist, dann ist eine Grenze überschritten. Ich finde, die Kolleginnen und Kollegen sollten darüber noch einmal nachdenken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich will auch noch etwas zu der Aktion heute früh sagen. Wir sollten mit dem Transparent aufgefordert werden und gezwungen werden, das auch tatsächlich zu tun, "Ihr tretet uns mit Füßen". Ich darf Ihnen sagen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe das nicht getan. Auch als sie mich zwingen wollten, beim Hineinkommen so zu tun, als wäre das der Fall, ich tue das nicht, ich werde das in Zukunft nicht tun, und ich finde, sie sollten mit solchen Aktionen aufpassen, dass sie auch die Würde dieses Hauses wahren und respektieren, weil auch wir einen Anspruch auf gleichberechtigte Diskussion haben. Diese Art von Nötigung war schon an der Grenze.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es ist völlig in Ordnung, die Losung, als ich dann gerade hineinging, war, "wir wollen mehr Geld", völlig in Ordnung, das kann jeder vertreten, ich habe lange genug als Gewerkschafter gearbeitet. Das aber mit Fragen der grundsätzlichen Wertschätzung zu vermengen und mit der Frage – –.

(Abg. Frau Piontkowski [CDU]: Genau darum gehtes! Aber das haben Sie nicht verstanden!)

Ja, das ist ein Irrtum! Die Wertschätzung von Menschen misst sich nicht an der Bezahlung von 5,2 Prozent, 5,6 Prozent oder anderen Prozentzahlen. Das ist ein ganz anderes Thema.

Dieser Senat, diese Bürgerschaft behandelt den öffentlichen Dienst ordentlich. Wir schätzen ihn, und es hat mit der notwendigen Bezahlung nichts zu tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Hinners [CDU]: Herr Kollege Dr. Kuhn, Sie sind ja wenigstens durch den Vordereingang hineingegangen! – Glocke)

Ich bin aufrechten Hauptes durch den Vordereingang hineingegangen, da können Sie sicher sein, Herr Hinners! Ich lasse mich von niemandem an den Hintereingang bringen, da können Sie ganz sicher sein, obwohl das so gedacht war.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Glocke)

Ich lasse jetzt einige Dinge aus, ich komme zum letzten Absatz, Herr Präsident! Ich muss das dann noch einmal aufnehmen. Ich bin mit meinem Gedankengang nicht ganz am Ende.

(Unruhe - Glocke)

Interessante Debatte, aber vielleicht können wir das doch geordnet weiterführen!

In einer Diskussion am Montag in der Fraktion hat uns ein Kollege aus der Gewerkschaft gesagt, es wäre ein schönes Zeichen, wenn die Tarifergebnisse eins zu eins übertragen würden. Da hat er recht! Da hat er vollkommen recht, und ich wäre auch froh, wenn wir das Geld für solch schöne Zeichen hätten. Wir haben es nicht. Die leichte Politik der schönen Zeichen hat uns insgesamt in die Lage gebracht, in der wir uns heute befinden. Unsere Aufgabe ist, uns da wieder herauszubringen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Timke.

Abg. **Timke** (BIW)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat legt uns heute einen Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge vor. Anlass ist der im März ausgehandelte Tarifabschluss für die Angestellten der Länder. Nach dem Willen der rot-grünen Landesregierung soll das Tarifergebnis für die unteren und mittleren Besoldungsgruppen zwar inhaltsgleich, allerdings um einen Zeitraum von sechs Monaten versetzt übernommen werden. Allein diese zeitliche Verzögerung würde beispielsweise für einen verheirateten Beamten in der Besoldungsgruppe A 9 einen Verlust von etwa 1 000 Euro brutto betragen. Für die Staatsdiener in den Besoldungsgruppen A 11 bis einschließlich A 12 a sieht der Gesetzentwurf eine Erhöhung des Grundgehalts von lediglich einem Prozent vor. Für höhere Besoldungsgruppen soll es keine Ta-

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) riferhöhung geben. Von dieser Doppelnullrunde sind immerhin 25 Prozent aller Bremer Staatsdiener betroffen.

Herr Böhrnsen und Frau Linnert nennen diese Besoldungsanpassung in einer Senatspressemitteilung eine sozial annehmbare Lösung. Für uns Bürger in Wut ist dieser Entwurf alles andere als sozial. Er treibt einen Keil in die Beamtenschaft, denn das vorgelegte Papier spielt die Besoldungsgruppen gegeneinander aus. Deshalb lehnen wir den vorliegenden Gesetzentwurf ab.

Es ist zwar richtig, dass Bremen ein Haushaltsnotlageland ist, und ja, unser Bundesland muss sparen, aber gerade die Landesbediensteten haben in den letzten Jahren genug Entbehrungen zur Haushaltskonsolidierung hinnehmen müssen. Es wurden Tarifergebnisse nicht zeitgleich übernommen, Urlaubsund Weihnachtsgeld sind gekürzt und weggefallen, die finanzielle Vergütung von Mehrarbeitsstunden zum Beispiel bei der Polizei wurde gestrichen, Beihilfeleistungen wurden verringert und ein Eigenbehalt eingeführt. Stellenstreichungen sorgten überdies für mehr Arbeitsbelastungen bei den Landesbediensteten.

Meine Damen und Herren, Beamte stehen in einem besonderen Dienst- und Treueverhältnis. Für dieses Rechtsverhältnis gilt bekanntlich der Alimentationsgrundsatz. Das heißt, die vom Staat zu zahlenden Dienstbezüge sind so festgelegt, dass sie den Beamten einen angemessenen Lebensunterhalt gewähren. Wenn wir uns dann einmal die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes in Bremen in den Jahren von 1993 bis 2012 anschauen und die Inflationsrate in diesem Zeitraum zugrunde legen, die insgesamt immerhin 35 Prozent betrug, dann liegen die inflationsbereinigten Gehaltssteigerungen für Landesbeamte von 1993 bis 2012 bei annähernd null Prozent.

Deshalb ist es an der Zeit, den Landesbeamten eine angemessene Besoldungserhöhung zu gewähren, die sich inhalts- und zeitgleich an den Tarifabschlüssen der Angestellten orientiert und für alle Besoldungsgruppen gilt. Andere Länder wie zum Beispiel Bayern und Hamburg übernehmen das Tarifergebnis der Angestellten uneingeschränkt, Niedersachsen zumindest vorerst für das Jahr 2013, Sachsen-Anhalt wird eine Erhöhung inhaltsgleich, wenn auch zeitverzögert beschließen.

Besonders mit unseren Nachbarn Niedersachsen und Hamburg konkurriert Bremen aber um den besten Nachwuchs bei der Polizei, der Feuerwehr, im Schuldienst, in der Justiz und in allen anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Sollte der Gesetzentwurf heute beschlossen werden, dann ist zu befürchten, dass wir den Wettbewerb um die besten Köpfe für den öffentlichen Dienst zukünftig verlieren, zumal andere Bundesländer, gemessen an der Besoldung, schon jetzt finanziell für zukünftige Leistungsträger im Landesdienst attraktiver sind als Bremen. Da ist

es nur ein schwacher Trost, dass der Senat in dem vorliegenden Gesetzentwurf eine inhaltsgleiche Übernahme der Tarifergebnisse auf die Anwärtergrundbezüge vorschlägt.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Böhrnsen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Linnert, Sie haben in den letzten Wochen sehr viel Post aus den Reihen der Polizei, der Justiz und der Hochschulen bekommen. Einige Schreiben wurden auch an uns Bürgerschaftsabgeordnete in Kopie übermittelt. Wenn Sie die zahlreichen Briefe tatsächlich aufmerksam gelesen haben, dann können Sie wie ich den Eindruck gewinnen, dass viele der Betroffenen mit hohem Engagement ihren täglichen Dienst verrichten, welches deutlich über das normale Maß hinausgeht. Dass die Beamtinnen und Beamten mit diesem persönlichen Einsatz insbesondere den Stellenabbau im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren kompensiert haben, ist dabei unstrittig.

Um nur ein Beispiel zu nennen, alleine bei der Polizei haben sich auch aus Personalmangel 260 000 Überstunden angesammelt. Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen! Ohne diese zusätzliche und in hohem Maße freiwillige Mehrarbeit der Beamten würden große Bereiche der Kriminalitätsbekämpfung längst am Boden liegen.

Es ist daher an der Zeit, den Landesbeamten eine angemessene Wertschätzung entgegenzubringen, und diese Wertschätzung kann nicht nur aus warmen Worten bestehen, sondern bedarf auch Taten in Form einer angemessenen Tariferhöhung für alle Beamtengruppen. Die vom rot-grünen Senat vorgeschlagene Besoldungsanpassung, die eher den Titel einer Besoldungsabkopplung verdient, ist ein Schlag in das Gesicht der Staatsdiener höherer Besoldungsgruppen bei der Polizei, im Schuldienst, bei der Feuerwehr, in der Justiz, an den Universitäten und in allen anderen staatlichen Einrichtungen des Landes Bremen und seiner beiden Städte.

Folgen wir Abgeordneten also dem guten Beispiel aus Hamburg, Niedersachsen und Bayern und gewähren den Beamtinnen und Beamten des öffentlichen Dienstes eine Tariferhöhung für alle Besoldungsgruppen als angemessene Wertschätzung ihrer täglichen Arbeit! Insbesondere die SPD-Bürgerschaftsfraktion, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit aufstellt,

(Beifall bei der CDU)

kann sich eigentlich einer inhaltsgleichen Übernahme der Tarifabschlüsse auf die Beamten nicht entziehen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

(D)

(A) Abg. Röwekamp (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Debatte kann man sicherlich in zweierlei Hinsicht bestreiten: Man kann zum einen den Versuch unternehmen, die bereits innerlich gefestigte Auffassung hier im Parlament mit Nachdruck in einer politischen Debatte zu vertreten und gegen Angriffe anderer politischer Mitbewerber oder gegen Angriffe von außen zu verteidigen. Das haben der Kollege Dr. Kuhn und der Kollege Liess gemacht, und ich behaupte einfach einmal, bescheiden, wie ich bin, das könnte ich auch. Zum anderen kann man diese Debatte, die ja nur die erste Lesung des Gesetzes beinhaltet, zum Anlass nehmen, noch einmal anzuregen, über die bereits gefassten Beschlüsse nachzudenken,

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das würde ich als Opposition auch machen!)

also zu versuchen, bereits gefasste politische Beschlüsse vielleicht auch noch einmal selbstkritisch zu hinterfragen.

Ich habe mich in dieser Debatte für den zweiten Weg entschieden, weil ich der festen Überzeugung bin, dass sowohl die Argumente, die ich gleich vortragen werde, als auch insbesondere die Argumente, die wir in den letzten Tagen als Abgeordnete von vielen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aus tiefer Betroffenheit bekommen haben, bei Ihnen noch einmal ein Nachdenken auslösen müssen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Deswegen will ich vielleicht – und die Grünen mögen mir das nachsehen – insbesondere in dieser Debatte an das Gerechtigkeitsgefühl der Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion appellieren.

Zu den Grünen will ich eigentlich nur zwei kurze Bemerkungen machen, und ich will beginnen mit einem Zitat aus einer Bürgerschaftsdebatte vom 13. Juli 2006. Da waren Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren der Grünen, in der Opposition, und wir, sehr geehrter Herr Bürgermeister Böhrnsen, haben damals schmerzvoll miteinander verabredet, das Weihnachts- und Urlaubsgeld für alle Beamten zu kürzen und für einen bestimmten Anteil wegfallen zu lassen. Das war eine quälende Debatte. Der Vorschlag des Finanzsenators damals war, es ganz zu streichen, und wir beide haben uns darauf verständigt, es wenigstens in den unteren Einkommensklassen zum Teil noch zu gewähren.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ungefährso, wie wir es jetzt auch machen!)

Passen Sie genau auf! Damals hat der Kollege von Bündnis 90/Die Grünen – in der gleichen Fraktion wie Herr Dr. Kuhn und Frau Linnert – gesagt, ich zitiere: "Bis dahin war es immer so, und das war auch richtig, dass die wesentlichen Bestandteile der Tarifeinigung zwischen den öffentlichen Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften im Beamtenbereich nachvollzogen wurden. Das ist deshalb sinnvoll, weil wir keine Auseinanderentwicklung zwischen Angestellten, Arbeitern und Beamten haben wollen. Beamte dürfen aus gutem Grund keinen Arbeitskampf machen. Wenn jetzt durch einseitige Veränderungen bei den Beamten, gegen die sie sich öffentlich nicht wehren dürfen, die Latte für den künftigen Tarifabschluss gelegt wird, den man als öffentlicher Arbeitgeber abzuschließen bereit ist, dann ist Tarifautonomie dahin."

Das war damals die Auffassung der Vertreter vom Bündnis 90/Die Grünen, von Herrn Dr. Kuhn und Frau Linnert: Keine Spaltung zwischen den Beschäftigungsgruppen des öffentlichen Dienstes!

(Beifall bei der CDU)

Wieso sehen Sie das eigentlich heute anders? War damals die Haushaltslage rosig, dass man sich das leisten konnte, und heute ist die Haushaltslage angespannt, dass man sich das nicht leisten könnte? Nein, Bremen geht schon seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, durch angespannte Haushaltssituationen, und deswegen ist das, was damals richtig war, auch heute richtig.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen, Herr Bürgermeister Böhrnsen, haben wir in den Zeiten unserer gemeinsamen Regierungsverantwortung zwar bei dem Weihnachtsgeld einen massiven Eingriff gemacht, aber eines haben wir nie gemacht, wir haben die Tarifentwicklungen im öffentlichen Dienst zwischen Beamten, Angestellten und Arbeitern nie auseinanderfallen lassen. Aus guten und überzeugenden Gründen war das richtig, und das ist, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Sozialdemokraten, auch heute noch richtig.

(Beifall bei der CDU)

Sie begründen Ihren Vorschlag, das Tarifergebnis nur für einen Teil der Beamten zu übernehmen, mit der öffentlichen Haushaltsnotlage. Ich will an dieser Stelle noch einmal sagen, wie die tatsächlichen Verhältnisse sind: Wir haben im gesamten Bereich des öffentlich finanzierten Beschäftigungssektors, also alle Beschäftigten in Eigengesellschaften und GmbHs, die nach Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes bezahlt werden, rund 47 000 Beschäftigte. Von denen werden etwas über 4 000 von jeglicher Tarifanpassung ausgenommen. Sie werden also über 90 Prozent der öffentlich Beschäftigten eine Tarifanpassung geben und nur knapp zehn Prozent nicht.

(A) Ist es eigentlich gerecht, dass der leitende Arzt an einem städtischen Klinikum mit einem Einkommen von über 8 000 Euro 4,6 Prozent mehr Gehalt in zwei Jahren öffentlich finanziert bekommt, und dem jungen Gymnasiallehrer in Besoldungsgruppe A 13 mit einem Einkommen von monatlich 3 200 Euro, der weniger als die Hälfte verdient, wollen Sie sagen, er bekommt nichts? Ist das, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Sozialdemokraten, Ihr Ausdruck der Wertschätzung?

(Beifall bei der CDU und bei der LINKEN – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sind zwei völlig verschiedene Systeme!)

Sie sagen jetzt, dass das ja Tarifverträge sind. Ja, das sind Tarifverträge, Herr Dr. Güldner, denen wir zugestimmt haben. Sie haben als Vertreter dieses Bundeslandes und der Kommunen zugestimmt, dass wir Tarifanpassungen im Bereich der öffentlich Beschäftigten vornehmen: Die Kommune und die Krankenhäuser bekommen 6,3 Prozent in zwei Jahren. Sie haben zugestimmt mit der Verhandlungsteilnehmerin Frau Linnert, dass die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes eine Tariferhöhung von 5,6 Prozent bekommen. Sie haben zugestimmt, dass die Ärzte in den Krankenhäusern - mit dem Marburger Bund verhandelt - eine Tariferhöhung von 4,6 Prozent bekommen. Sie schlagen jetzt vor, den Beschäftigten bis Besoldungsgruppe A 12 teilweise eine Gehaltserhöhung zu geben. Warum wollen Sie eigentlich einem jungen Gymnasiallehrer, der 3 200 Euro verdient, diese Gehaltserhöhung nicht geben?

Es ist doch – ich will nicht Lug sagen – eine Verdrehung der Tatsachen, der Öffentlichkeit weismachen zu wollen, dass nur Spitzenverdiener nichts bekommen. Nein, Sie zahlen den Spitzenverdienern in anderen Tarifverträgen eine mächtige Gehaltserhöhung, und Menschen, die 3 200 Euro im Monat bekommen, verweigern Sie sie. Das ist nicht meine Auffassung von sozialer Gerechtigkeit, und das kann eigentlich auch nicht Ihre Auffassung von sozialer Gerechtigkeit sein.

### (Beifall bei der CDU)

Warum haben wir für die jetzt anstehende Tarifanpassung eigentlich nicht genug Geld? Wir haben nicht genug Geld im Jahr 2013, weil dieser Senat und diese Finanzsenatorin dem Parlament vorgegaukelt haben, wir kämen mit der Annahme einer einprozentigen Tariferhöhung hin. So haben Sie den Haushalt aufgestellt. Wir haben damals schon gesagt, das reicht doch nie! Schauen Sie sich doch an, was außerhalb von öffentlichen Haushalten für Tarifabschlüsse vereinbart werden! Dieses eine Prozent haben Sie im Übrigen bei den Lehrerinnen und Lehrern genauso abgebildet wie bei den Polizistinnen und Polizisten. Jetzt verteilen Sie das um: Das, was Sie eigentlich für die

Lehrer mit einem Prozent vorgesehen haben, verteilen Sie jetzt auf Tarifbeschäftigte des öffentlichen Dienstes, vom Arzt, den ich eben genannt habe, bis zu anderen.

Ist das denn sozial gerecht, wie die Sozialdemokraten sich diese Welt vorstellen? Ich sage, es ist ungerecht, das so zu machen, und deswegen war es falsch zu sagen, wir planen nur ein Prozent Tariferhöhung ein. Ich meine, wenn Sie wenigstens aus dem Fehler lernen würden, aber der Eckwertebeschluss des Senats sieht für die nächsten Jahre wieder ein Prozent vor! Sie stellen sich hierhin und sagen, das machen wir nur einmal, das darf nie wieder passieren, aber den Fehler, der dazu geführt hat, dass Sie es jetzt machen wollen, den machen Sie wieder und wieder!

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wird doch nicht mehr Geld, auch wenn Sie es auf Papier schreiben!)

Herr Dr. Güldner, Sie gaukeln den Menschen vor, dass Sie Geld für andere politisch gewollte Maßnahmen haben, indem Sie unrealistische Personalkosten veranschlagen. Natürlich ist Geld bei 4,3 Milliarden Euro Ausgabevolumen vorhanden. Es ist die politische Schwerpunktsetzung, wofür ich das Geld ausgebe.

# (Beifall bei der CDU)

Wenn Sie meinen, Ihre Schwerpunkte seien Standesamtssanierung, Siemens-Hochhaus, Universitätsbad, Fahrradwege und was weiß ich noch alles, dann sind das Ihre Schwerpunkte, aber dann sagen Sie den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes doch nicht, Sie hätten für sie kein Geld, dann sagen Sie ihnen, dass Sie das Geld anders ausgeben, das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Machen Sie einen Vorschlag! Sie wollen bei allem mehr Geld!)

Die Finanzsenatorin hat ja in der Aktuellen Stunde hier im Parlament gesagt, die Zahl, die ich genannt habe, die 27 Millionen Euro Reserve, gäbe es in ihrer ganzen Vorlage nicht. Ich würde vorschlagen, Frau Senatorin, Sie lesen Ihre Vorlage noch einmal, sie steht darin, nämlich mehrfach. Sie bilden für das nächste Jahr eine Reserve von 27 Millionen Euro, im Übrigen aus Mitteln, die wir vom Bund zusätzlich bekommen haben, damit wir die sozialen Unwuchten, die Grundsicherung nämlich, erstattet bekommen. Sie wollen das Geld beiseitelegen, dann sagen Sie den Beamtinnen und Beamten aber auch, dass kein Geld für sie vorhanden ist, weil Sie das Geld beiseitelegen wollen, um irgendwelche Manöver noch im Vorfeld der

(C)

nächsten Bürgerschaftswahl zu machen. Das ist nämlich auch die Realität.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben völlig recht, wir sind auf einem anstrengenden Weg der Sanierung.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sind Taschenspielertricks, das ist eine virtuelle Welt, kein echtes Geld!)

8 000 Euro für einen Arzt im kommunalen Krankenhaus sind keine virtuelle Welt, Herr Dr. Güldner, das ist Realität, die mit Ihrer Zustimmung passiert!

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Er hat einen Tarifvertrag, dieser Mann!)

Der Mann hat einen Tarifvertrag und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auch! Die Beamten haben einen Anspruch darauf, dass sie anständig bezahlt werden und für ihre geleistete Arbeit auch einen anständigen Inflationsausgleich bekommen, das ist eben auch die Wahrheit, sehr geehrter Herr Dr. Güldner.

(Beifall bei der CDU)

(B) Ich glaube deswegen, dass das, was Sie vorschlagen, nicht gerecht ist.

Ich will abschließend ein weiteres Beispiel nennen: Ist es eigentlich gerecht, dass ein Kommissariatsleiter eines kleinen Kommissariats bei der Bremer Polizei mit 12 bis 13 Beschäftigten im letzten Lebensabschnitt seiner beruflichen Tätigkeit mit rund 4 000 Euro eine Tarifanpassung bekommt, und der junge Staatsanwalt, der weniger Geld verdient, der am Anfang seiner beruflichen Karriere steht, der von seinem Geld vielleicht noch eine Familie finanzieren muss und ungefähr genauso viel verdient, sie nach Ihren Beschlüssen nicht bekommt? Es ist ja nicht so, dass Sie sagen, wer mehr als 3 500 Euro bekommt, erhält keine Gehaltserhöhung, sondern es ist ja so, dass Sie sagen, wer ab Besoldungsgruppe A 13 verdient, bekommt keine Besoldungserhöhung. Das fängt bei 3 200 Euro an, Herr Dr. Güldner, es sind nicht nur die Spitzenverdiener, die Sie ausnehmen, es ist eine ganze Beschäftigungsgruppe, die Sie von dieser Besoldungserhöhung ausnehmen. Das ist nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Es ist richtig, wir müssen uns auf dem Pfad der Sanierung, auf den wir uns begeben haben, anstrengen. Das bedeutet, wir müssen natürlich gegenüber dem Bund und den anderen Ländern mit Eigenanstrengung nachweisen, dass wir in der Lage sind, die

ehrgeizigen Vorgaben einzuhalten. Das wird nur gelingen, wenn wir als Politik auch sparen, aber, meine Damen und Herren, das wird auch nur dann gelingen, wenn wir das größte Kapital, das wir als Staat haben, nämlich das Wissen in den Köpfen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, so einsetzen, dass dieser Kurs gelingt. Die Sanierung unseres Bundeslandes wird nur gelingen und macht nur Sinn, wenn wir sie mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gehen.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit allen Bürgern!)

und nicht, wenn wir sie gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gehen. Die Zumutungen, die in den nächsten Jahren noch vor uns liegen, werden wir nur mit dem Können, dem Wissen, dem Engagement und der Leistungsbereitschaft unserer Beschäftigten erreichen können.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat sich bei Ihnen auch schon einmal anders angehört!)

Das, Herr Dr. Güldner, können Sie nicht allein, dazu brauchen wir alle Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, und deswegen dürfen wir sie auch nicht in Reich und Arm, Tarifbeschäftigte und Beamte spalten. Alle haben einen angemessenen Anspruch darauf, von ihrem Arbeitgeber und Dienstherrn gleichbehandelt zu werden. Deswegen werden wir dem Antrag der Fraktion DIE LINKE zustimmen, und wir werden die Gesetzesvorlage des Senats in erster Lesung ablehnen.

Wir beantragen eine namentliche Abstimmung und haben die Hoffnung und Erwartung, dass wir bis zur zweiten Lesung den einen oder anderen von Ihnen davon überzeugen können, dass das, was Sie machen, nicht gerecht ist, sondern dass das, was Sie machen, ein Ausbund an Ungerechtigkeit ist. – Vielen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, begrüße ich auf der Besuchertribüne recht herzlich Herrn Dr. Karpel, den Sonderberater des Bürgermeisters von Haifa, Yona Yahav.

Herr Dr. Karpel, seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)\*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte etwas vorweg-

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) nehmen, denn wenn man sich Ihren Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge für die Jahre 2013 und 2014 vornimmt, den Sie hier gestern um 11.00 Uhr vorgelegt haben, dann sagen Sie selbst, "die Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge der bremischen Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sind regelmäßig an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse anzupassen". Sie beziehen sich auf Paragraf 14 Absatz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes sowie auf Paragraf 70 des Beamtenversorgungsgesetzes.

Genau das, was Sie hier als Prämisse in Ihrem Gesetzentwurf setzen, machen Sie nicht, und Sie sagen dies auch drei Absätze weiter. Ich möchte das einmal als Grundvoraussetzung nennen, denn eigentlich wären Sie dazu verpflichtet, denn das ist das, was das Bundesbesoldungsgesetz vorsieht. Sie dürfen die Beamten nicht abkoppeln von der allgemeinen Tarifentwicklung, und genau das tun Sie hier.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte noch einmal zwei Dinge dazu sagen! In der Aktuellen Stunde ist behauptet worden, dass das Besoldungsgefüge nicht durcheinandergerät. Das ist nicht wahr! Ich zitiere Herrn Gloede, Vorsitzender der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaften, aus dem, was er auf der Personalversammlung am 30. April vorgetragen hat: "Die Kollegin mit A 10, Stufe 11, hat derzeit 45 Euro weniger als die Kollegin in A 11." Logisch A 10, A 11, Stufe 8! "Am 1. Juli 2014 hat diese Kollegin 36 Euro mehr als die Kollegin in A 11." Aha, das Besoldungsgefüge geht nicht durcheinander? Nicht einmal im sogenannten höheren Dienst? Das ist ja nur der Bereich der A-Besoldung, das wird wahrscheinlich in den höheren Besoldungen, wie C und W, größer werden.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hängt mit dem Lebensalter zusammen!)

"Die Kollegin in A 13, Stufe 4, hat derzeit noch 180 Euro mehr als die besagte Kollegin in A 10 und 143 Euro mehr als in A 11. Ab dem 1. Juli 2014 sind dies nur noch sieben Euro gegenüber A 10 und 79 Euro gegenüber A 11. Verkehrte Welt!", so schloss er seine Rede. Dazu kommt, wir haben nämlich auch einmal ausgerechnet, dass die Beamten in den unteren Besoldungsgruppen schon weit unter den Angestellten liegen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Netto oder brutto, Frau Kollegin? Es ist einfach unwahr, aber man muss es einmal sagen!) Jetzt ist die Frage, die auch hier in der Aktuellen Stunde aufgeworfen worden ist, die wir hier auch schon gestellt haben – und Herr Röwekamp hat darauf zu Recht hingewiesen –, dass Sie 0,9 Prozent Tarifsteigerung in Ihren mittleren Finanzrahmen bis zum Jahr 2017 eingestellt haben. Das ist hier keine einmalige Nummer. Es war auch schon in der Vergangenheit keine einmalige Nummer. Ich habe am Anfang darauf hingewiesen, dass es seit dem Jahr 2007 Abzüge bei den Beamten gibt.

Wir erleben, weil Sie diesen mittleren Finanzrahmen nicht angepasst haben, dass wir bei der nächsten Tarifauseinandersetzung in zwei Jahren genau vor der gleichen Situation stehen. Sie müssen hier auf faire Weise sagen, dass Sie die Beamten des öffentlichen Dienstes in Bremen auf Dauer von der Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst abkoppeln. Sie können das überhaupt nicht anders machen, sonst müssten Sie Ihren Finanzrahmen ändern und Ihre grundsätzlichen Annahmen zur Einhaltung des Stabilitätspaktes. Das schaffen Sie nämlich gar nicht. Deswegen ist das Ganze auch so verlogen, was hier passiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Aufgrund dieser Annahme hat der Kollege Röwekamp in der Aktuellen Stunde vor einem Monat gesagt, dann seien Sie doch so ehrlich und schaffen das Berufsbeamtentum ab! Das wäre die logische Konsequenz.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Da ist dann der Marktplatz aber voll!)

Dazu möchte ich auch noch einmal sagen – und das ist auch verlogen, was hier teilweise durch die Zeitungen geistert –, das können Sie gar nicht.

Die Versorgungsleistungen für die ehemaligen Beamtinnen und Beamten! Der Berg ist nach Aussagen von Frau Bürgermeisterin Linnert erst ab dem Jahr 2018 überschritten. Das heißt, den haben wir noch.

(Bürgermeisterin Linnert: Was?)

Sie haben mir vor einiger Zeit gesagt, der Berg der Versorgungsleistungen für die ehemaligen Beamten und Beamtinnen gehe bis zum Jahr 2018.

(Bürgermeisterin Linnert: Der Anstieg!)

Der Anstieg bis zum Jahr 2018, und dann geht es hinunter!

Wenn Sie jetzt sagen, wir würden infrage stellen, wo wir noch Beamte einsetzen und wo nicht, dann müssten Sie natürlich auch fairerweise zugeben, dass Sie für Angestellte auch Sozialabgaben zahlen müssen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!) (D)

(A) und das wird in diesem Haushalt schwer möglich sein, zumindest bis zum Jahr 2018. Daher ist auch diese Debatte, die zum Teil über die Medien ausgetragen wurde, ziemlich verlogen.

Ich komme aber noch einmal zurück auf das, was Herr Dr. Kuhn gesagt hat. Herr Dr. Kuhn hat im Grunde implizit gesagt, dass natürlich der öffentliche Dienst schuld daran sei, dass so viele Schulden vorhanden seien.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Was? – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Sagen wir einmal so, Sie haben es so verstanden!)

Implizit, das haben Sie auch so gesagt! Nein, der Kollege Dr. Kuhn hat es so gesagt!

In den früheren Jahren wurde der öffentliche Dienst in Bremen zu großzügig mit Beamten ausgestattet, und wir haben jetzt die Fehlentscheidung zu korrigieren. So hat er das gesagt, und das ist ein weit verbreiteter Mythos. Das wirft man auch gern dem Bundesland Berlin vor, den öffentlichen Dienst aufgebläht zu haben. Herr Dr. Kuhn hat immerhin noch gesagt, warum der öffentliche Dienst in Bremen damals so ausgestattet worden ist, weil wir nämlich seit dem Jahr 1980 in Bremen eine massive Beschäftigungskrise haben.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, genau!)

(B)

nachdem die Werften, zum Teil nicht ganz freiwillig, schließen mussten, nachdem die Nahrungsmittelindustrie eingebrochen ist und so weiter.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, stimmt!)

Jetzt habe ich mir aber auch einmal die Schuldenentwicklung des Bundesland Bremen angeschaut, weil ja immer wieder auch im föderalen Diskurs gesagt wird – das sind gar nicht einmal Sie, das sind die anderen Bundesländer –, Bremen und Berlin haben den öffentlichen Dienst aufgebläht und sind selbst schuld daran. Das stimmt, ehrlich gesagt, in der großen Linie überhaupt nicht.

Die großen Schulden des Bundeslandes Bremen stiegen Anfang der Neunzigerjahre erst an, und wenn man sich die Haushaltsposten der Versorgungsleistungen anschaut, Herr Dr. Güldner, ist das nur ein sehr geringer Teil. Ein großer Teil der Wahrheit ist nämlich auch, dass neben den Zinsen, die wir für die Altschulden zahlen, die natürlich auch zum Anstieg der Schulden beigetragen haben, auch verfehlte steuerpolitische Entscheidungen, die Ihre beiden Fraktionen im Jahr 2001 im Bund mit zu verantworten hatten, schuld daran sind.

All die Entscheidungen, die dort getroffen worden sind, einmal abgesehen davon, dass seit dem Jahr 1998

die Vermögensteuer ruht, die nach dem Grundgesetz fast die einzige Steuer ist, die den Ländern direkt zugutekommt, all die Steuersenkungen, die in der Ära von Herrn Schröder und Herrn Fischer vorgenommen worden sind, belasten die Kommunen und Länder direkt.

(Beifall bei der LINKEN - Glocke)

Das andere ist, dass natürlich die Länder – und das ist nämlich genau die Krux an der Sache - auch auf ihre Ausgaben nur bedingt Einfluss haben, weil die meisten Ausgaben bundesgesetzlich geregelt sind, zum Beispiel der überwiegende Teil der Sozialleistungen, aber auch zum Beispiel das BAföG. Das ist genau die Schere, um die es hier geht. Es sind nicht die ehemaligen Beamten, die die Schulden zu verantworten haben, es sind strukturelle Änderungen, es sind Maßnahmen, die der Senat ergriffen hat. Dazu gehört vielleicht, dass man einmal vor 30 Jahren verbeamtet hat, aber zum großen Teil liegt es daran, dass die Einnahmenseite und die Ausgabenseite, die von den Ländern zu verantworten sind, im Bund auseinanderentwickelt worden sind, sodass uns die Einnahmen fehlen und wir diese Schulden überhaupt nicht mehr deckeln können. Das jetzt den ehemaligen Beamten vorzuwerfen und zu sagen, deswegen müssen wir bei den heutigen Beamten sparen, ist verlogen und unredlich. - Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Immer langsam, Frau Kollegin Vogt! Ich habe eine Reihe von Punkten aufgezählt und habe auch das nicht für abschließend erklärt, sondern ich habe die Punkte markiert, wo es tatsächlich begonnen hat. Ich habe eigentlich nur den Bürgermeister a. D. Koschnick zitiert, der genau das in der Rückschau mit anderen Bürgermeistern der Sozialdemokratie selbstkritisch dargelegt hat, dass damals der Bogen überspannt worden und zu viel gemacht worden ist. Mehr habe ich nicht gemacht, als ihn zu zitieren. Ich glaube, im Jahr 1990 hat uns das Verfassungsgericht schon die Haushaltsnotlage attestiert, weil wir schon so viel Schulden hatten. Das kann also nicht erst in den Neunzigerjahren begonnen haben.

Dass DIE LINKE das alles nicht will, ist ganz klar, weil Sie nicht wollen, dass wir Erfolg mit unseren Bemühungen haben, sodass wir da wieder herauskommen. Das wollen Sie nicht, und deswegen sind Sie natürlich bei jedem Schritt, den wir unternehmen, um Erfolg zu haben, dagegen.

Herr Kollege Röwekamp – zum Jahr 2006 –, mich können Sie nicht zitiert haben, aber das ist egal, Sie haben einen Kollegen zitiert. Interessant ist ja, dass

(A) die damalige Koalition bei der Abwägung dann zu dem Ergebnis gekommen ist, eben nicht entweder alles oder nichts zu machen, sondern gerade zu der sozialen Staffelung gekommen ist. Ich meine, da werden doch vielleicht irgendwelche Argumente eine Rolle gespielt haben, Herr Röwekamp, warum es vielleicht auch Sinn macht, warum man dem einen das ganz lässt, dem anderen zum Teil und bei dem anderen dann eben streicht.

Sie können ja jetzt im Nachhinein sagen, das war ganz falsch, was Sie gemacht haben, das ist ja in Ordnung, aber dass das ganz unsinnig sein sollte, die Punkte Verdienste und tatsächliche Einkommenshöhe und die Möglichkeiten, sein Leben zu gestalten, bei solchen Maßnahmen dann auch einzubeziehen, um die Folgen zu verteilen, darüber kann man in der Tat debattieren, aber dass es so ganz aus der Welt sein soll, das kann ich mir nicht vorstellen.

Nach dieser Maßnahme im Jahr 2006, die sozial gestaffelt war, hat diese rot-grüne Koalition bis zum Juni keine einzige Maßnahme ergriffen, in der wir die Übernahme irgendwie nach Einkommens- oder Tarifgruppen gestaffelt hätten. Wir haben alle gemacht, wir haben es einmal zeitversetzt gemacht. Das macht im Übrigen die IG Metall auch. Sie hat es gerade gestern gemacht, dass sie einmal eine zeitliche Verzögerung einlegt. Wir haben es aber am Ende übernommen, und das ist das Wesentliche.

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ihre ganze Argumentation hängt an dem Satz, den Sie gesagt haben, eigentlich ist Geld da, man muss es nur anders verteilen. Da warte ich schon seit längerer Zeit auf Ihre Vorschläge.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das, was Sie da genannt haben, die Renovierung des Standesamts

(Abg. Frau Piontkowski [CDU]: Abbrechen! – Abg. Röwekamp [CDU]: Ich kann die Liste erweitern!)

und die Sorge für die Bäder, zeige, dass wir das Geld zum Fenster hinauswerfen, darüber bin ich sehr erstaunt. Ich hatte das bisher noch nicht so wahrgenommen, dass Sie dort anderer Meinung sind.

Dass wir, wenn wir vor den Tarifverhandlungen 2,5 oder 3 Prozent statt 0,9 Prozent in den Finanzplan hineingeschrieben hätten, jetzt mehr Geld hätten, Herr Röwekamp, das müssen Sie mir irgendwann noch einmal erklären. Das habe ich bis heute nicht verstanden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD) Sie sagen, kein Wunder, dass die Finanzsenatorin kein Geld hat, sie hat ja auch zu wenig in den Haushaltsplan hineingeschrieben. Entschuldigung, aber sie kann auch fünf Prozent hineinschreiben, deswegen hat sie das Geld, das sie dort hineinschreibt, noch lange nicht! Ich erkläre es Ihnen gern zum dritten Mal, warum man vor Tarifverhandlungen nicht eine hohe Summe hineinschreibt und man hinterher nachsteuern muss.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das hat ja mächtig gewirkt!)

Die Tatsache ist einfach --.

(Zuruf des Abg. Röwekamp [CDU])

Ich freue mich über jede Resonanz. In meinem Alter ist man doch froh, wenn man noch ein bisschen Widerspruch bewirkt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, nach oben immer mehr!

Es hat mich deswegen nicht überzeugt. Ich sage noch einmal zur sozialen Staffelung: Ich glaube, dass es in den Gehaltsgruppen, die wir jetzt ausnehmen – wir haben mehrfach gesagt, ich wiederhole es hier noch einmal, wir wissen, dass man es nur einmal machen kann, das ist klar –, einfach so ist, dass sich die Preissteigerung nicht so auswirkt wie bei anderen Menschen. Es ist einfach so, sie hat eine andere Wirkung. Es ist außerdem so, dass sich durch die prozentualen Erhöhungen der letzten 20 Jahre und mehr die Unterschiede faktisch immer stärker vergrößert haben.

Was wir in den Achtzigerjahren hier beim "Weser-Kurier" in der Tarifpolitik versucht haben, es in der Tarifpolitik wieder zusammenzubringen, weil es sich durch ständige Prozenterhöhungen immer weiter auseinanderentwickelt, kann man doch einmal infrage stellen, ob es der richtige Weg ist. Man kann es begrenzt machen, und man kann es für den Moment machen. Wir glauben, dass wir dafür gute Gründe haben.

Ihre Anregung, Herr Röwekamp, darüber im Haushalts- und Finanzausschuss – ich gehe einmal davon aus, dass es nach der ersten Lesung überwiesen wird – zu debattieren, nehme ich gern auf. Ich glaube, das lohnt sich. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

(D)

(A) Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal die Gelegenheit nutzen, zu den unterschiedlichen Vorstellungen über die Herangehensweise, wie man als öffentlicher Dienst mit Gehaltsentwicklungen umgeht, zwischen Ihnen und uns zu unterscheiden.

Die Haltung der Finanzsenatorin lässt sich so zusammenfassen: Sie setzt sich in die Tarifverhandlungen und akzeptiert die Tarifverhandlungen für den Bund und die Kommunen mit einem Einkommensplus für zwei Jahre von 6,3 Prozent. Sie weiß, dass sie nur 1 oder 0,9 Prozent für diese Jahre eingepreist hat. Sie setzt sich in die nächste Tarifverhandlung und akzeptiert den nächsten Tarifabschluss mit dem Marburger Bund mit einer Gehaltsanpassung von 4,6 Prozent. Sie weiß immer noch, dass sie eigentlich nur 0,9 oder 1 Prozent in ihrem Haushalt vorgesehen hat.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Was hätte sie machen sollen?)

Dann setzt sie sich in die nächste Tarifverhandlung mit den anderen Ländern und verhandelt einen Tarifabschluss unter ihrer Mitwirkung von 5,6 Prozent.

(Abg. Frau Garling [SPD]: Was hätten Sie denn gemacht?)

Bleiben Sie ganz ruhig, dazu komme ich gleich!

(B)

Sie weiß in dem Moment, sie hat eigentlich nur ein Prozent. Dann kommt sie in das Parlament und sagt, ich habe einmal nachgerechnet, ich habe in den Tarifverhandlungen mehr Geld ausgegeben als ich habe, die letzten acht Prozent des öffentlichen Dienstes müssen deswegen leer ausgehen. Das ist Beschäftigungspolitik á la Bürgermeisterin Linnert mit den Grünen in Bremen, und Sie behaupten, das sei Wertschätzung für öffentlich Beschäftigte? Das ist das Gegenteil von Wertschätzung!

### (Beifall bei der CDU)

Die Älteren unter Ihnen, Herr Dr. Kuhn und ich gehören dazu, werden sich erinnern. Als es darum ging, über das Ergebnis der Beratungen der Föderalismuskommission II hier im Parlament zu reden, habe ich gesagt, ich schlage neben vielen anderen Maßnahmen vor, dass sich der Senat mit den Gewerkschaften und Personalvertretern des öffentlichen Dienstes zusammensetzt, um eine gemeinsame Strategie für die Personalausgaben und die Einkommensentwicklung für den Sanierungspfad miteinander zu verabreden. Das kann man Notlagentarifvertrag, Sondertarifvertrag oder wie auch immer nennen, aber ich hätte es richtig gefunden, die öffentlich Beschäf-

tigten, deren Einkommen von der Leistungsfähigkeit unseres Staates abhängig ist, in einen Entscheidungsprozess darüber miteinzubeziehen, wie sich ihre Gehälter in Zukunft entwickeln sollen. Sie haben damals gesagt, das machen wir nicht, das entscheiden wir von Jahr zu Jahr.

Ich habe in den vergangenen Gesprächen mit vielen Gewerkschaftern und Vertretern von Personalräten die Bereitschaft gespürt, mit dem Senat doch endlich über solche Dinge einmal zu reden, bevor Entscheidungen getroffen werden. Was aber macht der Senat? Er lädt zwei Wochen, nachdem er sich selbst inhaltlich schon festgelegt hat, zu einem großen Gipfel ein. Ist das Wertschätzung für öffentlich Beschäftigte?

(Beifall bei der CDU und bei der LINKEN)

Wer einen gemeinsamen Weg mit Beschäftigten sucht, der kann doch nicht erst diktieren und hinterher rechtfertigen. Er muss versuchen, zu überzeugen und einen gemeinsamen Weg zu finden. Das ist das, was uns von Ihrer Tarifpolitik im öffentlichen Dienst nachhaltig unterscheidet. Wir wollen einen Weg mit den Beschäftigten und nicht gegen die Beschäftigten.

#### (Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch einen zweiten Punkt ansprechen! Wir haben nicht genug Geld, und ich soll jetzt sagen, wo überall gespart werden kann. Ich habe es schon einmal gemacht, aber alle meine Sparvorschläge waren untauglich, Sie erinnern sich. Ich will in diesem Zusammenhang aber eines auf jeden Fall in Erinnerung rufen, die Diskussion darüber, ob und wie viel Geld wir in diesem und im nächsten Jahr haben, wird in der Eckwertvorlage angesprochen. Daraus ist ersichtlich, dass wir einen Abstand zu der Neuverschuldungsgrenze nach der Konsolidierungsvereinbarung in diesem Jahr von noch 267 Millionen Euro, korrigiert um die neueste Steuerschätzung vielleicht 230 Millionen Euro haben, im nächsten Jahr werden es noch 180 Millionen Euro sein.

Ich bin mir sicher, dass Sie in den nächsten Jahren an der einen oder anderen Stelle, Stichwort Klinikum, auch in den öffentlichen Haushalten noch etwas nachsteuern werden müssen. Deswegen ist es eine Frage der Schwerpunktsetzung in den Haushalten. Man kann den Offshore-Terminal auf 5, 10 oder 20 Jahre finanzieren, aber alles hängt mit allem zusammen. Sich aber inhaltlich bei jedem auch noch so kleinen Projekt bis zur Stiftung "Wohnliche Stadt", dafür waren ja auch noch vier Millionen Euro vorhanden, festzulegen und am Ende zu sagen, jetzt reicht es leider für den letzten Rest meiner Beschäftigten nicht, das ist ein Verhalten, Herr Dr. Kuhn, ich stelle mir einmal vor, das würde ein privater Arbeitgeber machen!

(C)

(A) Dann wären Sie wieder auf den Schienen wie vor 40 Jahren, Herr Dr. Kuhn, und würden sich nicht über Proteste von Mitarbeitern beschweren, sondern würden mit der Fahne vorweglaufen. Das ist die Realität, Ihre Einstellung zur Gerechtigkeit hat sich geändert!

(Beifall bei der CDU)

Deswegen gibt es, erstens, Spielräume und, zweitens, Möglichkeiten, mit Arbeitnehmervertretern zu gemeinsamen Verabredungen zu kommen. Ich zweifle aber daran, dass daran insbesondere Ihrer Finanzsenatorin gelegen ist.

Deswegen muss ich abschließend noch einmal auf das zurückkommen, was Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Linnert, anlässlich der Übergabe der Protestunterschriften der Staatsanwälte und Richter gesagt haben. Es ist ungewöhnlich, das habe ich, ehrlich gesagt, in meiner politischen Laufbahn noch nicht so häufig erlebt, dass diese Beschäftigungsgruppe gegen den Staat und gegen den Senat und dessen Entscheidung aufbegehrt. Sie haben aber den Mut gefasst und es gemacht.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Dazu braucht man keinen Mut!)

Was haben Sie denen geantwortet, Frau Bürgermeisterin Linnert? Sie haben denen geantwortet, es hat sie ja niemand gezwungen, in Bremen Beamter zu werden

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Das ist keine Wertschätzung!)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Linnert, ist das Ausdruck Ihrer Wertschätzung gegenüber Menschen, die unter Arbeitsverdichtung und hohem öffentlichen Arbeitsdruck jeden Tag ihre Arbeit verrichten? Stellen Sie sich so, wie Sie sich verhalten, eigentlich den idealen Arbeitgeber vor? Ich sage Nein, Frau Bürgermeisterin Linnert! Ein idealer Arbeitgeber plant nicht von Jahr zu Jahr, ein idealer Arbeitgeber hat ein Interesse an motivierten, leistungsbereiten und zufriedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ein idealer Arbeitgeber spaltet seine Beschäftigten nicht, er versammelt sie hinter seiner Überzeugung, die auch einmal einen schwierigen Weg enthalten kann, aber insbesondere begegnet ein Arbeitgeber den berechtigten Sorgen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht mit einem solchen bodenlosen Zynismus. - Vielen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)\*): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte hier ab-

schließend noch einmal darüber reden, was Beamte in Bremen eigentlich leisten. Es gibt grundgesetzlich geschützte Aufgaben in Artikel 1 bis 20 des Grundgesetzes, und sie stehen unter dem Vorbehalt der Ewigkeitsklausel. Das heißt, das Grundgesetz kann immer geändert werden, auch in Artikel 109 kann man eine Schuldenbremse einschreiben, aber Artikel 1 bis 20 des Grundgesetzes sind unantastbar.

(Abg. Tschöpe [SPD]: 1 und 20! – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: 17 und 4!)

Stimmt! Ich muss dem Juristen hier in der Runde recht geben. In diesen Aufgabenbereich fällt der Bereich Bildung, aber darunter fällt auch der Bereich Sicherheit, und darüber diskutieren wir heute die ganze Zeit.

Wenn man sich einmal die Entwicklung im öffentlichen Dienst seit dem Jahr 1993 genau anschaut – ich habe soeben schon einmal gesagt, zum Teil ist es auch ein Mythos, was andere Bundesländer Berlin, Bremen und anderen Stadtstaaten, also auch Hamburg, vorwerfen, nämlich dass wir den öffentlichen Dienst so aufgebläht und deswegen so viele Altschulden hätten –, sind in Bremen im öffentlichen Dienst im Vergleich zu den anderen Bundesländern erheblich mehr Stellen eingespart worden als in jedem anderen Bundesland.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir hatten auch mehr!)

Wir hatten diese Diskussion hier schon öfter. Über 2 000 Stellen sind bis zum Jahr 2007 an Lehrerstellen eingespart worden, ich glaube, 1 500 Vollzeitäquivalente, aber es waren natürlich mehr Stellen, weil wir auch viele befristete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Lehrkräften haben.

Ich habe hier soeben am Beispiel der Feuerwehr deutlich gemacht, dass sich die Einsatzzahlen bei Brandfällen verdoppelt haben, bei den Rettungsdiensten sind es 60 Prozent mehr, aber es wurden 150 Stellen eingespart. Bei der Polizei ist es ähnlich, auch das hatten wir hier schon einmal, ich habe es in der Debatte zur freien Heilfürsorge auch noch einmal angebracht. Der enorme Berg der Überstunden, den die Polizei gratis und unentgeltlich vor sich herschiebt, liegt wie im letzten Jahr bei 270 000 Überstunden, glaube ich. Das entspricht etwa dem, was das Flächenland Schleswig-Holstein an Überstunden im Bereich der Polizei hat.

Das heißt, wir haben es mit einer Situation zu tun, in der es in den letzten 20 Jahren im öffentlichen Dienst und vor allem in den grundgesetzlich geschützten Bereichen des öffentlichen Dienstes einen erheblichen Personalabbau gegeben hat. Gleichzeitig sind die Aufgaben in diesen Bereichen und die Arbeitsverdichtung enorm angestiegen, das habe ich gleich zu

(D)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Beginn meines ersten Debattenbeitrags gesagt. Wenn man zum Beispiel die Anzahl der gekürzten Stellen bei der Feuerwehr anschaut und was dort an Arbeitsbelastung auf die Feuerwehr zugekommen ist, dann horchen Sie einmal tief in Ihr Gewissen!

Ich hätte gern geheime Abstimmung über unseren Antrag beantragt, leider sieht das die Geschäftsordnung nicht vor.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Gott sei Dank! Das wäre ja noch schöner!)

Deswegen beantrage ich hier namentliche Abstimmung. Horchen Sie einmal in Ihr Gewissen hinein, weniger Lehrer, Polizeibeamte und Feuerwehrbeamte leisten erheblich mehr Arbeit! Ich finde, dafür sollten sie anständig bezahlt werden.

(Beifall bei der LINKEN – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Weniger!)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat gibt es nur ein einziges Motiv für die nicht vollständige Übertragung, wie es ja fälschlicherweise häufig heißt, des Tarifergebnisses auf alle Beamtinnen und Beamten. Der Grund liegt darin, dass wir nicht wissen, wie wir es bezahlen sollen. Ich habe in der ganzen Debatte über das allgemein Bekannte hinaus, nämlich wir sollen erklären, dass der Sanierungskurs gescheitert sei, so DIE LINKE, nichts gehört. Zu sagen, dann geben wir einfach weiter Geld aus und "liefern Bremen ans Messer", ist für den Senat keine Option.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Von der CDU habe ich bis auf allgemeine Erkundigungen zu Haushaltsproblemen, die in der Tat groß sind, auch keinen einzigen Vorschlag gehört, wie wir die fehlenden weit über zehn Millionen Euro mit Folgewirkungen für die nächsten Jahre bezahlen sollen.

(Abg. Frau Piontkowski [CDU]: Gestern gemacht! – Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Haben Sie nicht zugehört?)

Ich selbst und der Senat als Ganzes würden sehr gern mehr bezahlen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und zwar vor allem in den unteren Einkommensgruppen, denn es ist in der Tat richtig, dass das Berufs-

beamtentum – mit all seinen Vor- und Nachteilen – in den unteren Besoldungsgruppen leider auch gerade im Bereich der Alterssicherung Einkommen erzeugt, die ich für die verantwortungsvolle Aufgabe, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übernehmen, als schwierig ansehe.

Die Argumentation der Wertschätzung! Ich habe sehr lange darüber nachgedacht, was eigentlich ein Mensch wie ich, der hier vom Parlament und von ziemlich vielen Bremerinnen und Bremern gewählt wurde, der sich bemüht, ein Mensch zu sein, der mit anderen fair, korrekt und auf Augenhöhe umgeht, aus diesem Vorwurf lernen kann. Ich habe auf jeden Fall die fehlende Wertschätzung als eine Argumentationslinie verstanden, die Unerfüllbares vom Senat verlangt und dann konstruiert, wenn ihr das nicht macht, dann seid ihr ganz schlimm, und ihr wertschätzt uns nicht. Das gehört in den Bereich der Kindergärten, aber nicht in eine Gesellschaft von Erwachsenen.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich weiß nicht, was mit dem Schlag in das Gesicht für Beschäftigte gemeint ist. Ich habe in meinem ganzen Leben niemandem ins Gesicht geschlagen,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Zurufe von der CDU)

weder körperlich noch in einer anderen Form! Das sind Versuche, die Auseinandersetzungen zu den Fragen, wie hoch die Beamtenbesoldung ist und welche Erhöhung wir vornehmen, sehr stark zu personalisieren und zu emotionalisieren. Das ist bis zu einem bestimmten Punkt legitim, aber ich möchte – das wird dann auch wieder eine große Unruhe hier auslösen, ich sage es aber trotzdem – darauf hinweisen, das Rechtsverhältnis zwischen einem Arbeitgeber und einem Arbeitnehmer besteht nicht darin, dass man das Rechtsverhältnis emotionalisiert, sondern das Rechtsverhältnis ist Arbeit gegen Geld und Geld gegen Arbeit.

Auf der Ebene muss man sich damit auseinandersetzen, ob das, was wir bezahlen, im Rahmen dessen liegt, was in Ordnung ist, was sich in die gesellschaftlichen Verhältnisse einbettet, die wir hier vorfinden. Man muss auch beachten, dass das Verfassungsgebot, das dem Berufsbeamtentum zugrunde liegt, uns auch auferlegt, nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die finanziellen Verhältnisse des Staates zu berücksichtigen. Insofern glaube ich, dass bei der Wahl der Methoden, die wir im Moment beobachten können, das Maß abhandengekommen ist. Ich finde das nicht in Ordnung, was heute vor der Bürgerschaft stattgefunden hat beziehungsweise stattfindet

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Man kann auch maßlos sein, in dem Gefühl Opfer zu sein. Man kann auch das Maß verlieren, in dem Achten darauf, wie es anderen Gruppen in der Gesellschaft geht, und das nehme ich in der Tat in Teilen des Protestes, den ich in seiner Zielrichtung für legitim halte, wahr. Auch wenn es nicht mehr modern ist, auch wenn sich in Bremen niemand traut, das zu sagen, ich sage es hier doch: Der Beamtenstatus verlangt nach der Verfassungslage nicht nur einen Dienstherrn, der sich an das Gesetz hält – und das tun wir –, sondern auch von den Beschäftigten, von den Beamtinnen und Beamten, eine besondere Loyalität zum Staat.

(Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]: Deshalb machen Sie ja gerade die Überstunden!)

Das gilt auch und gerade für die Polizei. Wenn man hier Protestformen wählt, die im Grunde nicht akzeptieren, dass es sich um eine vom Volk gewählte Regierung und einen vom Parlament gewählten Senat handelt, sondern so tut, als diktiere der Senat hier etwas als Obrigkeit, dann hat man das gegenseitige Rechtsverhältnis nicht verstanden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau Piontkowski [CDU]: Das glauben Sie doch selbst nicht, was Sie da sagen!)

(B) Frau Piontkowski, die Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses, skandiert permanent dazwischen: Sparschweine der Nation! Das ist auch genau dieselbe Maßlosigkeit, und es ist schlimm, dass Menschen das hier glauben, wenn Sie das immer wieder behaupten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Schauen Sie sich an, wie sich die Verhältnisse in Deutschland entwickelt haben! Schauen Sie sich die Spaltung, gerade gegenüber denjenigen, die dauerhaft arbeitslos sind, an! Auch dann, finde ich, kann man das immer noch nicht richtig finden, was wir hier machen, aber man bekommt ein Maß dafür, was der Senat hier tut.

Ab dem 1. November 2008 wurden die Grundgehälter, die Familienzuschläge und die dynamischen Zulagen für alle Beamtinnen und Beamten um 2,9 Prozent erhöht. Sparschweine der Nation, aha! Ab dem 1. März 2009 folgte die Erhöhung der Grundgehälter um 20 Euro sowie eine Erhöhung der Grundgehälter, der Familienzuschläge und der dynamischen Zulagen um drei Prozent. Ab dem 1. März 2010 kam es zur Erhöhung der Grundgehälter, der Familienzuschläge und der Zulagen um 1,2 Prozent, und ab dem 1. April 2011 wurden die Grundgehälter, die Familienzuschläge und die Zulagen um 1,5 Prozent bis A 11 erhöht.

(Zurufe von der CDU – Abg. Senkal [SPD]: Jetzt einmal zuhören!)

Ab dem 1. Oktober 2011 sind für alle übrigen Beamten Einmalzahlungen für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 8 in Höhe von 360 Euro und 120 Euro für die Anwärter erfolgt, ab dem 1. April 2012 erhöhten sich die Grundgehälter, die Familienzuschläge und die Zulagen um 1,9 Prozent –

(Abg. Frau Piontkowski [CDU]: Bis A 11!)

ja, bis A 11! – sowie die Grundbeträge der Anwärter um 17 Euro und so weiter! Das ist das, was Sie mit Sparschweine der Nation bezeichnen,

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Ja, Sie haben es eben gut erklärt!)

und das muss ich Ihnen einmal sagen, das ist einfach maßlos!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

In der Debatte wird auch regelmäßig das Nennen der Folgen unterschlagen, die die vollständige Übertragung bedeuten würde. Welche Überlegungen haben Sie eigentlich – gerade noch einmal an DIE LINKE gerichtet –, was eine vollständige Übertragung des Tarifergebnisses für die Rentnerinnen und Rentner, so wie Sie sie vorschlagen, impliziert, wenn wir sie auf die Pensionäre entsprechend der Besoldungsgruppen, die wir in den Pensionsgruppen vorfinden, übertragen? Dort ist auf einmal eine ganz deutliche Besserstellung gegenüber den Tarifbeschäftigten für Sie überhaupt kein Problem mehr.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Mit Abzügen!)

Die Tarifbeschäftigten bekommen Rente, und sie bekommen die Rentenerhöhung, so wie sie jetzt beschlossen wurde.

Im Übrigen, der Entschließungsantrag, der von den LINKEN hier eingebracht worden ist und dem die CDU ja gern zustimmen möchte, hat meiner Meinung nach einen verfassungswidrigen Tenor und ein verfassungswidriges Ziel. Der Senat ist verpflichtet und berechtigt, Gesetzentwürfe hier frei vorzulegen, er ist an keine Weisungen gebunden. Selbstverständlich ist die Bürgerschaft frei, eigene Gesetzentwürfe vorzulegen oder Gesetzentwürfe des Senats zu verändern, aber eine Bindung des Senats, wie Sie sie in Ihrem Entschließungsantrag vornehmen wollen, ist nicht gestattet, und das werden wir auch nicht machen

(D)

(A) Die große Frage der Gerechtigkeit! Ich glaube, dass Menschen, die das Glück haben, hier in diesem Land zu leben, nicht nur in Bremen, sondern in Deutschland, und die die Frage der Gerechtigkeit diskutieren – was ist eigentlich mit all denen, die das Pech hatten, woanders geboren zu werden, die in ganz anderer Art und Weise vom Klimawandel, von Hunger und von Not betroffen sind? –,

#### (Zurufe von der CDU)

sich zuallererst überlegen sollten, was eigentlich gerecht ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das heißt nicht, dass man alles akzeptieren muss. Was zum Teil an Begleitmusik mit der Maßlosigkeit in dem Opferstatus passiert – –.

(Abg. Frau Piontkowski [CDU]: Das ist nur schwer zu ertragen!)

Ja, mir ist klar, dass Sie das nur schwer ertragen können, Frau Piontkowski, jetzt rede aber ich.

Ich finde, dass das Maß, das wir hier auch in dieser Auseinandersetzung wahren sollten, schon auch allen auferlegt ist, allen denen, die sich an der Debatte beteiligen, nicht nur auf sich selbst zu schauen, sondern auch auf die anderen zu schauen, auf die deutsche Geschichte zu schauen und zu fragen, wie es eigentlich weitergehen soll.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man dann sagt, man will nicht über den Tellerrand schauen, nicht auf ganz Europa, nicht auf die ganze Welt, weil einem das nicht gefällt, dann schauen wir einmal auf Bremen, und dann schauen wir uns an, was mit denjenigen ist, wenn man Gerechtigkeitskriterien anlegt, die es nicht in den öffentlich Dienst geschafft haben, sondern mit 55 Jahren ihren Arbeitsplatz verlieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Oder die ihr outgesourct habt!)

Welchen Gerechtigkeitsmaßstab legen wir denn dann an?

Herrn Röwekamp sind die Tarifverhandlungen, an denen ich in der Tat beteiligt war – von allen Finanzministern einstimmig gewählt –, ganz besonders wichtig, und offensichtlich hat er da auch unter dem Tisch gesessen, er weiß immer ganz genau, was dort abgelaufen ist, nun gut! Die CDU-Finanzminister haben mich jedenfalls mit dem Auftrag versehen, dort zu verhandeln. Selbst CDU-regierte Bundesländer über-

tragen nicht eins zu eins, wie Sie das wollen, insbesondere Thüringen und das Saarland nicht, das haben sie auch in der Vergangenheit nicht getan. Insofern läuft es völlig leer, was Sie hier sagen. Die Sonderstellung Bremens existiert so nicht!

Es bleibt auch dabei, ob einem das gefällt oder nicht, beim Tarifrecht und beim Beamtenrecht handelt es sich um zwei völlig unterschiedliche Rechtsgebiete. Die Bezeichnung eines Senatsbeschlusses mit dem Wort "diktieren" lehne ich ab. Senatsbeschlüsse sind Beschlüsse einer demokratisch gewählten Regierung und kein Diktat.

#### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Vorwurf, wir würden uns abkoppeln! Wir führen über alle Besoldungsgruppen und alle Entgeltstufen hinweg genaue Betrachtungen durch, einen Bundesvergleich. Den haben wir ja auch in den Gesprächen mit den Gewerkschaften vorgelegt, und bisher hat keiner die von uns vorgelegten Tabellen – vielleicht führen wir sie als Anlage der nächsten Senatsvorlage bei oder stellen sie allen zur Verfügung – in ihrem Kern, in ihrem Wesen und die Zahlen angezweifelt.

Es ist nicht so, dass wir mit diesem Beschluss Bremen dauerhaft abkoppeln, sondern Bremen belegt im Ländervergleich bei den Besoldungsgruppen bis A 12 einen mittleren Rang, und das liegt daran, dass Bremen bis A 12 noch eine Sonderzahlung gewährt. Über das Weihnachtsgeld haben wir ja hier schon gesprochen. Ab A 13 liegt das bremische Besoldungsniveau, dann ohne Sonderzahlungen, vor Berlin auf dem vorletzten Rang. Diese Situation wird durch die geplante Besoldungsanpassung gefestigt, das ist so.

In jedem Fall ist aber der Vorwurf nicht berechtigt, dass die bremischen Beamten von der Einkommensentwicklung im Bund und in andern Ländern abgekoppelt werden. Selbst ein letzter Platz im Ranking wäre verfassungsrechtlich, so hat ja DIE LINKE argumentiert, kein Problem, wenn der Anschluss an die anderen Ländern nicht vollkommen verloren geht. Dafür wird der Senat weiter sorgen.

# (Abg. R u p p [DIE LINKE]: Ab wann ist denn Abkopplung?)

Dass wir keine Bewerberinnen und Bewerber mehr für eine Tätigkeit beim Staat haben, ist nicht zutreffend. Es werden sehr viel Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den nächsten Jahren ausscheiden, sodass wir die Chance erhalten, zu einem weiteren Umbau in der Verwaltung zu kommen. Wir haben nach wie vor in so gut wie allen Bereichen Bewerberinnen und Bewerber, die gern beim Staat arbeiten wollen, die verstanden haben, dass wir gute, sichere und familienfreundliche Arbeitsplätze bieten.

Wir haben Menschen, die motiviert sind und in völliger Kenntnis der Rechtslage – nur darauf habe ich

(A) hingewiesen, auch bei der Demonstration der Richterinnen und Richter, die ist nämlich so, dass dem Senat auferlegt ist, eine Entscheidung zur Beamtenbesoldung zu treffen, aber nicht nach einem Automatismus zu verfahren – Lust haben, Beamte in Bremen zu werden, um hier für das Gemeinwesen in diesem ganz besonderen Rechtsverhältnis und mit diesem besonderen Status zu arbeiten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Die soziale Staffelung ist hier besonders angegriffen worden. Ich habe, als der Senat überlegt hat, was wir jetzt mit den Tarifergebnissen machen, niemals damit gerechnet, in welchem Maß es denjenigen, die über viele Jahre hinweg ja in höheren Besoldungsgruppen sind, doch gelingen kann – 70 Prozent der Polizistinnen und Polizisten erhalten die vollständige Übertragung um ein halbes Jahr verzögert –, die Unterschiede zu verwischen. Das finde ich wirklich interessant.

Bisher war es so, dass Menschen, gerade auch aus der Ecke der LINKEN, aber auch in grüner Tradition, viele Tarifergebnisse deshalb kritisiert haben, weil ständig einfach nur prozentuale Erhöhungen dabei herauskommen. Ich habe mich auch bei diesen Tarifverhandlungen um Sockelbeträge und Einmalzahlungen bemüht. Ich habe auch gedacht, dass das sozusagen der tarifpolitische Konsens einer sich als links verstehenden Regierung ist. Wenn man jetzt sagt, dass das, was der Senat macht, in besonderer Art und Weise spaltet, dann frage ich einmal zurück: Ist es nicht so - ich habe das immer gedacht -, dass es eine besondere Spaltung ist, wenn es immer nur zu weiteren prozentualen Erhöhungen kommt, die zu einer immer größer werdenden Differenz zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen führt?

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Abg. R u p p [DIE LINKE)]: Aber wenn es ausgehandelt wird, gilt es für alle!)

Nein, es gilt nicht für alle, Herr Rupp! Ich habe Ihnen das jetzt schon zum fünften Mal erklärt, dass es sich um unterschiedliche Rechtsbereiche handelt. Im Übrigen werden wir ja sehen, wie die Regierung, an der DIE LINKE beteiligt ist – –.

(Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]: Ich habe aus Ihrem eigenen Besoldungsanpassungsgesetz zitiert!)

Ja, natürlich, das habe ich doch gesagt, das tun wir auch nicht! Das heißt aber nicht, das Bremen sich als Haushaltsnotlageland nicht im unteren Drittel befinden kann, das heißt es nicht! Noch einmal: Die Verfassungslage besagt, dass die wirtschaftliche und finanzielle Situation bei der Bemessung der Beamtenbesoldung berücksichtigt werden muss, und das tun wir.

Die CDU hat zum wiederholten Male kritisiert, dass wir die Haushaltsprojektion bis zum Jahr 2020, also im Rahmen des Sanierungswegs, bei der Steigerung der Beschäftigtengehälter nur mit 0,9 Prozent kalkulieren. Das tun andere Sanierungsländer auch, auch andere Länder, in denen die CDU mitregiert. Man nimmt nämlich niedrigere Werte an, und es gibt in der Tat unterschiedliche Möglichkeiten, diese 0,9 Prozent auch zu halten.

Dieser Senat hat sich dieses Mal dazu entschieden, dass die Differenz zwischen den zur Verfügung stehenden Mitteln und dem Tarifabschluss, wenn er vollständig übertragen würde, nicht durch weitere Personaleinsparungen erbracht werden soll. Wir haben die Situation in den Kindergärten und Schulen so stark verbessert, dass wir das zerstören würden, wenn wir jetzt zu großen Personaleinsparungen kommen würden.

Wenn man das nicht will und sagt, man möchte gern in die Finanzplanung, sagen wir einmal, drei Prozent einstellen, dann interessiere ich mich dafür, wem die CDU es dann wegnehmen will: bei den Zuwendungen, bei den Investitionen, bei den Kindergärten und bei den Schulen? Auch das gehört zur Wahrheit dazu, wenn jetzt gesagt wird, dass die Beamten ein Sonderopfer erbringen, dass der Anteil des Geldes, den der Staat für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes ausgibt, derjenige ist, der über Jahrzehnte hinweg mit hohen Steigerungsraten versehen ist, während in allen anderen Bereichen gekürzt wird, oder es stagniert, und das wird dann von der CDU auch immer ordentlich kritisiert.

Noch einmal, Herr Röwekamp: Ich lege mit den Haushaltsplanungen für die Jahre 2014/2015 kein Geld beiseite – schön wäre es! –, sondern das Einzige, das wir versuchen können, ist, möglichst wenige Schulden aufzunehmen. Im Risikotopf – darüber wissen Sie genau Bescheid, das ist ja das, was Sie jetzt öffentlich unter Verstoß gegen jede Form von Wahrhaftigkeit behaupten – soll das Geld versteckt werden. Was haben Sie gesagt? Ich lege Geld beiseite! Schon allein das wäre unmöglich, das wäre im Übrigen eine Straftat. Sie müssen sich einmal überlegen, was Sie hier sagen!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Wenn Sie es für sich beiseitelegen würden, ja! Das habe ich nicht behauptet!)

Bei diesem Risikotopf werden wir genau sagen, wofür wir die Mittel bereitstellen, und dann werden wir ja sehen, ob Sie einen anderen Vorschlag machen, wie wir damit umgehen sollen. Klar ist, dass wir Risiken im Bereich der Sozialhilfe und bei den Auslagen in Rechtssachen und so weiter haben.

(D)

(A) Als Letztes möchte ich gern etwas zu den Äußerungen sagen, "wir waren es nicht", "wir haben es nicht eingebrockt", "andere waren es", und "wir haben jetzt keine Lust dazu".

Entschuldigung, es tut mir leid, aber ich kann es nicht anders sagen! Ich glaube, es krankt in Bremen eher daran, dass man auch den Menschen einmal etwas sagen muss, was sie nicht hören wollen. Ich sage es hier trotzdem: Was ist das für eine eigenartig unerwachsene Haltung? Es handelt sich um demokratisch gewählte Regierungen, die mit der Lage, in der sie waren, zurechtkommen mussten.

Ich habe im Übrigen die Schulden auch nicht verursacht, und trotzdem stelle ich mich doch hier nicht hin und sage, das ist mir irgendwie zu mühselig, viele Menschen sind böse auf mich, und es tut mir irgendwie leid, sondern es hilft alles nichts: In der Demokratie gehört es mit zu den Spielregeln, dass man die Folgen der Politik der letzten Jahre, woran auch immer es gelegen haben mag – und ob es einem jetzt gefällt, wir können uns hier keine Welt wünschen –, zusammen, die einen sagen ausbaden, ich würde sagen anpacken muss.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Solange die Hoffnung und die Chance bestehen – und die bestehen –, dass wir es schaffen, Bremen aus einer unausweichlichen Spirale der Verschuldung und immer größer werdenden Abhängigkeit von anderen befreien zu können, weiß ich ganz genau, dass es auch viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bremen und auch Beamtinnen und Beamte gibt, die mitmachen werden, und es sich lohnt. Sie wissen, dass es sich lohnt, für Bremen zu kämpfen, und dass die Verhältnismäßigkeit zwischen dem, was wir anrichten, wenn wir jetzt dem Druck nachgeben, und dem, was wir bekommen, wenn wir stark bleiben, entschlossen und auch bereit sind, Unbequemes zu fun – –

(B)

Die Verhältnismäßigkeit ist so, dass wir für Bremen eine Verantwortung haben. Wir nehmen sie nicht wahr, wenn wir allen das geben, was sie sich wünschen, und das geht in diesem Fall auch bei den Beamtinnen und Beamten nicht. – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde, es ist schon bemerkenswert, Frau Bürgermeisterin, dass Sie auf die Frage, ob Sie es gerecht finden, dass jemand mit 8 000 Euro öffentlich bezahltem Einkommen eine Gehaltssteigerung bekommt und jemand mit 3 000 Euro

nicht, keine Antwort gegeben haben. Es ist schon bemerkenswert, dass Sie solchen Sachverhalten, die Sie zu vertreten haben, mit dem, was Sie hier heute vorlegen, ausweichen. Ich kann nur noch einmal betonen, ich finde das nicht gerecht, und deswegen haben wir auch einen Anspruch darauf, dass Sie dazu etwas sagen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin aber nicht deswegen nach vorn gekommen, sondern ich bin nach vorn gekommen, weil Sie am Anfang Ihrer Rede, finde ich, in völlig unvertretbarer Weise die Loyalität der Beamten im Staatsdienst in Bremen in Abrede gestellt haben.

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Ich glaube, Sie sind mittlerweile so abgehoben, dass Sie gar nicht mehr wissen, was die Beamtinnen und Beamten jeden Tag für eine Loyalität in ihrer Dienstverrichtung diesem Staat gegenüber erbringen, sehr geehrte Frau Linnert!

(Beifall bei der CDU und bei der LINKEN)

Genauso wenig, wie es illegal ist, 27 Millionen Euro im Haushalt zu verstecken,

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist eine Lüge!)

wie Sie gesagt haben, ist es genauso falsch, dass irgendein Beschäftigter des öffentlichen Dienstes der Bürgermeisterin und ihrer politischen Überzeugung gegenüber loyal sein muss. Die Beamtinnen und Beamten haben dem Staat, der Gesellschaft gegenüber loyal zu sein und nicht irgendwelchen Bürgermeisterinnen. Das will ich an dieser Stelle auch noch einmal sagen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Werner [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau das hat Frau Bürgermeisterin Linnert gerade gesagt!)

Vielleicht lesen Sie das auch gar nicht, oder Sie wissen es einfach nicht, deswegen möchte ich Ihnen einmal drei Beispiele von der Loyalität der Beamten nennen!

Ich nehme einmal die Sicherstellung der Funktions- und Einsatzbereitschaft der Feuerwehr in Bremerhaven. Herr Stadtrat Hoffmann von der SPD hat am Mittwoch im Magistrat in Bremerhaven dazu eine Vorlage vorlegen müssen, in der er mitteilt, dass aufgrund von unbesetzten Führungsstellen die Sicherstellung von zwei rund um die Uhr zu besetzenden Führungsdiensten in der Feuerwehr in Bremerhaven nicht mehr gewährleistet werden kann, weil sich Beamte wegen der Verschlechterung in der Besoldung

(C)

(A) auf solche Führungsstellen nicht mehr bewerben. Dann sagt er: Als Übergangslösung wurde mit den Führungskräften eine Dienstvereinbarung geschlossen, nach der die Beamten ihren Einsatzdienst in Rufbereitschaft mit sofortiger Arbeitsaufnahme entgegen den gesetzlichen Vorschriften geringer vergütet erhalten.

> In Bremerhaven leisten leitende Feuerwehrbeamte unter Ausdehnung ihrer Verpflichtung zur Loyalität dem Staat gegenüber jeden Tag Dienst, weil sie wollen, dass die Menschen auch in Bremerhaven im Notfall durch die Feuerwehr gut versorgt sind,

(Beifall bei der CDU und bei der LINKEN)

und Sie sagen diesen Menschen, sie seien nicht loyal!

Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sind in den letzten Jahren in Bremen bereit gewesen, ihre privaten Handydaten für die Sofortalarmierung dem Dienstherrn zur Verfügung zu stellen

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist Alarmbereitschaft! Das ist doch vollkommen normal!)

und jederzeit über ihr Privathandy in Rufbereitschaft erreichbar zu sein. Die Mordkommission schaut nicht auf Dienstpläne. Sie ist darum bemüht, jeden Mord zu jeder Zeit aufzuklären, egal wie viele Stunden schon gearbeitet worden sind, und Sie sprechen diesen Beamten fehlende Loyalität aus, Frau Linnert! In welcher Welt leben Sie eigentlich?

(Anhaltender Beifall bei der CDU und bei der LINKEN)

Der Gymnasiallehrer, der junge Lehrer in der Besoldungsgruppe A 13, weiß, dass er in Bremen so wenig verdient wie in keinem anderen Bundesland. Er geht jeden Morgen in die Schule, obwohl wir ihn mit Schulreformen ohne Ende gequält haben, obwohl er unter Unterrichtsausfall und unter mangelnder Krankenversorgung leidet, und wir erwarten, dass er den durch die PISA-Studie dokumentierten Missstand beseitigt und gleichzeitig noch die Inklusion schafft. Diesem engagierten Lehrer werfen Sie fehlende Loyalität vor, Frau Linnert!

Ich finde, den Zynismus, den Sie gegenüber den Staatsanwälten und Richtern gezeigt haben, haben Sie durch Ihr Verhalten heute noch einmal übertroffen. Sie leben nicht mehr in dieser Welt, sehr geehrte Frau Linnert.

(Beifall bei der CDU)

Ausgerechnet diejenigen, die sich in der Vergangenheit gegen Fahrpreiserhöhungen der Straßenbahn

auf Straßenbahnschienen gesetzt haben, die bei Demonstrationen gegen Atomkraftwerke bereit waren, bestimmte Grenzen zu übertreten und zu sagen, das war ziviler Ungehorsam, beschweren sich, weil jetzt Polizeibeamte, Feuerwehrbeamte und Lehrer hier vor der Tür des Parlaments

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

für ihr Recht auf amtsangemessene Alimentation demonstrieren.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Unruhe)

Dazu kann ich nur sagen, Herr Dr. Kuhn, das Sein bestimmt das Bewusstsein! Ich wollte es eigentlich nicht wieder sagen, aber sehr geehrte Frau Linnert, dann machen Sie Ihren Plan doch wahr: Werden Sie endlich Prinzessin und schlagen die Aufstände in Hiob! – Danke!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor das Ganze jetzt in eine Art Klamauk und Schauveranstaltung abgleitet:

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Da sind Sie gefordert!)

Ich glaube, als die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sich schon vor sehr langer Zeit, lange, bevor selbst Herr Dr. Kuhn oder ich auf der Welt waren, entschlossen haben, in die Politik zu gehen – die Grünen ein bisschen weniger lange, nämlich erst in den letzten 30 Jahren –, war ihnen bewusst, dass genau solche Situationen kommen werden, in denen man sehr schwierige Entscheidungen zu treffen hat und es praktisch überhaupt keine Möglichkeit gibt, eine Entscheidung zu präsentieren, die es allen recht gemacht und eine Lösung gefunden hätte, die auf allen Seiten Zufriedenheit geschaffen hätte. Das ist das Wesen der Politik.

Das Wesen der Politik ist es auch, dazu zu stehen, dass es so ist und man erklärt, und zwar allen und immer wieder, warum man zu den politischen Entscheidungen gekommen ist. Ich habe in den Reden, die aus den beiden Fraktionen der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen gekommen sind, genau diesen Geist und genau diesen Inhalt gehört. Ich bin sehr froh, dass Herr Liess und Herr Dr. Kuhn heute mit sehr vielen Fakten deutlich gemacht haben – mit Fak-

(D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) ten nämlich, die in den anderen Beiträgen nur teilweise gestimmt haben -, warum die beiden Koalitionsfraktionen sich so entschieden haben.

> (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf der Abg. Frau Ahrens [CDU])

Wir haben doch eine Situation, die man manchmal vergessen könnte, sehr geehrte Frau Ahrens!

Alle Angestellten des bremischen öffentlichen Dienstes erhalten in den nächsten beiden Jahren eine Lohnerhöhung von 5,6 Prozent. Das ist nicht ganz wenig, das kommt an die Grenze des jetzt in Bayern als Pilotabschluss für die Metall- und Elektroindustrie geschlossenen Tarifvertrags nahezu heran. Das ist eine ganze Menge, und alle, dieser Teil des öffentlichen Dienstes, erhalten diese Lohnerhöhung mit allem, was daran hängt. Man kann sagen - je nachdem, wie man es rechnet, aber es kommt dabei auf ein oder zwei Prozent nicht an -, es sind auf jeden Fall mindestens um die 40 Prozent, und zwar gerade die unteren Besoldungsgruppen, die ebenfalls diese 5,6 Prozent erhalten, und die mittleren Besoldungsgruppen erhalten zwei Prozent in den nächsten beiden Jahren.

Mir fehlt völlig das Verständnis, dass Sie diese Art des Umgangs mit einer Besoldungsrealität im öffentlichen Dienst, die nämlich soziale Rücksicht nimmt, zum Beispiel auf Menschen in der Justizvollzuganstalt Bremen, die noch in Eingruppierungen von A 6 und A 7 mit zwischen 1 200 Euro und 1 500 Euro brutto im Monat arbeiten – –. Dass wir keine Lösung vorgeschlagen haben, die diesen Menschen, die in den unteren Besoldungsgruppen des öffentlichen Dienstes eingruppiert sind, noch Geld weggenommen hätte, sondern sie voll in den Genuss der Besoldungserhöhung kommen lässt,

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

wie das als soziale Spaltung diffamiert werden kann. war mir von Anfang an unklar. Das Gegenteil ist der

Die Steuervorschläge der Grünen und der SPD, die es jetzt für die Bundestagswahl gibt, gehen genauso heran: Die starken Schultern müssen mehr tragen als in der Vergangenheit, und es ist ja auch eine Korrektur.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Insofern haben sie doch nicht ganz unrecht, Frau Vogt, es ist doch auch eine Korrektur früherer politischer Beschlüsse von Rot-Grün, wenn heute gesagt wird, dass die starken Schultern wieder mehr tragen müs(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Diese Korrektur tragen diese beiden Fraktionen hier im Haus vollständig mit, und das erhöht die Einnahmen. Das erhöht auch die Einnahmen der Länder, mit denen wir dann Spielräume schaffen werden und versuchen, die Haushaltsnotlage zu bewältigen. Das sind klare politische Entscheidungen.

Wenn jetzt jemand sagt, was macht ihr da, und das spaltet sozial unseren öffentlichen Dienst, hätten wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der JVA vielleicht sagen sollen, wir machen es umgekehrt, oder hätten wir sagen sollen, in Ordnung, ihr bekommt eine Einmalzahlung von 50 Euro, wir haben jetzt ausgerechnet, dass das reicht? Sie gehören auch nicht zum Prekariat, weil sie im öffentlichen Dienst relativ gut abgesichert sind, aber sie sind mit ihrem Einkommen in unserer Gesellschaft bei den heutigen Lebenshaltungskosten sicherlich am unteren Rand angesiedelt, bis hoch zu fast der gesamten Belegschaft der Polizei.

Es ist nun wirklich sehr merkwürdig, wenn man heute vor der Tür – auch hier im Saal sind einige – viele junge Beamtinnen und Beamte sieht, die in den nächsten zwei Jahren eine Besoldungserhöhung von 5,6 Prozent bekommen, sich also ungefähr auf dem Niveau der Metall- und Elektroindustrie bewegen, die einem sagen: Wir bekommen kein Geld von euch, was habt ihr mit uns gemacht? Natürlich bekommen sie das Geld, und die Polizei ist fast vollständig dabei, wenn es um die Besoldungserhöhung geht.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Ein halbes Jahr verzögert!)

Wir wissen alle, dass es höhere Funktionen bei der Polizei gibt, die aufgrund ihrer Besoldungshöhe davon ausgenommen sind.

Ich finde, man muss anerkennen, dass dieser Senat und diese Koalition in einer Lage sind, in der wir sehr schwierige, harte Entscheidungen zu treffen haben. Jede politische Kraft, auch Ihre Partei, Frau Vogt, die im Bund auf Rot-Rot-Grün spekuliert und in vielen Ländern mitregiert, und auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, die das schon viele Jahre verantwortungsvoll hier in Bremen getan haben, auch Sie wären in der gleichen Lage, diese Entscheidungen treffen zu müssen, wenn Sie in solch einer Haushaltsnotlage sind. Auch Sie wären in dieser Lage, und dann würden Sie darüber nachdenken müssen, wie Sie mit dem wenigen Geld, das Bremen einnimmt, zurechtkommen.

Im Jahr 2011 hat dieses Bundesland,

(Zuruf des Abg. Kau [CDU])

sehr geehrter Herr Kau, 4,2 Milliarden Euro ausgegeben. Wir haben aber nur 3 Milliarden Euro einge-

(A) nommen, 1,2 Milliarden Euro enthalten als Neuverschuldung die damals schon 17 Milliarden Euro Altverschuldung. Man kann doch nicht sagen, wir übernehmen das komplette Tarifergebnis, wir machen dies, wir machen das. Die CDU hat in der Vergangenheit für viele Hunderte Millionen Euro zusätzliche Ausgaben gefordert, und heute sagen Sie, wir sollen sie einfach gegenrechnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie haben keinen einzigen Sparvorschlag gemacht, Sie haben viele zusätzliche Ausgaben gefordert und heute eben noch einmal eine mehr. Insofern ist das –

(Glocke)

Herr Präsident, ich komme zum Schluss! – ein sehr harte Entscheidung.

Mir ist besonders von denjenigen, die tatsächlich von der Nullrunde betroffen sind, teilweise wirklich sehr nahegegangen, dass man gesagt hat, gerade diejenigen, die die Leistungsträger in den jeweiligen Verwaltungen sind, fühlen sich heute von uns schlecht behandelt. Das ist ein Argument, das mir unmittelbar einleuchtet.

(B) (Abg. K n ä p p e r [CDU]: Das glaube ich nicht!)

Es leuchtet mir nicht ein von Menschen, die keine Abzüge bekommen, sondern die volle Besoldungserhöhung erhalten, aber von denen, die wirklich von der Nullrunde betroffen sind, leuchtet es mir oft ein. Das ist hart, das ist aus sozialen Gründen nach dem Motto, die starken Schultern müssen es dieses Mal tragen, so geschehen. Das ist politisch bei uns so verabredet worden. Ich glaube, dass wir auch zwischen der ersten und zweiten Lesung des Gesetzes, erstens, auf die Überweisung eingehen können, und zweitens, im Haushalt- und Finanzausschuss weiter über die Einzelheiten und die verschiedenen hier gemachten Vorschläge reden. Ich bin dafür immer absolut offen, und dann werden wir im Juni zurückkommen und eine abschließende Entscheidung treffen. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Böhrnsen.

**Bürgermeister Böhrnsen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Vorsitzende der CDU-Bürgerschaftsfraktion hat hier heute versucht, eine große Show abzuziehen, allerdings ohne jegliche Substanz.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen) (C)

(D)

Ich hoffe die Beschäftigten im Land Bremen haben genau zugehört, was er gesagt hat.

(Abg. Hinners [CDU]: Ja, haben sie!)

Ich hoffe, sie haben genau zugehört. Er hat gesagt, wir sollen einen Notlagentarifvertrag abschließen. Von der Absurdität dieses Vorschlags, der schon in anderen Ländern versucht worden ist, einmal ganz zu schweigen.

(Unruhe bei der CDU)

ein solcher Vertrag, wenn man auf Herrn Röwekamp vor Jahren gehört hätte, hätte dazu geführt, dass die Beschäftigten in der Vergangenheit die Gehaltserhöhung, die sie bekommen haben, nicht bekommen hätten. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Sie biedern sich in einer peinlichen Weise bei den Beschäftigten an!

(Abg. R  $\ddot{o}$  w e k a m p [CDU]: Das ist doch völliger Quatsch!)

Auf der einen Seite fordern Sie die Abschaffung des Berufsbeamtentums, und auf der anderen Seite loben Sie die Beamten hier. Das haben Sie doch schon mehrfach getan,

(Abg. Röwekamp [CDU]: Sie sind doch schlauer, als Sie sich geben!)

und das tun Sie auch. Sie haben keine Vorschläge dazu gemacht, wie das finanziert werden soll, was finanziert werden muss. Schauen Sie doch einmal bitte in die anderen Bundesländer, was sie tun, auch in CDU-regierten Ländern!

(Abg. Röwekamp [CDU]: So schlecht sind sie doch gar nicht!)

Es gab in der letzten Runde, die wir mitgemacht haben, zwei Länder, die Nullrunden vereinbart haben, das CDU-regierte Saarland und das CSU-regierte Bayern. Was passiert in dieser Runde? Meine Damen und Herren, ich hasse das Wort alternativlos, es ist zu Recht zu einem Unwort erklärt worden. Nur der Tod ist alternativlos, sonst gibt es im Leben und erst recht in der Politik immer Alternativen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

(A) Ich bin dafür, auch hier über die Alternativen zu sprechen. Diese Alternativen kann man sehen, wenn man sich in Deutschland umschaut. Wir haben im Kreis der Ministerpräsidenten diese Alternativen mehrfach und intensiv diskutiert, ausgehend von der überall gleichen Lage, dass es uns allen schwer bis unmöglich fällt – es gibt eine Spanne in Deutschland –, einen solchen Tarifabschluss für die Beamten zu übernehmen. Es gibt Alternativen, ja, die gibt es.

Baden-Württemberg übernimmt den Tarifabschluss mit zeitlicher Verzögerung und hat ein Abbauprogramm im öffentlichen Dienst von rund 15 000 Stellen, ich glaube, allein im Lehrerbereich. Das Saarland übernimmt ihn ebenfalls, verbindet es mit einem Personalabbauprogramm von über 5 000 Stellen. Schleswig-Holstein hat eine sehr komplizierte Regelung, die weit bis in die Jahre 2017 und 2018 reicht, mit einem mehrere Tausend Stellen umfassenden Abbauprogramm verbunden. Hamburg hatte die Übernahme versprochen, bevor bekannt war, in welcher Höhe der Tarifabschluss sein würde, und sah sich an dieses Versprechen gebunden, verbunden mit einem mehrere Tausend Stellen umfassenden Personalabbauprogramm. Das sind die Alternativen, und ich sage Ihnen, für diese Alternativen entscheide ich mich nicht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

(B) Mir hat einer der Kollegen in der Ministerpräsidentenkonferenz gesagt: Das ist ja durchaus mutig, was Sie da vorhaben, denn diejenigen, die nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt werden – entlassen werden sie auch woanders nicht, dies geht über Fluktuation –, die demonstrieren nicht auf dem Marktplatz.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Können nicht demonstrieren!)

Ja, so ist das. Diejenigen, die da sind, die ich verstehe, demonstrieren, das ist ihr gutes Recht.

Die Alternative, die wir gewählt haben, lautet - und da schauen Sie sich in Deutschland um, ob Sie das an anderer Stelle noch einmal sehen! -, wir bauen in den Jahren 2014 und 2015 Personal auf. 300 Stellen, das sind ungefähr 400 Köpfe, das sind 200 Lehrerstellen für Bremen und Bremerhaven mehr, das sind mehr Stellen als Casemanager im Amt für Soziale Dienste. Das ist die Alternative, über die wir bitte schön, wenn wir uns ernsthaft damit beschäftigen, reden müssen. Ich trete vor die Beschäftigten, und ich entziehe mich keiner Debatte dazu, und sage, das ist die demokratische Auseinandersetzung in unserem Land Bremen, ob wir den einen Weg oder ob wir den anderen gehen. Ich gehe mit Überzeugung den Weg, mehr Personal zum Beispiel für die Umsetzung der Schulreform, der Inklusion einzusetzen, weil ich weiß, da fehlt es. Ich gehe auch vor die Lehrerinnen und Lehrer und sage: Versteht, wir können nur das eine oder das andere tun!

Wer den Weg im Grundsätzlichen so bestreitet, wie es DIE LINKE tut, dem fällt das Diskutieren schwer, das gebe ich zu. Wer sagt, verabschiedet euch doch von dem Weg, den ihr vorhabt, der hat in Wahrheit überhaupt keine Zukunftsperspektive, der sagt, wir machen so lange weiter, bis die Schwierigkeiten so groß sind, dass wir gar nicht mehr handeln können. Unser Weg ist nicht leicht, er ist auch anstrengend. Unser Weg ist die politische Handlungsfähigkeit und damit auch die Fähigkeit, die Menschen in Bremen, die für Bremen und Bremerhaven arbeiten, so zu behandeln, wie sie es verdienen, nämlich angemessen, wertschätzend und würdigend.

(Abg. Frau Piontkowski [CDU]: Machen Sie das denn?)

Ich habe in meinem Leben – die Straßenbahnunruhen vor langer Zeit sind angesprochen worden, da war ich auch dabei – schon so viel demonstriert, protestiert und mich immer hier und da auf der kritischen Seite befunden. Für mich ist es ein selbstverständlicher demokratischer Prozess, dass die einen diese und die anderen jene Auffassung haben, und dann setzen wir uns damit auseinander und streiten uns auch. Ich sage aber an dieser Stelle genauso deutlich, wer mir vorwirft, dass das, was wir hier tun, ein Beitrag zur sozialen Spaltung sei, dem antworte ich, Sie verstehen nichts von der Gesellschaft, den Begriff bewahre ich mir für etwas anderes auf. Soziale Spaltung ist etwas anderes.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Frau Piontkowski mit sozialer Spaltung!)

Das sind Begrifflichkeiten, die in diesem Zusammenhang nichts zu suchen haben, und wer uns das vorhält, dem wird genauso deutlich geantwortet.

Ich will aber eines an dieser Stelle wirklich noch einmal ganz deutlich zurückweisen. Sie, Herr Röwekamp, haben Frau Bürgermeisterin Linnert, wie ich finde, schon in unanständiger Weise attackiert.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Abg. Frau Piontkowski [CDU]: Was hat sie denn mit den Beamten zu tun!)

Sie haben am Anfang Ihres ersten Redebeitrags zu Recht darauf hingewiesen, dass wir beide, Sie und ich, in der damaligen Koalition vor einer schwierigen Entscheidung gestanden haben. Das ist uns nicht leichtgefallen. Dazu gab es unterschiedliche Auffassungen, auch im Senat. Wir beide haben uns auch damit beschäftigt, und weder Sie noch ich haben ge-

(A) glaubt, dass dies etwas ist, das man im Leben gern tut. Wir sind weder Sadisten noch Masochisten, sondern wir haben versucht, eine ordentliche Lösung zu finden. Dies ist auch die Aufgabe von Frau Bürgermeisterin Linnert.

> Wenn sie, die bremische Finanzsenatorin, in Tarifkommissionen sitzt, die von allen Ländern gebildet werden, dann ist das eine etwas andere Rolle, als wenn wir mit ihr hier über den bremischen Haushalt diskutieren. Ich habe Respekt davor! Sie hätte sich dem auch entziehen können. Sie hätte sagen können, ich will nicht dabei sein, ich will mir das Leben nicht schwer machen. Ich weiß aber, wofür sie gekämpft hat. Sie hat für den Sockelbetrag gekämpft, und sie hat im Übrigen dafür gekämpft, das darf man bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und auch bei der LINKEN einmal wahrnehmen, endlich einen Einstieg dafür zu bekommen, dass die Lehrerinnen und Lehrer, die als Angestellte beschäftigt sind, in Deutschland eine ähnlich hohe Bezahlung bekommen, jedenfalls muss die Perspektive dazu vorhanden sein, auch das war ihr Einsatz.

## (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich zweifele an keiner Stelle an der Loyalität unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich weiß auch, welchen Einsatz sie leisten. Einige Beispiele sind an dieser Stelle zu Recht genannt worden. Ich habe aber einen Wunsch, nämlich unsere Bitte, erstens, man möge uns nicht absprechen, dass wir die Gesamtsituation in Bremen im Auge haben, und zweitens, wir befinden uns in dieser Angelegenheit in einem Boot und wollen Bremen gemeinsam voranbringen. Wir im Senat, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, wo immer sie tätig sind, und die Bürgerinnen und Bürger werden es nur gemeinsam schaffen. Es gibt auch eine Alternative, aber die ist nicht erstrebenswert.

Lassen Sie uns nicht mit einer destruktiven Haltung aus dieser Debatte herausgehen, es muss der konstruktive Ansatz auch für die Zukunft dabei sein! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)\*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ein paar Punkte zurechtrücken. Ich muss ehrlich sagen, über die Ausführungen von Frau Bürgermeisterin Linnert, was die demonstrierenden Beamtinnen und Beamten vor der Tür der Bürgerschaft angeht, war ich ein bisschen ent-

setzt, denn es ist ein Zeichen von gelebter Demokratie, wenn sich Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, egal ob sie verbeamtet oder angestellt sind, für ihre Rechte, für ihre Arbeitsbedingungen und für ihr Gehalt einsetzen. Wir sind in keinem Obrigkeitsstaat, in dem der Dienstherr mit den Beamten so umgehen kann, dass sie sich nicht in demokratische Prozesse einmischen dürfen. Daher finde ich dies völlig in Ordnung, und ich finde, es ist eher ein Zeichen dafür, dass die Demokratie lebt, wenn Lehrer, Polizeibeamte und Feuerwehrleute für ihre Interessen auf die Straße gehen und dafür werben, dass politische Entscheidungen anders fallen.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte aber hier noch einmal etwas dazu sagen, weil ja viel über die Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst gesprochen wurde. Ich möchte einen Punkt noch einmal erwähnen, weil ich auf das eingehen möchte, was Herr Bürgermeister Böhrnsen gesagt hat. Ich habe hier in meinem zweiten und dritten Redebeitrag deutlich gemacht, dass im Bereich des öffentlichen Dienstes zwischen den Jahren 1993 und 2007 extrem viel Personal und Stellen abgebaut worden sind mit Folgen, die wir durchaus  $gemerkt\ haben.\ Es\ hat\ sich\ ja\ hier\ niemand\ ernsthaft$ über die PISA-Platzierungen gewundert, wenn man Lehrerstellen gestrichen hat. Ich habe auch nie behauptet, dass die Koalition, die seit dem Jahr 2007 regiert, dies in dem Bereich nicht erkannt hat, allerdings ist sie von falschen Voraussetzungen ausgegangen.

Die Koalition hat gesagt, wenn man das Bildungssystem verbessern und die Klassenfrequenzen verringern will, dann kommen wir aufgrund der demografischen Entwicklung ohne zusätzliches Personal hin. Mittlerweile weiß man auch im Senat – ich habe es den Worten des Bürgermeisters, der den Saal mittlerweile verlassen hat, entnehmen können –, dass das nicht funktioniert. Ein Umdenken bei der Polizei und der Feuerwehr hat es allerdings noch nicht gegeben.

Ehrlich gesagt ist es nicht in Ordnung, wenn man sagt, wir treffen jetzt eine Entscheidung, wir wollen mehr Personal, und deswegen müssen die Beschäftigten im Grunde dafür selbst zahlen, weil sie die Tarifsteigerung nicht bekommen. Das geht nicht, meine Damen und Herren, und zwar aus folgendem Grund:

Die Situation, wie sie hier in Bremen war, mit den Kürzungen im öffentlichen Dienst hat zu einigen Verwerfungen geführt, die tatsächlich bewirken, dass das Bundesland vor riesigen Schwierigkeiten steht, ich brauche dabei nicht noch einmal auf die vielen Debatten im Bildungsbereich zu verweisen. Wenn man hier gegensteuern will, muss man Personal einstellen, und wenn man Personal einstellen, und wenn man Personal einstellt, muss man es auch bezahlen, alles andere geht nicht. Ich finde es wirklich unredlich, dass man durch das Vorenthalten der Tarifsteigerungen ab einer gewissen Besol-

(D)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) dungsgruppe, und wir haben es auch schon einmal ausgerechnet für die Lehrerinnen und Lehrer, im Grunde dafür Sorge trägt, dass man neue Kolleginnen und Kollegen einstellen kann. Das ist nicht in Ordnung.

> Ich finde auch das Vorgehen nicht in Ordnung, denn wenn, dann wäre es Sache des Senats gewesen, das vorher mit den zuständigen Gewerkschaften - es sind ja genau genommen zwei - auch so auszuhandeln, wie das in jeder Tarifauseinandersetzung der Fall ist, wenn es um Arbeitsplatzsicherung geht oder um Sozialpläne oder sonst etwas. Genau das hat der Senat aber nicht gemacht, er hat diese Problematik nicht mit den zuständigen Gewerkschaften erörtert, er hat es nicht verhandelt, er hat es einfach verkündigt. Damit sind wir aber auch wieder beim Obrigkeitsstaat. Dann kann man natürlich auch als Finanzsenatorin zu dem Schluss kommen, dass die Beamten in Bremen nicht streiken dürfen, das ist die eine Sache, aber dass die Beamten in Bremen noch nicht einmal für ihre Interessen eintreten dürfen, ist ein Rückfall in undemokratische Zeiten, und das geht so nicht.

> > (Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(B) Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen. Hier ist namentliche Abstimmung beantragt worden.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 18/875, Neufassung der Drucksache 18/870, seine Zustimmung, seine Stimmenthaltung oder sein Nein signalisieren möchte, möge sich dann deutlich mit Ja, Nein oder Enthaltung zu Wort melden.

Ich rufe nun die Namen auf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt: Mit Ja haben gestimmt 26 Abgeordnete, mit Nein haben gestimmt 56 Abgeordnete, Stimmenthaltungen keine.

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Jetzt lasse ich über den Gesetzesantrag des Senats abstimmen.

Wer dem Gesetz zur Anpassung der Besoldungsund Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 in der Freien Hansestadt Bremen, Drucksache 18/912, in erster Lesung seine Zustimmung, seine Stimmenthaltung oder sein Nein signalisieren möchte, möge sich dann deutlich mit Ja, Nein oder Enthaltung zu Wort melden. Ich rufe nun die Namen auf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, ich geben Ihnen nun das Ergebnis bekannt: Mit Ja haben 56 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 26 Abgeordnete gestimmt, Stimmenthaltungen gibt es keine.

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Meine Damen und Herren, es ist vorgesehen, dieses Gesetz nach der ersten Lesung zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen. Wer dieser Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte im die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der ergänzenden Mitteilung des Senats, Drucksache 18/917, Kenntnis.

# Steuerflucht, Steuerbetrug und Steuerdumping wirksam bekämpfen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 8. Mai 2013 (Drucksache 18/901)

Dazu

### Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 15. Mai 2013

(Drucksache 18/916)

Wir verbinden hiermit:

# Steuerhinterziehung konsequent bekämpfen – Steueransprüche konsequent durchsetzen

Antrag der Fraktion der CDU vom 15. Mai 2013 (Drucksache 18/914)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Linnert.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist in gewisser Weise die Fortsetzung, die Kehrseite der De-

(A) batte, die wir eben über die Handlungsfähigkeit des Staates, die Schulden und die Gerechtigkeit geführt haben. Weil dies so ist, wurden auch auf dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg die Themen Steuerflucht, Steuerbetrug und unlauterer Steuerwettbewerb sehr intensiv diskutiert. Es ist auch kein Wunder, denn es geht dabei, wie gesagt, um Gerechtigkeit, um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, um Anstand, Moral und um die Tiefen der menschlichen Natur, um Gier und Scheinheiligkeit und, wie es auf dem Kirchentag diskutiert wurde, um das, was wir brauchen.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Es geht dabei um die gleichen Themen wie in der Debatte um die Steuerreformen.

Ich möchte mit etwas Grundsätzlichem beginnen, nämlich mit der verbreiteten Sichtweise, die ich gern infrage stellen möchte, dass nämlich der Staat dem Einzelnen mit der Steuerschuld Geld wegnehme, das eigentlich dem Bürger gehöre, und dass dagegen, nämlich gegen das "Wegnehmen", Notwehr im Grunde legitim, selbstverständlich und auch normal sei.

Ich will gar nicht widersprechen, dass sich in der Einkommens- und Lebenslage der Menschen auch ihre Leistung widerspiegeln sollte, aber ich glaube, man muss nicht Karl Marx gelesen haben, um zu wissen, dass jede Leistung Einzelner auf den Schultern Vieler ruht und die Einkommen, erst recht die hohen und die ganz hohen Einkommen, nur durch das Zusammenwirken aller im Gemeinwesen möglich sind, zum Beispiel durch die Möglichkeit akademischer Ausbildung und so weiter. Deswegen ist es kein notwendiges Übel, sondern legitim, dass ein Teil des Einkommens dem Staat gehört, so ist es auch richtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist eine sachgemäße Forderung, dass sich dieser Teil mit steigendem Einkommen erhöhen muss und jeder nach seinen Möglichkeiten dazu beiträgt.

Wer sich der Zahlung von Steuern durch Flucht und Betrug entzieht, der wälzt die Verantwortung auf die anderen ab. Das ist heute in riesigem Ausmaß der Fall. Deswegen ist es, finde ich, schon sehr unterhaltsam, verehrte Kollegen von der CDU, wenn Sie in Ihren Antrag schreiben, es handele sich um einzelne schwarze Schafe, da kann man leider wirklich nur lachen. Man geht von ungefähr einer Billion Euro aus, die den Staaten der Europäischen Union verloren geht. Dabei von einzelnen schwarzen Schafen reden zu wollen, ist unglaublich, dies spielt das Problem herunter und ist nicht sachgerecht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe mich immer gefragt, was diese Menschen antreibt. Nach Zahlung der Steuern sind diese Reichen noch reich, und die Steinreichen bleiben steinreich, ich habe es nicht verstanden, aber so sind sie eben.

Angetrieben wird die heutige Diskussion durch den Vertrauensverlust in die Finanzwelt insgesamt, angefacht durch die Lecks, aus denen unglaubliche Informationen aus der Parallelwelt des großen Geldes zu uns gelangen. Egal aus welchen Motiven, es ist gut, dass da nicht mehr alle wie Pech und Schwefel zusammenhalten. Deswegen war und bleibt es richtig, dass Bremen sich am Ankauf der Steuer-CDs beteiligt hat und es auch weiterhin gegen den Rat der CDU machen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es war völlig richtig, dass die rot-grünen Landesregierungen das Abkommen von Herrn Schäuble mit der Schweiz verhindert haben, denn dieses Abkommen hätte bedeutet, dass die Steuerbetrüger weiterhin und auf Dauer anonym geblieben wären und der Weg zur europaweiten Lösung verbaut gewesen wäre. Jetzt wirkt der Druck auch auf Länder wie Luxemburg und Österreich, wie wir sehen können, gemeinsamen Lösungen zuzustimmen.

Ich habe am Anfang mit Bedacht den Evangelischen Kirchentag erwähnt. Empörung und moralische Debatten sind in diesem Fall richtig und notwendig. Es gibt auch noch viel zu tun, wie man etwa beim FC Bayern München sehen kann. Da der Mensch aber so ist, wie er ist, muss die Politik Regeln neu definieren und Instrumente schaffen, dazu wollen wir mit dem heutigen Antrag der Koalitionsfraktionen beitragen. Wir lassen uns dabei von fünf Grundsätzen leiten, die ich Ihnen gern vortragen möchte.

Erstens: Die Steuerpflicht muss an die Staatsangehörigkeit gebunden werden. Jeder kann gern dort wohnen, wo er wohnen will, aber wenn er die Vorteile der deutschen Staatsangehörigkeit nutzen will, dann muss er auch in Deutschland Steuern zahlen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die USA zeigen, wie es geht. Es muss Schluss damit sein zu glauben, dass man uns mit einem Umzug in das Ausland erpressen kann.

Zweitens: Das Bankgeheimnis muss dort enden, wo die Steuerpflicht beginnt. Auch die EU-Kommission will nun die Zinsrichtlinie dahingehend ausweiten, dass der automatische Informationsaustausch für alle Kapitaleinkünfte aller natürlichen und juristischen Personen gilt. Das ist richtig, und das muss auch die Grundlage für die Abkommen mit Drittstaaten wie zum Beispiel der Schweiz werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD) (D)

(A) Drittens: Die Finanzinstitute, die von Bremen aus mit Steueroasen Geschäfte machen, ohne sich an unsere Regeln der Transparenz zu halten, müssen in Zukunft mit empfindlichen Sanktionen rechnen. Es kann nicht sein, dass man immer auf die Steueroasen zeigt und so tut, als hätten wir nichts damit zu tun. Nur weil die großen Banken hier mit ihnen zusammenarbeiten, können sie ihr Geschäftsmodell entwickeln, und damit muss Schluss sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir schlagen nach dem Vorbild der USA das Abkommen FATCA vor.

Viertens: Steuerdumping der Staaten muss eingedämmt werden. Es kann nicht länger sein, dass international agierende, ertragreiche Unternehmen am Ende kaum noch Steuern zahlen, indem sie durch interne Verrechnungen und Lizenzverträge die Gewinne fiktiv dorthin verlagern, wo die Steuersätze gering sind, obwohl die Wertschöpfung ganz woanders stattfindet und dort die Infrastruktur und die staatlichen Leistungen auch genutzt werden. Deswegen muss endlich mit der Harmonisierung der Unternehmenssteuern in der EU begonnen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B)

Fünftens: Die Instrumente zur Kontrolle dieser Regeln müssen gestärkt werden. Dies tun wir in Bremen im Rahmen unserer Möglichkeiten mit der Reform der Finanzämter, darüber werden wir dann sicherlich auch wie über die Anträge der anderen Fraktionen in der zweiten Runde kurz sprechen.

Meine Damen und Herren, das berühmte Fenster des günstigen Augenblicks ist gegenwärtig weit geöffnet, es wurde auch Zeit, deswegen sollten wir dieses Fenster für weitreichende Reformen nutzen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abg. Gottschalk (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute nicht nur über Steuerhinterziehung und Steuerbetrug, sondern auch über Steuerflucht und aggressive Steuervermeidungsstrategien. Rein rechtlich macht das einen großen Unterschied aus: Das Erste ist kriminell, und das Zweite ist legal. Die Auswirkungen für Staat und Gesellschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind aber die gleichen.

Umgekehrt liegt zumeist beidem auch das gleiche Bündel an Motiven zugrunde, nämlich zum einen die Gier und zum anderen die tiefe Überzeugung, dass der Staat sich einen viel zu großen Teil vom Kuchen abschneidet, den der Steuerpflichtige mit eigener Leistung gebacken hat, mit eigenem Risiko, eigenen Anstrengungen, eigener Intelligenz und eigener Genialität. Steuerhinterziehung und Steuerflucht sind aus dieser Sichtweise eigentlich ein Akt der Selbstverteidigung, Notwehr gegen einen gierigen und ungerechten Steuerstaat und dessen Zumutungen. Eine solche Sichtweise stellt die wahren Verhältnisse völlig auf den Kopf.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

In der Wirtschaftswissenschaft werden manche Aspekte gern an dem Beispiel von Robinson Crusoe, Freitag und seiner einsamen Insel gezeigt. Das ist zwar problematisch, in diesem Fall aber ganz erhellend. Stellen Sie sich einmal vor, Sie sind ein erfolgreicher Arzt, Rechtsanwalt oder Unternehmer, landen auf der einsamen Insel und versuchen, dort wieder reich zu werden! Sie können sich anstrengen, wie Sie wollen, Sie können schlau sein, Sie können Ideen haben, wie Sie wollen, es wird Ihnen nicht gelingen.

(Abg. R u p p [DIE LINKE]: Der hat ja einen Schatz gefunden!)

Einen Schatz können Sie finden, aber wenn Sie kein Schiff finden, nützt Ihnen auch der Schatz nichts!

Wohlhabend und reich, liebe Kolleginnen und Kollegen, können Sie nur in einer hoch entwickelten Gesellschaft werden. Auch dort werden Sie es nie allein aus eigener Kraft und eigener Genialität schaffen. Stellen Sie sich vor, um einmal ein aktuelles Beispiel zu nehmen, Sie sind ein bayerischer oder ein bremischer Wurstfabrikant, und Sie verdienen Millionen Euro! Das wäre wohl kaum möglich ohne ein paar entscheidende Zutaten und Rahmenbedingungen: ein funktionierendes Ausbildungssystem für Ihre Arbeitnehmer, ein hoch entwickeltes Infrastruktursystem für Ihre Lkw, ein Informations- und Kommunikationssystem, ein Forschungs- und Entwicklungssystem, das dafür sorgt, dass Sie moderne Maschinen und Methoden anwenden können, eine funktionierende Verwaltung, ein effizientes Rechtssystem, damit Sie Verträge abschließen können, die auch eingehalten werden, eine Polizei, die Sie und Ihr Vermögen schützt, und eine politische Stabilität, ohne die Sie kaum langfristig investieren würden. Das alles und noch einiges mehr brauchen Sie, um ein erfolgreicher Wurstfabrikant zu sein oder um sonst irgendwie reich zu werden.

Es kommt noch Folgendes hinzu, Herr Dr. Kuhn hat es schon angedeutet: Je reicher Sie werden, desto mehr profitieren Sie von alledem und umso geringer wird Ihr persönlicher Anteil, den Sie beitragen, denn auch der Arbeitstag von Frau Piontkowski hat we-

(A) niger als 24 Stunden. Wenn das Vermögen wächst, dann ist der persönliche Anteil immer kleiner.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wenn Sie dann aus dieser Perspektive die Steuern betrachten, dann stellt es sich offenbar ganz anders dar. Sie werden nicht von einem gierigen Staat um einen Teil Ihrer Früchte gebracht, sondern Sie zahlen dem Staat und der Gesellschaft einen Teil der Leistungen zurück, die Sie erhalten haben. Wenn Sie richtig reich sind und mehr als die Hälfte des Ihnen zufließenden, gesellschaftlich produzierten Wohlstandes für sich behalten dürfen, dann ist das ein sehr gutes Geschäft für Sie.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Das ist der Grund dafür, dass nicht nur die Steuerhinterziehung im großen Stil, sondern auch die Flucht in die Steuerparadiese parasitär ist!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Sie ist genauso asozial!

(B)

Deshalb plädieren wir dafür, dass die Steuerpflicht künftig an die Staatsbürgerschaft geknüpft wird, so oder so ähnlich, wie es die USA bereits praktizieren. Dort erlischt im Übrigen die Steuerpflicht auch nicht dadurch, dass ein US-Bürger seinen Pass abgibt und sich dem entzieht, nein, wer eine permanente Aufenthaltsgenehmigung für die USA besitzt, der bleibt danach noch zehn Jahre mit seinem weltweiten Einkommen und Vermögen in den USA voll steuerpflichtig. Ich denke, davon kann unsere Steuergesetzgebung einiges lernen. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Piontkowski.

Abg. Frau **Piontkowski** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Schwere Steuerhinterziehung, aggressive Steuergestaltung und Steuersparmodelle sind ernst zu nehmende Probleme. Wenn nicht alle gleichermaßen an der Finanzierung des Gemeinwesens ihren Anteil tragen, kann das den Zusammenhalt der Gesellschaft bedrohen. Die große Mehrzahl der Bürger – und da widerspreche ich Ihnen, Herr Dr. Kuhn – zahlt aber ihre Steuern ehrlich und treu.

(Beifall bei der CDU)

Gerade deshalb ist es auch wichtig, dass gegen schwarze Schafe vorgegangen wird, damit nicht am Ende der Ehrliche der Dumme ist. (Beifall bei der CDU)

(C)

Die Steuerflucht in das Ausland können Sie aber nur international bekämpfen. Dafür braucht die CDUgeführte Bundesregierung von Ihnen,

(Abg. Dr. Kuhn [CDU]: Aber wie!)

meine Damen und Herren von Rot-Grün, nun wahrlich keine Nachhilfe. Ich will Ihnen das auch belegen. Die Bundesregierung hat das Thema seit Beginn der Legislaturperiode ganz oben auf die Liste gesetzt.

(Abg. Tschöpe [SPD]: Angefangen mit der Mehrwertsteuer in Hotels!)

Mit populistischer medialer Schelte erreichen Sie hier aber wenig, wir setzen dabei auf Diplomatie und Verhandlungen mit anderen Staaten.

(Zuruf des Abg. Tschöpe [SPD])

Sie brauchen gar nicht darüber zu lachen, ich werde Ihnen das jetzt im Einzelnen darstellen!

Die Bundesregierung setzt sich seit Langem auf europäischer und internationaler Ebene für eine Ausweitung des automatischen Informationsaustauschs ein. Bereits im Jahr 2011 wurde die EU-Amtshilfe-Richtlinie verabschiedet, die eine bessere Zusammenarbeit der Steuerverwaltungen in den EU-Mitgliedstaaten vorsieht. Es geht weiter: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien haben mit den USA und untereinander ein Abkommen für einen verbindlichen automatischen Informationsaustausch über Zins- und Dividendeneinkünfte vereinbart. Das Abkommen für einen verbesserten Informationsaustausch zwischen Deutschland und den USA steht kurz vor der Unterzeichnung, das war gestern in Pressemitteilungen zu lesen.

In einem gemeinsamen Schreiben an die EU-Kommission haben sich die Finanzminister der G5-Staaten dafür ausgesprochen, dass das mit den USA vereinbarte FATCA-Abkommen als neuer Standard gefördert werden soll. Deutschland beteiligt sich aktiv an der Arbeit des bei der OECD angesiedelten Global Forum über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke. Dieses Forum prüft weltweit, ob die Staaten die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für einen effektiven Informationsaustausch geschaffen haben.

Deutschland tritt mit Nachdruck dafür ein, dass die EU-Zinsrichtlinie nicht nur geografisch, sondern auch inhaltlich auf alle Arten der Kapitaleinkünfte ausgeweitet wird, insbesondere auf Dividenden und Veräußerungserlöse.

Angesichts der aktuellen Entwicklung, Herr Dr. Kuhn hat darauf hingewiesen, gibt es jetzt auch Signale aus Luxemburg und Österreich, sodass die Er-

(A) weiterung der EU-Zinsrichtlinie wahrscheinlich möglich sein wird. Luxemburg hat bereits zugesagt, im Jahr 2015 einzuschwenken, und auch Liechtenstein signalisierte seine Bereitschaft zu Gesprächen über einen automatischen Informationsaustausch.

Anlässlich einer Aktuellen Stunde im Bundestag erklärte der Bundesfinanzminister darüber hinaus, sich dafür einzusetzen, dass die EU ein Verhandlungsmandat auch im Hinblick auf Drittstaaten bekommt. Herr Schäuble bemüht sich, das OECD-Musterabkommen zu erweitern, um auch darüber hinaus den automatischen Informationsaustausch einführen zu können.

Allein in dieser Legislaturperiode wurden 36 Doppelbesteuerungs- und Informationsaustauschabkommen nach OECD-Standard abgeschlossen. Das trägt dazu bei, Steueroasen Schritt für Schritt trockenzulegen. Wenn die SPD und Bündnis 90/Die Grünen heute hier mit ihrem Antrag Vorschläge machen, die längst praktiziert werden, dann ist das nichts anderes als Augenwischerei.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Welche werden schon praktiziert?)

Es fragt sich auf der anderen Seite – da schaue ich einmal die SPD an! –, was denn Herr Steinbrück in seiner Zeit getan hat, als er Bundesfinanzminister war. In der Zeit hätte er doch schon alles Mögliche tun können. Fehlanzeige offenbar!

(B)

(Abg. Kau [CDU]: Reden gehalten!)

Die Bundesregierung hat darüber hinaus die Initiative ergriffen, die Steuergestaltungsmöglichkeiten einzuschränken, und zwar durch die Initiative BEPS, denn aggressive Steuergestaltungsmöglichkeiten, das sehen wir genauso, sind wettbewerbsfeindlich.

Auf europäischer Ebene unterstützt die Bundesregierung die Arbeiten an einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer, um so auf eine größere Harmonisierung im Unternehmenssteuerrecht zu kommen. Die Erfahrung, dass das nicht so einfach ist, durfte Herr Steinbrück als Bundesfinanzminister ja auch schon machen.

Ohne das von den rot-/rot-grün-geführten Ländern im Bundesrat blockierte deutsch-schweizerische Steuerabkommen würden jetzt

(Abg. Gottschalk [SPD]: Dasist jetzt wirklich nicht das richtige Beispiel!)

Kapitalerträge in der Schweiz genauso besteuert werden wie im Inland, denn Sie müssen auch beachten, dass die Steuererhebungsansprüche auf Kapitalanlagen im Moment verjähren, sie hätten sonst konsequent durchgesetzt werden können. Anders als Rot-Grün wollen wir nicht nur durch den fragwürdigen

Ankauf von einzelnen Steuer-CDs einzelne schwarze Schafe herausgreifen, nein, wir wollen, dass alle erfasst werden, und das wäre mit diesem Steuerabkommen auch möglich gewesen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Kein Mensch wird erfasst!)

Jetzt lesen Sie doch einmal die Antwort auf die Kleine Anfrage, die wir gestellt haben! Darin steht, dass die Anzahl der Selbstanzeigen bezüglich der nicht angezeigten Schweizer Kapitalerträge von 151 im Jahr 2010 auf 22 im Jahr 2012 stark rückläufig ist.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch klar, wenn eine CD erschöpft ist!)

Allein das ist ein Beleg dafür, dass der Ankauf dieser Steuer-CDs kein auf Dauer angelegtes Instrument sein kann. Sie können damit vielleicht einzelne Taten aufdecken, vielleicht auch ein paar mehr Taten, aber flächendeckend können Sie das nicht erreichen. Das können Sie nur mit dem Abkommen.

Sie haben den Lizenzentzug für Banken angesprochen. Es ist bereits jetzt nach dem Kreditwesengesetz möglich, die Abberufung von Geschäftsleitern und als letztes Mittel auch den Lizenzentzug bei Banken durchzusetzen, wenn Banken ein Geschäftsmodell betreiben, das nachhaltig auf systematische Steuerhinterziehung ausgerichtet ist.

Sie haben dann die Verknüpfung der Steuerpflicht mit der Staatsbürgerschaft angesprochen und gefordert. Das klingt erst einmal ganz nett, aber das ist das Gegenteil von Bürokratieabbau. Dann überlegen Sie einmal, was das in der Praxis bedeuten würde!

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Kann ich! Kann man bei den USA schön studieren!)

Es würde bedeuten, dass die Steuerpflichtigen, die das betrifft, in Zukunft zwei Steuererklärungen abgeben müssen. Diese zwei Steuererklärungen werden nicht nur abgegeben, sie müssen auch geprüft werden. Nun schauen Sie in den Antrag der LINKEN hinein, die jetzt schon den Personalmangel bei den Finanzämtern beklagt hat! Wir kommen vielleicht in der zweiten Runde noch dazu, uns das im Einzelnen zu Gemüte zu führen. Jetzt überlegen Sie einmal: In der Masse werden Sie nicht allzu viel Steuern einnehmen, weil Sie ja nur die Differenz zwischen den Steuern einnehmen können, die in den jeweiligen Staaten zu zahlen sind. Letzten Endes produzieren Sie ein bürokratisches Monster für nichts.

Ich habe Ihnen aufgezeigt, dass sich die CDU auf Bundesebene und natürlich auch im Land Bremen dafür einsetzt, legitime Steueransprüche konsequent

(A) durchzusetzen und Steuerflucht und Steuerbetrug zu bekämpfen. Hören Sie endlich auf, die ehrlichen und standorttreuen Bürger, die hier ihre Steuern zahlen, durch unerträgliche Steuererhöhungsorgien weiter zu belasten!

> (Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Güld ner [Bündnis 90/Die Grünen]: Orgie klingt nach spätrömischer Dekadenz!)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Noch so ein dekadenter Orgienfeierer!)

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin auch ein so dekadenter Orgienfeierer, genau!

Frau Piontkowski, ich kann Sie beruhigen. Ich habe relativ wenig Grund zu der Hoffnung, dass es zu Steuererhöhungsorgien kommt, selbst wenn Rot-Grün ab September die neue Bundesregierung stellt. Ich bin mir auch relativ sicher, Sie wissen, dass das niemand will. Die Gesellschaft verhält sich wie ein Auto in der Kurve: Man muss dafür sorgen, dass es nicht untersteuert, und man muss dafür sorgen, dass es nicht übersteuert, sonst fliegt man aus der Kurve. Wir hatten heute Morgen ein gutes Beispiel dafür, dass Bremen in einer Situation ist, in der wir zumindest auf zwei Rädern stehen. Die Frage, ob wir herausfliegen oder nicht, ist meines Erachtens noch nicht geklärt, die Gefahr ist allerdings vorhanden. Wir reden hier also nicht über Steuererhöhungsorgien, sondern wenn, dann werden wir an anderer Stelle über die Frage sprechen müssen, wie wir unser Gemeinwesen durch gerechte Steuern finanzieren. Das ist heute aber nicht das Thema.

Das Thema ist, welche Möglichkeiten wir haben, Steuerflucht, Steuerhinterziehung und Ähnliches wirksam zu bekämpfen. Unter dem Druck der Finanzkrise haben sich jetzt auch die Finanzminister europäischer Regierungen zusammengefunden und beraten das Thema mit neuem Nachdruck. Ich finde das vollkommen in Ordnung, weil unabhängig von der Frage, ob es sich betriebswirtschaftlich lohnt oder bürokratisch vereinbar ist, Frau Piontkowski: Wer Steuern hinterzieht, der begeht eine Straftat.

Wir müssen dafür sorgen, dass wir in der Lage sind, diese Straftaten zu verfolgen und zu bestrafen, denn wenn wir es nicht tun – und es gibt deutliche Lücken in letzter Zeit –, dann machen wir vielen Menschen Mut, ihr Geld an der Steuer vorbei irgendwo hinzubringen. Deswegen ist selbstverständlich die erste Pflicht, die Steuerhinterziehung zu bekämpfen und die dafür notwendigen Instrumente zur Verfügung

zu stellen, auch wenn es Bürokratieaufbau bedeutet, Steuerpflichtige möglicherweise zwei Steuererklärungen abgeben müssen oder wir dafür mehr Personal benötigen.

Die Vorschläge der SPD, wie man nun die Steuerflucht, die Steuerhinterziehung und Ähnliches bekämpft, sind auf jeden Fall nicht neu. Die meisten Punkte, die der Antrag enthält, hat DIE LINKE in der Vergangenheit bereits beantragt. Dass die Steuerpflicht künftig an die Staatsbürgerschaft geknüpft werden soll, hat DIE LINKE im Bundestag im Jahr 2006 beantragt. Dass im Kreditwesen systematisch überprüft werden soll, ob Beihilfe zur Steuerhinterziehung betrieben wird und es dagegen ein schärferes Vorgehen gibt, haben wir im März 2010 beantragt. Ich könnte die Liste weiter fortführen. Die Vorschläge, wie man die Steuerflucht und die Steuerhinterziehung bekämpft, sind alle relativ alt und von unterschiedlichen Parteien und Institutionen immer entwickelt worden.

Ich finde es zunächst richtig, dass die Themen Steuerflucht und Steuerhinterziehung jetzt in irgendeiner Weise besser in den Fokus rücken. Deswegen werden wir diesen Antrag, zumindest den Teil, der die europäische Ebene und die Bundesebene betrifft, uneingeschränkt unterstützen. Es ist an der Zeit, dieses Fenster zu nutzen, weil wir endlich eine gesellschaftliche Debatte darüber führen, was Steuern eigentlich sind. Herr Gottschalk hat schon gesagt, das ist eben nicht hinausgeworfenes Geld. Ohne Steuern gibt es keine Demokratie, ohne Steuern gibt es kein gesellschaftliches Gemeinweisen, und niemand kann allein irgendwo leben.

Im Übrigen finde ich die Anlehnungen an die Marxsche Mehrwerttheorie und Ausbeutung in Ordnung. Es ist wahr, dass die Gewinne ein Anteil von angeeignetem Mehrwert sind, den die Menschen letztendlich einfach erarbeitet haben. Gewinn ist natürlich vergegenständlichte Arbeitskraft, das wissen wir, wir müssen nur die richtigen Konsequenzen daraus ziehen.

In der Vergangenheit war man eher dumm, wenn man ein bisschen Geld oder ein höheres Einkommen hatte und nicht versucht hat, mit allen Mitteln in irgendeiner Weise keine Steuern zu bezahlen. Einige Menschen haben es so gelöst, dass sie mit einem Koffer voller Geld nach Luxemburg gefahren sind. Dort gibt es extra Kontrollen, bei denen in der Tat versucht wird, diese Menschen aufzuspüren, und man ist dabei auch nicht wenig erfolgreich. Andere haben Briefkastengesellschaften oder Tochtergesellschaften in Steueroasen gegründet und versucht, auf diesem Weg mehr oder weniger halb legal Gewinne an der Steuer vorbeizumogeln.

Ich finde, man muss die deutschen Gesetze noch einmal dahin gehend überprüfen, ob es nicht im Körperschaftssteuergesetz und in anderen Gesetzen Vor(D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) schriften gibt, die es den deutschen Unternehmen legal erlauben, ihre Gewinne in einer Weise hin und her zu schieben, zum Beispiel durch ungerechtfertigte Rechnungstellung und Ähnliches, damit sie an der Steuer vorbeigehen.

Es gibt einen Dschungel, und ich finde, wir sollten bei nächster Gelegenheit schauen, ob die Bundesregierung in der bundesdeutschen Gesetzgebung noch etwas unternehmen kann, um dieses Unternehmerverhalten – es ist keine Steuerflucht, sondern es ist eine kreative Steuerpolitik eines einzelnen Unternehmens – zu verhindern.

Als Letztes finde ich ungeheuer wichtig – und da ist mir der Satz mit dem Abschluss der Reform der bremischen Finanzämter, die Betriebsprüfung und die Steuerfahndung weiter zu stärken, ehrlich gesagt zu dünn, nach unseren Zahlen sind die Finanzämter im Bereich Betriebsprüfung und die Steuerfahndung personell bislang nicht gestärkt worden, sondern die Vollzeitstellen sind über die Jahre eher abgebaut worden, beim Personalbedarfsschlüssel kommen Sie auf eine vergleichsweise geringe Zahl, deswegen haben wir den Antrag gestellt -, dass man konsequenterweise, und da gibt es überhaupt kein Haushaltsargument, es nicht zu tun, die Betriebsprüfung und die Steuerfahndung in Bremen personell aufstockt. Das lohnt sich wirtschaftlich, und deswegen sind wir dafür, es zu tun, und erwarten, dass Sie unserem Änderungsantrag zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

(B)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Piontkowski.

Abg. Frau **Piontkowski** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch zu dem, was ich vorhin gesagt habe, etwas ergänzen! Die rotgrüne Koalition versucht hier, allerdings erfolglos, der Bunderegierung Beine zu machen, wo keine Beine zu machen sind, weil die Bundesregierung bereits handelt.

(Beifall bei der CDU)

Schauen Sie doch einmal vor Ihre eigene Haustür! Es ist eben in dem Redebeitrag von Herrn Rupp schon teilweise angeklungen.

Kommen wir doch einmal zu Ihren eigenen Berichten, da bin ich wieder beim Berichtswesen. Es ist sehr gut, dass die Opposition so etwas einmal in die Hände bekommt. Bei der Häufigkeit beispielsweise der Betriebsprüfungen, sieht es so aus, dass der Turnus der Betriebsprüfungen erheblich hinter den von der Finanzministerkonferenz empfohlenen Turnussen zurücksteht.

Die Rückstände beim Eintreiben der Steuerforderungen! Allein 70 Millionen Euro Steuerrückstände gab es laut Steuerbericht der Finanzsenatorin im Jahr 2011.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Da sind wir im Schnitt!)

Die Mehreinnahmen aus der Umsatzsteuersonderprüfung, das wurde neulich auch in der Zeitung berichtet, sind von 2011 auf 2012 um 11,6 Millionen Euro zurückgegangen. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft beklagt, dass im laufenden Jahr sechs Stellen bei der Umsatzsteuersonderprüfung nicht neu besetzt worden sind. DIE LINKE hat noch weitere Themen aufgegriffen.

Im Hinblick auf die Reform der Finanzämter, die von Ihnen ja so gelobt wurde, empfehle ich nur einen Blick in einen Artikel der Februarausgabe der Zeitung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, da ist von Pannen, Ungereimtheiten und Kommunikationsmängeln bei der Umsetzung der Reform die Rede. Es fehlten plötzlich Räume, oder Mitarbeiter konnten monatelang das E-Mail-System nicht nutzen, um nur einige Probleme anzusprechen.

Noch schlimmer kommt es jetzt aber bei der Arbeitnehmerveranlagung. Um Bearbeitungsrückstände beim Finanzamt Bremen-West abzubauen, haben das Finanzressort und das Finanzamt vereinbart, dass in bestimmten Zeiträumen Steuerfälle ungeprüft erledigt werden. Prüfhinweise des Risikomanagementsystems wurden in den Finanzämtern Bremen-West und -Ost offenbar aus Personalmangel vielfach nicht angemessen bearbeitet. Weil die Finanzbeamten nicht genau hingeschaut haben, ist es zu Steuerausfällen in Höhe von jährlich mehr als einer Million Euro gekommen. Das habe ich mir nicht ausgedacht, das sind die Hinweise und die Zahlen aus dem aktuellen Bericht des Rechnungshofs.

Wenn es Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der rot-grünen Koalition, noch nicht einmal gelingt, in Bremen abgegebene Steuererklärungen zu prüfen, wie wollen Sie das dann auf nationaler und internationaler Ebene schaffen? Kehren Sie erst einmal vor Ihrer eigenen Haustür!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Piontkowski, ich habe ja nicht behauptet, dass die Mehrzahl der Steuerbürger nicht ehrlich ihre Steuern zahlt, das ist nicht das, was ich gesagt habe. Ich weiß, die Bücher zum Beispiel "1 000 legale Steuertricks" und so weiter –

## (A) (Abg. Röwekamp [CDU]: Legale!)

legale, ja klar, legale! – sind weit verbreitet und eine beliebte Lektüre, es waren immer Bestseller. Das ist etwas anderes, das ist legitim. Die Philosophie, die sich daraus ein bisschen entwickelt hat, dass der Staat der Wegelagerer ist, der an unser Eigentum heran will, uns etwas wegnimmt, ist etwas anderes. Ich teile allerdings nicht, und das kann einfach nicht sein, dass Sie behaupten, es handele sich um einzelne schwarze Schafe, das kann bei dem Volumen, das da in Rede steht, nicht der Fall sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Definieren Sie "einzelne"!)

Es ist eine Tatsache, dass es in unserer Gesellschaft sehr viel Reichtum gibt, nach Steuern, trotz Steuern, und dass Personen, die sehr viel Geld haben, in großer Zahl versuchen, dieses Geld woanders für sich beiseite zu schaffen. Es geht nicht um Kleinigkeiten, es geht wirklich um Milliardenbeträge.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Die CDs sind ja auch voll!)

Davon müssen wir ausgehen, und das ist kein Problem, das wir kleinreden dürfen. An dieser Formulierung habe ich mich gestört. Ich sage überhaupt nicht, dass wir ein Volk von Steuerbetrügern sind, das ist nicht der Fall, aber im Bereich der großen Vermögen und im Bereich der Steuergestaltung der Unternehmen haben wir ein sehr großes Problem.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es ist gut, dass Herr Schäuble – den ich, ehrlich gesagt, aber das gehört hier nicht her, eher noch am meisten von den Ministern dieser Regierung schätze – sich jetzt auf den Weg macht. Das ist so ähnlich wie die Zusicherung, dass die CDU im Jahr 2020 die Frauenquote in ihr Wahlprogramm aufnimmt, das finde ich auch gut.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Man muss aber doch zur Kenntnis nehmen, dass Herr Schäuble keinerlei Anstrengungen unternommen hat, die Liste der Steueroasen zu erneuern, sie fehlt, und damit fehlt ein Instrument, um der Sache nachzugehen.

(Abg. Frau Piontkowski [CDU]: Es sind doch zwei Länder darauf!)

Das ist doch ein Witz, auf der Liste stehen vielleicht zwei Länder, aber das ist doch nicht die Realität, das ist doch nicht die Wahrheit! Er weigert sich, die Realität anzuerkennen, weil er dann handeln müsste, und das ist doch die Tatsache.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es ist Tatsache, dass Herr Schäuble mit dem Abkommen mit der Schweiz einen Irrweg beschritten hat, es ist gut, dass der Irrweg beendet ist, und es ist gut, dass jetzt neue Verhandlungen möglich sind. Man sieht ja, was durch gemeinsame Lösungen möglich ist. Das wäre verbaut gewesen, wenn dieses Abkommen geschlossen worden wäre, und vor allem wären die Steuersünder - man kann es ja am Fall Uli Hoeneß sehen – doch in der Anonymität geblieben, sie wären nicht kenntlich geworden, und aufgrund des Ausmaßes dessen, was da passiert, finde ich, kann man dies gar nicht zulassen. Deswegen ist es gut, dass dieses Abkommen nicht zustande gekommen ist. Die Ablehnung hat dazu geführt, dass wir jetzt auf dem richtigen Weg sind, aber nicht die Arbeit von Herrn Schäuble. Das muss man einmal sehr deutlich sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Was die Situation in Bremen angeht, haben wir sehr allgemein hineingeschrieben, was wir vom Senat erwarten.

(Abg. Frau Piontkowski [CDU]: Sie stellen doch den Senat!)

Es ist so, dass der Senat die Betriebsprüfung neu aufgestellt und zusammengefasst hat. Wenn Sie einmal dort sind, werden Sie merken, mit welcher Kenntnis, mit welchem Elan dort gearbeitet wird. Es sind auch mehr Prüferinnen und Prüfer dazugekommen. Es besteht allerdings das Problem, dass sie durch die Altersstruktur gegenwärtig auch wieder stark zur Ader gelassen werden. Deswegen wollen wir, dass die Gewinne aus der Zusammenlegung der zwei großen Veranlagungsfinanzämter in Mitte dafür genutzt werden, dieses Finanzamt zu stärken. Wir bilden auch aus. Wir wissen aber, dass diese Prüfer nicht auf den Bäumen wachsen, sondern eine lange Berufspraxis benötigen, um für diese Arbeit geeignet zu sein, und deswegen ist das Ganze ein bisschen komplizierter.

Unseren politischen Willen, aus der Reform das zu machen, auch für die Betriebsprüfung, was machbar ist, haben wir in den Antrag geschrieben, daran können Sie uns messen. Wir halten es aber nicht für sinnvoll, die Details heute festzulegen, deswegen wollen wir Ihren Änderungsantrag in dieser Detailliertheit nicht mittragen, weil er zum Teil von falschen Voraussetzungen ausgeht. Wir sagen aber auch, wir müssen diesen Bereich so weit stärken, wie wir kön-

(D)

(A) nen. Wir müssen die Zusammenarbeit mit anderen Ländern intensivieren. Wir sind nicht der Meinung, wir müssten ein Steuer-FBI schaffen, sondern wir wollen zunächst einmal auf Kooperationen setzen, und ich erlebe auch in diesem Finanzamt, dass dies gewollt wird.

Was wir in Bremen tun können, machen wir. Die Beträge, um die es geht, und die Gestaltungs-, Betrugs- und Fluchtmöglichkeiten, über die wir hier reden, umfassen ganz andere Dimensionen. Da müssen andere handeln, und dazu gibt unser Antrag eine Richtschnur! – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abg. **Gottschalk** (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Piontkowski, Ihr Beitrag hat mich etwas provoziert. Sie haben gesagt, und das finde ich sehr bemerkenswert, mit den CD-Käufen wollten wir nur einige erfassen, Sie, die CDU/CSU, wolle alle erfassen. Sie wollen in Wahrheit, dass alle noch nicht Erfassten anonym bleiben, das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Dies ist gescheitert, und das ist sehr schön deutlich geworden anhand des Falls eines bekannten Präsidenten eines Fußballvereins. Er hat zu hoch gepokert, und er hat es jetzt eingestanden mit einer Konsequenz, zu der heute eine Meldung um 11.43 Uhr, passend zu unserer Debatte, in der "Süddeutschen" titelt: "Welle der Ehrlichkeit"! Sie haben gesagt, die Selbstanzeigen gehen zurück, die Steuerberater berichten das genaue Gegenteil. Es ist eine Welle der Ehrlichkeit.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Es ist noch etwas passiert: Wenn Sie die Wirtschaftszeitungen oder Ähnliche nachvollziehen und schauen, was die Schweizer Banken machen, die bis zuletzt darauf gehofft haben, dass dieser Deal zwischen Deutschland und der Schweiz funktioniert – bis zuletzt haben sie darauf gehofft! –, nachdem er gescheitert ist, dann stellen Sie fest, dass sie ihre deutschen Kunden ansprechen und sagen: Wir haben keine Lust mehr, melden Sie sich bei Ihrem Finanzamt, wir machen die Sache nicht mehr mit. Das ist erreicht worden, das wäre mit Ihrem Abkommen nie erreicht worden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen) Ich möchte Ihnen noch etwas sagen! Sie sprachen an, was die Bundesregierung jetzt hier und da macht. Ich würde mich in Teilen auch dem anschließen, was Herr Dr. Kuhn gesagt hat, was Herrn Schäuble und seine Rolle angeht. Wenn Sie das aber einmal verfolgen – Sie haben hier bestimmte Abkommen mit den USA genannt –, dann gilt auch hier: Schauen Sie sich die Genese an! Ging die Initiative von Deutschland aus, oder musste Deutschland zum Handeln gezwungen werden? Das war doch der Punkt. In allen diesen Punkten ist Deutschland letztendlich wie ein Hund zum Tragen gejagt worden.

(Heiterkeit – Abg. Frau Ahrens [CDU]: Zum Jagen getragen!)

Wie ein Hund zum Jagen getragen, Frau Ahrens, Sie haben natürlich recht! Sie wissen aber genau, was ich sagen will.

Der Punkt ist, dass eine Situation entstanden ist, in der sich selbst eine Regierung, die damals angetreten ist, noch größere Steuerlöcher zu schaffen, gezwungen sieht, in eine andere Richtung zu gehen, und das macht mich optimistisch.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich denke, dass wir auf der EU-Ebene vorankommen müssen, denn eines sollten wir bei dieser Diskussion hier nie vergessen: Wenn wir über Steuerhinterziehung reden und über die Summen, um die es dort geht, sind sie ein Hügel im Vergleich zu dem Gebirge an hinterzogenen Steuern durch Tricksereien, durch Verschiebereien von Gewinnen zwischen Gesellschaften in Irland, den Niederlanden und der Karibik. Das führt dazu, dass die internationalen Konzerne Milliarden Euro Umsatz erzielen und dann mit Steuersätzen in Höhe von zwei Prozent nach Hause gehen. Das darf zukünftig nicht mehr passieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich will abschließend einen weiteren Punkt ansprechen. Wir sollten die Steueroasen nicht immer nur mit der Vorstellung verbinden, dass es dort sehr warm ist und die Sonne scheint, und wir sollten auch nicht immer daran denken, dass es sich dabei nur um die anderen handelt. In einer jüngst zusammengestellten Erhebung des Netzwerks für Steuergerechtigkeit ist unter den führenden Steueroasen Deutschland auf Platz 9 gelandet.

Es ist schon angesprochen worden, auch von Ihnen, Herr Rupp, dass man sich auch deutlicher bewusst sein sollte, wo eigentlich das Hauptsteuerschlupfloch besteht. Ich gebe gern zu, dass insbesondere auch Rot-Grün seinerzeit den Fehler gemacht hat, nämlich das Problem – –.

## (A) (Zuruf von der CDU)

Wir haben es gemacht, und Sie haben Schmiere gestanden, das ist der Punkt!

(Beifall bei der SPD)

Das Problem ist die Kapitalertragsteuer in Höhe von 25 Prozent. Sie ermöglicht es, dass von außen im großen Umfang Gelder nach Deutschland kommen und hier vollkommen anonym bleiben, weil einfach nur die 25 Prozent abgezogen werden und sich sonst niemand darum kümmert, wie schwarz oder wie grau dieses Geld überhaupt ist.

(Abg. Frau Piontkowski [CDU]: Wer hat sie denn eingeführt? Wer war das denn?)

Um diese Situation noch zu verschärfen, gibt es den wunderbaren Ansatz, dass die Steuerausländer auch noch den Antrag stellen können, dass ihnen die Steuer erlassen wird. Deshalb gilt Deutschland als eines der großen Schwarzgeldparadiese, und das müssen wir verändern. Wir dürfen sozusagen den Balken in unserem eigenen Auge nicht übersehen. – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

(B) **Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe eine große Sympathie für den Ansatz, dass man einen Hund auch einmal zum Tragen jagen muss, also die Bundesregierung muss man auf jeden Fall zum Mittragen dieser ganzen Maßnahmen jagen. So gesehen ist es vielleicht eine gute Idee, dass man die Dinge auch einmal ein bisschen umdreht.

Zu dem Thema der Steuerprüferinnen und Steuerprüfer in Bremen, habe ich auch ein altbekanntes Zitat: "Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube." Es hängt ein bisschen damit zusammen, dass wir dieses Problem vor drei Jahren schon einmal auf den Tisch gelegt haben. Damals haben Sie uns gesagt, dass alles in Ordnung sei und dass wir mehr Steuerprüfer haben werden. Im Jahr 2009 gab es 980 Vollzeitstellen, im Jahr 2010 957 Stellen und im Jahr 2011 924 Stellen. Die Stellen bei der Steuerfahndung und der Betriebsprüfung sind nicht mehr geworden, auch wenn sie bis zum Jahr 2011 nicht in gleichem Maß verringert worden sind.

Die strukturellen Probleme, die sich daraus ergeben, dass wir genau in diesem Bereich viele ältere Kollegen haben und dass wir sie eben nicht von der Straße holen können, sondern an anderer Stelle Steuerfahnder und Steuerprüfer ausbilden müssen, die dann durch ihre Berufspraxis und Weiterbildungen in die Lage versetzt werden, Betriebsprüfer zu werden, legen eine andere Vorgehensweise nahe. Wir können es uns meines Erachtens nicht leisten, die Zahl der Steuerfahnder weiter zu senken, sondern wir müssen sie erhöhen, sonst haben wir diese Lücke zwischen den erfahrenen alten Betriebsprüfern und den relativ unerfahrenen neuen Betriebsprüfern, und die müssen wir schließen.

Deswegen bleiben wir bei unserer Forderung zu sagen, dass man diesen Bereich von der PEP-Quote ausnehmen muss, trotz Optimierungsmaßnahmen und Ähnliches. Wir müssen genau schauen, wie viele neue Steuerprüfer wir eigentlich benötigen, damit wir in einem Jahr, zwei, drei oder vier Jahren genug Außenprüfer und Steuerfahnder haben, sodass wir die notwendigen Quoten erreichen, und soweit sind wir noch nicht. Möglicherweise hilft diese Debatte, ein solches Konzept vorzulegen, wie das in zwei oder drei Jahren erreicht werden soll und wie das auch in vier, fünf oder sechs Jahren sichergestellt ist. Wenn wir das nicht machen, wenn wir nicht deutlich machen, dass wir an dieser Stelle auch unsere Pflicht tun müssen, dann ist es nicht besonders redlich zu sagen, dass das auf der Bundesebene entschieden werden muss.

Ich glaube, wir können unseren Forderungen auf der Bundesebene viel mehr Nachdruck verleihen, wenn wir sagen, hier in Bremen machen wir mehr, als zunächst scheinbar möglich ist, weil wir mehr Einnahmen erzielen wollen, und wir haben auch ein Konzept zum Ausbau dieser Steuerprüfer, damit wir auch glaubhaft machen können, dass das, was wir auch auf Europa- und Bundesebene fordern, funktioniert.

Im Übrigen will ich noch sagen, dass nach meiner Erfahrung die Kontrolldichte bei niedrigen, normalen und durchschnittlichen Einkommen vergleichsweise hoch ist. Sie haben auch nicht so viel Geld in irgendeiner Weise an der Steuer vorbeigemogelt, sie benötigen eher eine Rechtsberatung. Deswegen sind die "1 000 legalen Steuertricks" eher eine Rechtsberatung, was sie im Rahmen des geltenden Rechts eigentlich alles anmelden können.

Ich will nur dem Schwarze-Schafe-Prinzip widersprechen. Meines Erachtens steigt mit dem Einkommen, mit dem Vermögen der Drang und der Hang, in irgendeiner Wiese eine Lücke zu finden, in irgendeiner Weise sein Geld anderswo hinzuschicken. Ich mache aber auch darauf aufmerksam, und das will ich hier nicht verhehlen, dass die Menschen, die im Moment gut verdienen, die auch über Unternehmen verfügen – ich war auf einer Veranstaltung der Familienunternehmer, das sind die Menschen, die jetzt keine Superreichen sind, aber die in aller Regel ganz gut verdienen –, mir sehr deutlich gesagt haben: Wir haben inzwischen erkannt, wenn wir 10 oder 15 Prozent mehr Steuern bezahlen, dass dann unter Umständen die Feuerwehr oder die Polizei eher vor

(D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

 (A) Ort ist und wir bessere Schulen haben, und das wollen wir.

Es gibt also auch den Umkehrschluss, dass relativ viele Menschen, die im Moment gut verdienen und ein vergleichsweise hohes Vermögen haben, sagen, es ist richtig, dieses Vermögen angemessen zu besteuern, damit unsere Kinder in diesem Land gut leben können. Auch gegenüber denen ist es eminent wichtig, Steuerflucht, Steuerhinterziehung zu bekämpfen und hier in Bremen die entsprechenden Werkzeuge zu haben. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich für den Antrag der Koalition. Er macht Mut und gibt Rückendeckung. Die Ablehnung des Schweizer Steuerabkommens war nicht ganz einfach, ich habe dafür jedenfalls immer ordentlich Prügel bezogen. Ich bin froh, dass sich herausgestellt hat, dass das Agieren der rot-grünen Seite, dort dickfellig zu bleiben und sich nicht, wie auch hier in der Bremischen Bürgerschaft, unter Druck setzen zu lassen nach dem Motto, ihr nehmt lieber den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach – und was da sonst noch alles konstruiert worden ist –, und sich dem Druck nicht zu beugen, richtig war.

(B)

Der Dreh- und Angelpunkt ist die Sicherung der Anonymität der Steuerhinterzieherinnen und Steuerhinterzieher, und da das Schweizer Steuerabkommen nicht zustande gekommen ist, wird sie alle hervorbringen, und darauf werden wir dann schauen. Es wird noch eine Menge Geld eintreffen, da bin ich mir ziemlich sicher.

Ich bin froh darüber, dass die Botschaft ist, wir erwischen alle, die das heute noch machen, die Hürden sind nämlich immer höher geworden. Ich glaube, dass die Zeiten dieser Art der Steuerhinterziehung vorbei sind. Es werden sich neue Herausforderungen stellen, aber ich möchte gern viele Altfälle aufklären, nicht nur, weil wir das Geld einnehmen wollen, sondern weil es insgesamt die Botschaft geben muss, dass es keine sicheren Plätze für diejenigen geben darf, die Erfolg bestehlen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Die Unkultur, dass das Gemeinwohl nur herangezogen wird, wenn man es zum eigenen Vorteil braucht – wenn man erfolgreich ist, dann war es natürlich eine eigene Leistung –, ist eine weit verbreitet unangenehme Haltung. Ich freue mich über alles, was einmal daran sägt, das verändert und den Menschen zeigt,

dass wir hier eine Gesellschaft sind und jeder dazu beitragen muss.

Herr Gottschalk hat es schon erwähnt, ich wollte das auch sagen, mir ist das wichtig, Deutschland muss sich selbst an die eigene Nase fassen. Wir werden zu einer Steueroase, wenn wir nicht aufpassen.

(Zuruf der Abg. Frau Piontkowski [CDU])

Ja, hoffentlich! Ich erzähle gleich ein bisschen aus dem Vermittlungsausschuss, Frau Piontkowski, da kann man einen anderen Eindruck gewinnen!

Mittlerweile haben sich die Medien des Themas angenommen. Wer bei bestimmten Banken in Deutschland Geld anlegt, wird nicht gefragt, woher das Geld kommt. Es pilgern Schweizer nach Deutschland, um hier Geld abzugeben und vor dem dortigen Fiskus zu retten. Davor müssen wir ganz schnell einen Riegel schieben.

Die CDU kritisiert den Ankauf der Steuer-CDs. Das war schon in dem gescheiterten Schweizer Steuerabkommen so eine sonderbare Sichtweise, als könnte die Bundesrepublik Deutschland mit der Schweiz verabreden, dass jemand wie ich keine CD kauft. Wenn mir eine CD angeboten wird und wir nach einer Prüfung zu dem Ergebnis kommen, dass es sich dort um relevante Daten von Menschen handelt, die Straftaten begangen haben, dann kann ich doch nicht sagen, Herr Schäuble hat mit der Schweiz etwas anderes verabredet, und ich nehme die Daten nicht.

Natürlich ist das nicht der Weisheit letzter Schluss, sondern die Notwehr des Staates. Zu glauben, dass es eine Konstruktion geben kann, mit der man Menschen wie mich dazu verpflichten kann, darauf zu verzichten, Straftäter zu verfolgen oder das Meinige dazu beizutragen, dass sie verfolgt werden, ist in der Tat völlig absurd.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Von allen Seiten gibt es jetzt Veränderungen, und das ist wunderbar. Die Bundesregierung, auch da ist sie im Debit, muss die Doppelbesteuerungsabkommen überarbeiten. Es gibt vielleicht auch schlimmere Schicksale, als zwei Steuererklärungen abzugeben. Ich finde es völlig richtig, wer eine deutsche Staatsbürgerschaft hat, der muss auch im Ausland die Steuern bezahlen.

(Glocke)

**Vizepräsident Ravens:** Frau Bürgermeisterin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Piontkowski?

Bürgermeisterin Linnert: Ja, bitte!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Piontkowski!

(A) Abg. Frau **Piontkowski** (CDU): Frau Linnert, wollen Sie eingestehen, dass es sich bei den Daten, die auf diesen Steuer-CDs sind, ebenfalls um gestohlene Daten handelt, das heißt, dass diejenigen, die diese Daten anbieten, selbst Straftaten begangen haben?

Bürgermeisterin Linnert: Nein, ich weiß, dass das so ist! Dass es sich nicht um Ehrenmänner handelt, das ist doch völlig klar! Die CDU hat sich für eine Kronzeugenregelung und noch vieles mehr eingesetzt. Sie wissen doch viel besser als ich, dass es auch da immer um ein Abwägen geht. Dass es sich bei demjenigen, der uns relevante Daten anbietet, nicht um einen Ehrenmann handelt, das weiß ich sehr wohl, das heißt aber noch lange nicht, dass ich dann darauf verzichte, diejenigen zu verfolgen, die den Staat bestohlen haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Die Zukunftsthemen im Zusammenhang mit Steuerhinterziehungen sind die Kapitalertragssteuer – das hat auch Herr Gottschalk schon genannt, dort muss man Gesetze ändern, ich finde, darum sollte sich Bremen auch an vorderster Front kümmern – und der Umsatzsteuerbetrug. Das sind die großen Herausforderungen, und Bremen bemüht sich in der norddeutschen Kooperation doch ganz erfolgreich darum, das auszutrocknen, das wollte ich hier nur sagen. Dort ist auch richtig viel zu holen, das ist der neue Sport geworden, und da passen wir natürlich auf.

Der CDU-Antrag kritisiert die Finanzverwaltung. Ich finde immer noch, dass Bremen dort sehr gut aufgestellt ist und dass wir auch sehr gute Voraussetzungen geschaffen haben. Unsere Reform der Finanzämter geht voran, und sie ist für solch ein großes Reformvorhaben relativ geräusch- und bruchlos über die Bühne gegangen.

Es ist in der Tat so, dass ich eine Lage vorgefunden habe, in der Bremen im Bereich der Steuerverwaltung gar nicht mehr ausgebildet hat, überhaupt nicht mehr. Stellen Sie sich das einmal vor! Es stimmt, es wäre wünschenswert, wenn wir mehr Betriebsprüfer hätten. Es ist auch nicht so, wie Sie, Herr Rupp, es gesagt haben, dass ich immer gesagt habe, es sei alles in Ordnung. Im Gegenteil, ich habe gesagt, dass wir uns unheimlich anstrengen müssen, dass es dort mehr werden, nur kann ich sie nicht backen. Wir müssen ausbilden – seit Rot-Grün hier die Verantwortung trägt, machen wir das regelmäßig und kontinuierlich -, und dann müssen wir diejenigen jungen Kräfte, die als Betriebsprüfer geeignet sind, ausbilden. Das dauert in der Tat ein paar Jahre, und das ist das Anspruchsvollste in der Steuerverwaltung. Wir haben dort immer noch mit den Folgen der fehlenden Ausbildung zu kämpfen und geben uns aber alle Mühe. Es wäre gut, wenn wir dort mehr junge Kräfte bekommen könnten, die das machen wollen und geeignet sind.

Die von der CDU kritisierten Steuerrückstände in der Größenordnung von 70 Millionen Euro! Da muss man sagen, das ist ein statistischer Wert, weil sich dahinter sowohl anerkannte als auch nicht anerkannte Forderungen an Steuerpflichtige verbergen. Es ist nicht so, dass die alle nicht zahlen, sondern dort kann es auch einmal sein, dass wir uns geirrt haben, darin ist vieles enthalten. 70 Millionen Euro, das hört sich nach viel an, das sind 1,74 Prozent. Klar, das haben wir auch nicht übrig, und darum kümmern wir uns auch, aber Bayern liegt bei 1,84 Prozent, Berlin bei 2,12 Prozent und Niedersachsen bei 3,1 Prozent. Man kann jetzt also auch nicht sagen, dass Bremen ein Schlusslicht ist oder wir uns jetzt verstecken müssten.

Ich weiß, dass Sie in die Mittagspause gehen möchten, und will gern noch einen einzigen Satz zum Bemühen der Bundesregierung sagen. Ja, die Zeit ist vorbei, in der Deutschland auf europäischer und internationaler Ebene immer nur auf der Bremse stand, aber es ist immer noch so, dass die Bundesregierung ein bisschen Anschub und Druck gebrauchen kann, darum bemüht sich Bremen im Bundesrat.

(Abg. Frau Piontkowski [CDU]: Brauchen wir in Bremen!)

Wenn man sich jetzt die Beratungen zum Jahressteuergesetz 2013 anschaut, dann rauft man sich die Haare, jedenfalls ein Mensch wie ich, der gern möchte, dass es zu einem ordentlichen Steuerverfahren kommt. Es geht um die Red-Blocker-Struktur, das heißt, die Zahlung der Grunderwerbssteuer bei Übertragungen von Gesellschaften mit Immobilienbesitz zu vermeiden. Die Regierung blockiert weiterhin eine Regelung, die dafür sorgt, dass auch bei der Übertragung von Gesellschaften der Immobilienbesitz mit Grunderwerbssteuer belegt wird. Bei den gegründeten Cash-GmbHs zur Umgehung der Erbschaftssteuer – das sollte auch zu einem Teil des Jahressteuergesetzes werden - plagen sich die verschiedenen Kombattanten aller Bundesländer herum, damit es dort zu einer Lösung kommt, die Steuerschlupflöcher zu schließen.

Es gibt immer noch sehr viel zu tun. Ich werde jedenfalls, was das Thema betrifft, nicht arbeitslos. – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte nur sagen, dass wir dem Antrag der CDU zustimmen, aber nicht etwa, weil wir die Begründung teilen, sondern weil wir den Antrag selbst, nämlich eine bessere Ausstatung der Steuerfahndung vorzunehmen, unterstützen. – Danke!

(D)

(A) **Vizepräsident Ravens:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD abstimmen.

Gemäß Paragraf 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 18/916 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD abstimmen.

(B) Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 18/901 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/914 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) bis 15.00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 13.29 Uhr)



Vizepräsidentin Schön eröffnet die Sitzung wieder um 15.00 Uhr.

**Vizepräsidentin Schön:** Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

## Einstellungsquote von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Dienst erhöhen

Antrag der Fraktion der CDU vom 16. April 2013 (Drucksache 18/854)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Linnert, ihr beigeordnet Herr Staatsrat Strehl.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grönert.

Abg. Frau Grönert (CDU)\*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gibt viele Berichte und Zahlen zum Thema schwerbehinderte Menschen im öffentlichen Dienst Bremens. Immer wieder ist dabei besonders der Presse zu entnehmen, dass Bremen mit einer Beschäftigungsquote von 6,9 Prozent schwerbehinderter Menschen eine Spitzenposition unter den Bundesländern einnimmt. Damit liegt Bremen mit 1,9 Prozent über der Vorgabe von 5 Prozent, das ist erst einmal etwas Positives. Wie sich diese Zahl zusammensetzt, wird aber eher selten diskutiert. Maßgeblich ist hier leider, dass sehr viele älter werdende Beschäftigte irgendwann eine Schwerbehinderung erwerben. Diese werden dann natürlich weiterbeschäftigt und nicht entlassen, das ist auch selbstverständlich und gesetzlich vorgeschrieben.

Der Anteil bei den Neueinstellungen betrug im Jahr 2011 aber gerade einmal zwei Prozent, im Jahr 2012 war es sicherlich nicht viel anders. Das finde ich weniger erfreulich, zumal man dann ausrechnen kann, wie viele Neueinstellungen möglich wären, wenn sich der öffentliche Dienst in Bremen nur an der Vorgabe von fünf Prozent Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderung orientieren würde. Dann könnte man nämlich im Grunde genommen überhaupt keine Menschen zusätzlich einstellen, weil der Eigenbestand diese fünf Prozent schon hergeben würde.

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) So manche weitere prozentual gut aussehende Zahl entpuppt sich am Ende aber sogar als hochgerechnet und, ich würde beinahe sagen, auch als geschönt. Ich habe sehr gestaunt, dass es sogar möglich ist zu behaupten, dass die Beschäftigungsquote der schwerbehinderten Auszubildenden, Praktikantinnen und Praktikanten und Referendarinnen und Referendare im öffentlichen Dienst im Jahr 2012 sage und schreibe 7,33 Prozent betrug, obwohl es in diesem Zusammenhang dann doch eine sehr ernüchternde Feststellung gibt. Diese lautet, ich zitiere aus einem Bericht des Senats: "Das liegt insbesondere daran, dass besonders schwerbehinderte Auszubildende automatisch mehrfach angerechnet werden können."

Wer denkt schon darüber nach, dass solch eine Prozentzahl von 7,33 womöglich gar nicht so aussagekräftig ist, wie sie zunächst aussieht? Diese Zahl bedeutet eben nicht, wie man vermuten würde, dass 7 von 100 Auszubildenden, sondern vielleicht nur einer, zwei oder drei von 100 Auszubildenden eine Schwerbehinderung hatten. Außerdem werden schwerbehinderte Auszubildende genauso wenig wie andere Auszubildende automatisch in den Dienst übernommen, wenn ihre Ausbildung beendet ist.

Im Jahr 2012 lag der Anteil von übernommenen schwerbehinderten Auszubildenden bei gerade einmal 1,1 Prozent. Unsere Senatorin für Finanzen, Frau Linnert, hat sich bei Nachfragen in einer Fragestunde einmal auf Paragraf 71 SGB IX bezogen. Dort steht, dass sich die Beschäftigungspflicht von schwerbehinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eben nicht auf die Anzahl der Neueinstellungen, sondern auf die Gesamtzahl der Beschäftigten bezieht. Da hat sie recht. Doch wer sich rühmt, in der Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen bundesweit quasi eine Vorreiterrolle einzunehmen, der sollte sich auch auf die Fahne schreiben und sich dazu bekennen, die Gesamteinstellungsquote – also jede Altersgruppe und alle Bereiche des öffentlichen Dienstes - von bisher nur zwei Prozent in den nächsten Jahren deutlich zu steigern. Immer wieder nur auf die Bewerbungsmöglichkeiten hinzuweisen scheint da offensichtlich nicht auszureichen, und es nützt auch nichts, wenn man sich gleichzeitig mit dem bislang Erreichten so zufrieden zeigt wie bisher.

Bei so viel Zufriedenheit gibt es auch gar keinen Grund, motiviert an der Steigerung der Einstellungsund Übernahmequoten zu arbeiten. Vielleicht würde die Umsetzung unseres Antrags für ein Modellprojekt anonymisierter Bewerbungsverfahren doch noch mehr schwerbehinderten Menschen Mut machen, sich zu bewerben.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das glaube ich eher gar nicht!)

Durch das seit dem 1. Januar 2013 geltende Bundesprogramm "Initiative Inklusion" hat auch der öf-

fentliche Dienst in Bremen die Möglichkeit, Fördergelder abzurufen, allerdings nur für die Neueinstellung von schwerbehinderten Menschen. Damit hat sich Bremen auch schon befasst. Besonders im Bereich der Ausbildung und im Alter ab 40 Jahren finden schwerbehinderte Menschen nur selten eine Anstellung auf dem ersten Arbeitsmarkt, und hier soll besonders mit der Unterstützung des Bundes angesetzt werden. Deshalb wollen wir auch, dass zumindest die Anzahl der einzustellenden, aber auch die der zu übernehmenden Auszubildenden möglichst ab sofort auf fünf Prozent gesteigert wird.

### (Beifall bei der CDU)

Dazu reicht es aber nicht aus, in Debatten und Unterlagen auf Möglichkeiten zu verweisen, sondern man braucht dafür aktive Kooperationen, um die betreffenden Menschen zu erreichen.

Jetzt fehlt eigentlich nur noch ein ernst gemeintes Bekenntnis dazu, dass auch wirklich die Bereitschaft vorhanden ist, im öffentlichen Dienst nicht nur Menschen weiterzubeschäftigen, die im Laufe ihres Lebens eine Schwerbehinderung bekommen, sondern eben auch die Einstellungsquote deutlich und zielsicher in Richtung fünf Prozent zu erhöhen, und das auch ohne Fördergelder, einfach weil es wichtig ist, den Menschen zu zeigen, dass man keinen Unterschied macht und jeder ein Recht auf angemessene Arbeit hat. Eine Schwerbehinderung ist für einen Menschen schon schlimm genug, die Folgen sind für ihn aber nicht immer nur gottgegeben, sondern sie werden den Betroffenen auch von der Gesellschaft auferlegt.

Mit Blick auf eine durchschnittlich immer älter werdende Gesamtbeschäftigtenzahl ist es auch dringend geboten, zu allen Einstellungsbemühungen mit Hochdruck weitere präventive Maßnahmen zu entwickeln und die gesundheitliche Situation der bisher Beschäftigten so zu unterstützen, dass es zu einer Verringerung gerade auch der berufsbedingten Neuanerkennung von Schwerbehinderungen kommt. – Danke!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Schön:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Liess.

Abg. Liess (SPD)\*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Grönert, ich hatte bei Ihren letzten Sätzen eben den Eindruck – anders als zu Beginn Ihrer Rede –, Sie würden dem Senat unterstellen, er würde hier nur Bekenntnisse abgeben und sich nicht für die Schwerbehinderten einsetzen. Das möchte ich erst einmal entschieden zurückweisen!

(D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(D)

### (A) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vielleicht habe ich es auch falsch verstanden.

Meines Erachtens greifen Sie ein Thema auf, von dem wir denken, dass es in der Tat erörtert werden muss. Sie schreiben in Ihrem Antrag, auf den Sie aus zeitlichen Gründen nicht mehr eingehen konnten, dass der Bürgerschaft ein Konzept vorgelegt werden soll. Meines Erachtens sind damit aber zunächst einmal Fragen verbunden, die geklärt werden müssen und die für mich und für meine Fraktion noch nicht klar sind, nämlich die Fragen: Sprechen wir Schwerbehinderte eigentlich richtig an, damit sie sich im öffentlichen Dienst bewerben können? Haben Schwerbehinderte besondere Probleme, eingestellt zu werden? Haben wir genügend qualifizierte Bewerber, die sich auf eine Stelle im öffentlichen Dienst bewerben können? Sind eigentlich Quoten geeignet, über die Sie jetzt so ausführlich geredet haben, um zu einer höheren Anzahl von Einstellungen von Schwerbehinderten zu kommen, wenn wir gleichzeitig hier die Frage anonymisierter Verfahren diskutieren? Beißt sich das nicht eigentlich? Wie ist eigentlich der tatsächliche Umgang im Augenblick?

Wir schlagen daher vor, dass wir uns dieses Thema und den Umgang damit noch einmal genauer im Haushalts- und Finanzausschuss ansehen und dann auch zu einer Bewertung kommen, ob wir tatsächlich ein Konzept brauchen. Deshalb wären wir froh, wenn Sie sich der Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Beratung und Berichterstattung anschließen, und dann würden wir hierüber noch einmal in einer zweiten Debatte im Parlament befinden. – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Vizepräsidentin Schön:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die CDU thematisiert die Beschäftigung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst in Bremen, speziell von jungen Menschen, von Auszubildenden. Vielen Dank, dass Sie erwähnt haben, dass Bremen in der Tat nicht nur die gesetzliche, sondern auch die selbst gesteckte Quote von sechs Prozent weit überschreitet, das heißt, das ist wirklich keine Selbstverständlichkeit. Wir nehmen das nicht als lästige Pflicht, sondern als Aufgabe sehr ernst, anders als viele Bereiche in der privaten Wirtschaft, die sich freikaufen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

und es kann auch nicht umgekehrt sein, der öffentliche Dienst kann das auch nicht wieder einfach ausgleichen.

Wir erfüllen diese Aufgabe, obwohl sie zunehmend schwieriger wird – das muss man auch dazu sagen –, denn gerade im öffentlichen Dienst sind in den letzten Jahren sehr viele klassische, sage ich einmal, Arbeitsplätze mit Eignung gerade für Schwerbehinderte weggefallen, alle leichten Büroarbeiten und so weiter, ich muss das nicht ausführen, aber Sie wissen das alle. Umgekehrt sind die Anforderungen an die Qualifikation im öffentlichen Dienst insgesamt gestiegen.

Sie haben kritisiert, dass die Anzahl der unter Vierzigjährigen niedriger ist und die Quote bei der Übernahme der Auszubildenden direkt für den öffentlichen Dienst - vor allem bei den höheren Berufen gering ist und leiten daraus die Forderung einer Quote von fünf Prozent ab. Herr Liess hat gesagt, wir wollen das im Ausschuss erörtern, das finden wir richtig. Es ist ein sensibles und wichtiges Thema, zu dem auch andere gehört werden sollten. Ich sage Ihnen aber auch, dass ich von der Forderung nicht überzeugt bin, und ich bin erst recht nicht davon überzeugt, nachdem ich mit der Schwerbehindertenvertretung darüber gesprochen habe, denn diese hat wirklich ganz klar erklärt, dass sie mit dieser Forderung ganz und gar nicht einverstanden ist und damit diesen Weg nicht gehen will.

> (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die Fakten und Argumente sind kurz gefasst so: Bei den Auszubildenden in der Ausbildungsgesellschaft, die wir nicht für den öffentlichen Dienst ausbilden, liegen wir höher – das sind diese sieben Prozent –, das heißt, wir unternehmen große Anstrengungen, junge Leute trotz der Behinderung, trotz ihrer Lage mit sehr großzügigen Angeboten, auch der Überschreitung der Möglichkeiten und mit Hilfestellungen, dort hineinzubekommen. Das machen wir bereits, das sieht man an diesen Zahlen.

Anders sieht die Zahl bei den Ausbildungsgängen aus, die wir für den eigenen Bedarf ausbilden, und da ist in der Tat auch die Voraussetzung der Hochschulausbildung wichtig. Dort fehlt es nach einhelliger Meinung überhaupt nicht an der Bereitschaft und der Bereitwilligkeit der Behörden, da etwas zu machen, sondern es fehlt wesentlich an geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern. Das sagt mir nicht die Senatorin für Finanzen, sondern das sagt mir der Vertreter der Schwerbehinderten im Land Bremen als seine feste Überzeugung, und er sagt auch, dass es für die Dienststellen und vor allem für die jungen Menschen kein Gewinn, sondern eine Katastrophe wäre, wenn man Abstriche an den Qualifikationsanforderungen machen und sie trotzdem einstellen würde, denn das würde in die Sackgasse eines unglücklichen Lebens führen.

(B)

## (A) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Deswegen sagen sie auch nicht, dass sie eine Quote für richtig halten.

Sie sagen umgekehrt, dass der Weg der Inklusion, den wir mit viel Einsatz gegenwärtig gehen, richtig ist und dass wir dadurch hoffen können, dass wir mehr jungen Menschen mit Behinderung dann die Tür zu einem selbstbestimmten Leben in qualifizierten Berufen auch weiter öffnen können. Das geht aber nicht sehr schnell mit einer Quote, sondern dafür braucht man einen langen Atem.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie haben auch den zunehmenden Anteil der Schwerbehinderten bei den älter werdenden Beschäftigten angesprochen, also je älter die Beschäftigen werden, desto mehr Schwerbehinderte gibt es. Das ist ja nun keine Überraschung, da ist der öffentliche Dienst auch keine Ausnahme. Man kann es so sagen, da sie auf lange Dauer im öffentlichen Dienst tätig sind, ja, im öffentlichen Dienst produzieren wir die Schwerbehinderten selbst, aber es ist natürlich nicht so, dass wir sie produzieren. Es gibt viele Faktoren, die vom Arbeitgeber überhaupt nicht zu beeinflussen sind, aber es gibt auch die Verantwortung des Dienstherrn zur Vermeidung von Arbeitsbedingungen, die krank machen, da haben Sie vollkommen recht. Das haben wir auch in unserer Anfrage zur alternsgerechten Beschäftigung vor einigen Monaten thematisiert, aber da muss ich sagen, da sind wir doch über die abstrakte Forderung von der, wie Sie sagen – Zitat –, "Entwicklung präventiver Maßnahmen" weiß Gott schon weit hinaus.

Seit dem Jahr 2009 ist die Dienstvereinbarung zum Gesundheitsmanagement in Kraft und wird von allen Seiten gelobt. Ob die Umsetzung dann auch das Lob verdient, ist sicher einer Überprüfung wert, und das werden wir uns sicher im Haushalts- und Finanza-ausschuss auch vortragen lassen, aber das muss dann konkret geschehen und nicht durch solche allgemeinen Floskeln.

Ich komme zum Schluss, und nach meiner eigenen Rede, sage ich einmal, bin ich zu meiner Überraschung trotzdem für die Überweisung des Antrags. Ich bin eher skeptisch, aber ich sage es noch einmal: Es ist ein sensibles Thema, ich würde dazu auch gern viele Beteiligte hören, und deswegen beantragen wir – der Abgeordnete Liess hat es gesagt –, dass wir über das Thema in der Sache heute noch nicht abstimmen, sondern es im Haushalts- und Finanzausschuss noch einmal beraten. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD) Vizepräsidentin Schön: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort gebe, möchte ich auf der Besuchertribüne ganz herzlich Mitglieder der Loge "Zum rechtweisenden Compaß" aus Bremerhaven begrüßen.

Seien Sie ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Bernhard.

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE)\*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Viele denken bei der Einstellung von Schwerbehinderten immer noch, es handele sich um eine relativ kleine Randgruppe. Das ist faktisch nicht der Fall, eine von zwölf Personen – in Bremen sogar eine von elf – ist im Sinne des Arbeitsrechts schwerbehindert. Der Anteil nimmt – das ist nicht weiter verwunderlich – mit zunehmendem Alter zu, das wurde hier auch schon erwähnt, das heißt, in der Altersgruppe ab 55 Jahren ist jede sechste bis siebte Person schwerbehindert.

Die Mehrzahl der Schwerbehinderten ist in ihrer Arbeitsfähigkeit nicht wirklich eingeschränkt, sondern man muss das durchaus differenzieren, denn wenn der Arbeitsplatz entsprechend darauf eingestellt wird, dann ist es schon möglich, sie entsprechend adäquat auch mit einer Beschäftigung zu betrauen. Menschen mit Sehbehinderungen zum Beispiel können im Büro völlig normal arbeiten, wenn ihr Arbeitsplatz genau diese Voraussetzungen erfüllt.

Schwerbehindert sind aber zum Beispiel auch Menschen nach schweren Operationen, also es gibt dort durchaus eine Bandbreite von Schwerbehinderungen. Das muss man, finde ich, auch mit reflektieren, denn das sind dann durchaus auch leistungsfähige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich möchte es niemandem wünschen, aber ich meine, eine Schwerbehinderung zu erlangen und sich damit auseinandersetzen zu müssen, kann letztendlich jedem passieren, das ist nichts Unrealistisches oder Seltenes.

Wir finden eigentlich, das Hauptproblem bei der Beschäftigung der schwerbehinderten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer liegt immer noch in der Privatwirtschaft, darauf möchte ich hier doch noch einmal hinweisen. Die Mehrzahl der privaten Betriebe erreicht nicht die vorgeschriebene Quote von fünf Prozent. Sie liegt im Bundesdurchschnitt – auch in Bremen – ungefähr bei 3,7 Prozent, und ich muss sagen, da steht der öffentliche Dienst mit 6,9 Prozent in Bremen ziemlich gut da. Das finde ich an der Stelle durchaus beachtlich und wichtig, und ich möchte hier auch dem Eindruck entgegentreten, dass wir hier gerade den öffentlichen Dienst in den Fokus nehmen und so tun, als bestünde hier besonderer Nachbesserungsbedarf.

(D)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

#### (A) (Beifall bei der LINKEN)

Es stimmt selbstverständlich, dass man das bei Neueinstellungen gerade bezüglich der Ausbildung mit beachten muss, das ist vollkommen richtig. In der Privatwirtschaft erfüllt nur etwa ein Drittel der Betriebe die Fünfprozentquote, zwei Drittel erfüllen sie nicht. Es ist vollkommen richtig, dass das im Zuge der Flexibilisierung von Arbeitsplätzen und dessen, wie sich momentan in der Realität Erwerbstätigkeit ausdrückt, nicht gerade den Schwerbehinderten entgegenkommt, ganz im Gegenteil. Im Zusammenhang mit Leiharbeit und Betrieben und allem, was wir dort kennen, haben es insbesondere die Schwerbehinderten dort nicht gerade leichter. Da liegen sie selbstverständlich auch mit ihrem erhöhten Kündigungsschutz ziemlich quer.

Der Stau bei der Beschäftigung Schwerbehinderter ist auch in der Privatwirtschaft schon allein daran ablesbar – das ist schon der beste Beweis –, dass wir sehen, wie sich die Ausgleichsabgabe entwickelt. Es ist natürlich nicht das Ziel, die Ausgleichsabgabe zu erhöhen, sondern wir wollen letztendlich, dass die Schwerbehinderten einen Arbeitsplatz bekommen. Da ist es natürlich richtig, dass der öffentliche Dienst durchaus eine besondere Funktion hat und hier eine Vorreiterrolle einnehmen muss, und das kann er auch.

Der öffentliche Dienst muss aber auch zeigen, dass es relativ positiv funktionieren kann, und da muss ich den Kollegen Liess durchaus unterstützen, der gesagt hat, wir müssten uns diese Fragestellungen doch noch einmal näher anschauen. Es geht letztendlich nicht nur um die Zielgruppe selbst, sondern auch darum, wie wir unsere Arbeitsplätze entsprechend auf dem technischen Niveau zur Verfügung stellen können, dort ist inzwischen sehr viel möglich. Ich glaube, dort kann der öffentliche Dienst durchaus positiv vorangehen, indem gesagt wird, ich weiß gar nicht, was Sie wollen, hier gibt es tatsächlich eine Effektivität, die durchaus zu erreichen ist, wenn wir die Voraussetzungen dafür schaffen. Diese Aufgabe haben wir auf jeden Fall.

(B)

Wir stimmen deshalb zu, den Antrag zu überweisen und das noch einmal zu reflektieren, aber mir wäre schon daran gelegen, dass wir den Fokus nicht allein auf den öffentlichen Dienst richten, sondern dass wir die Privatwirtschaft dort durchaus auch wieder stärker in die Pflicht nehmen, denn ich meine, sich freizukaufen ist keine Lösung. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Schön:** Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Linnert.

**Bürgermeisterin Linnert:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich

über Ihr Interesse, und ich freue mich auch, dass der Antrag überwiesen werden soll und wir Gelegenheit bekommen, im Haushalts- und Finanzausschuss darzulegen, was wir schon machen. Ich finde auch nach wie vor, dass wir uns da nicht verstecken müssen, sondern sagen und belegen können, dass wir uns dort sehr viel Mühe geben. Das ist aber kein Argument dagegen, dass es nicht auch Bereiche gibt, in denen wir noch besser werden können, und sofern es in unseren Möglichkeiten liegt, werden wir dann auch Anregungen aufnehmen und uns darum bemühen, besser zu werden. Wie gesagt, es ist nicht nur so, dass Bremen mehr als die Quote erfüllt, sondern - Frau Grönert hat es gesagt – wir bemühen uns auch, bei der Neueinstellung von jungen Menschen für den öffentlichen Dienst ganz gezielt schwerbehinderte Menschen anzusprechen.

Wir möchten dann darlegen, welche Bemühungen wir unternehmen, übrigens in sehr enger Absprache mit der Gesamtschwerbehindertenvertretung, mit der wir in dieser Frage ohnehin sehr eng zusammenarbeiten, und wenn sie Anregungen hat, was wir besser machen können, dann sind wir dafür auch offen. Mir ist von einem Konflikt oder dass wir etwas nicht so gut machen, nichts bekannt. Wir haben im Haushalts- und Finanzausschuss dann die Chance, das darzulegen, und dann kann man schauen, wo wir Defizite haben.

Es ist so, dass es uns in den Bereichen, in denen wir nicht für Bremen selbst ausbilden, gelingt, wegen der Anforderungsprofile an die Ausbildungsberufe auch eine höhere Anzahl von schwerbehinderten Menschen einzustellen, die dann von der freien Wirtschaft nachgefragt werden. Unsere Ausbildung ist angesehen, und diejenigen, die sie durchlaufen haben, haben sehr gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt in der Privatwirtschaft, auch die schwerbehinderten Menschen. In den Bereichen, in denen wir selbst junge Menschen einstellen, gibt es ein paar objektive Probleme, die dem entgegenstehen, mit den Einstellungen einen höheren Prozentsatz zu erreichen. Dies liegt daran, dass wir vor allem in den Bereichen wie Polizei und Feuerwehr überhaupt noch neue Mitarbeiter einstellen, in vielen anderen Bereichen, die vielleicht theoretisch geeignet wären, aber nicht mehr. In anderen Bereichen brauchen wir ein abgeschlossenes Hochschulstudium und ein Erstes Staatsexamen, und das ist auch eine hohe Hürde. Das sind, glaube ich, die Erklärungen dafür, warum es da nicht ganz so einfach ist.

Ich habe jetzt verstanden, dass es auf keinen Fall möglich ist, dass die Leistungen einer Senatorin von der Opposition für gut befunden werden. Das stört mich auch gar nicht so sehr, aber ich sage einmal, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in meiner und in den anderen Behörden, die sich bei den Einstellungen richtig Mühe geben, wäre es schön, wenn es fair zugehen würde und man auch wertschätzt, welche Anstrengungen sie unternehmen, damit Bre-

(A) men in dem Bereich vorbildlich ist und es auch möglichst bleibt.

Als letzten Punkt möchte ich noch ansprechen den Bereich der Prävention. Es ist, glaube ich, in allen Betrieben so, dass ein Teil der schwerbehinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem bestehenden Bestand von Beschäftigten stammt. Das ist aber auch nichts Schlechtes oder verboten, es ist nur dann schlecht, wenn wir krank machende Arbeitsplätze haben und uns nicht darum kümmern. Mit unserem Gesundheitsmanagement und dem Gesundheitsbericht, den ich auch noch einmal allen Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses empfehlen werde, legen wir dar, welche Bemühungen wir an den Tag legen, um eben belastende Situationen am Arbeitsplatz zu minimieren, indem wir Prävention betreiben.

Wir haben auch gerade ein Angebot für Führungskräfte mit dem Namen "five" aufgelegt. Dort können sie sich informieren, wenn bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Arbeitsalltag psychische Probleme beginnen aufzutauchen, sie damit überfordert sind und als Führungskraft nicht wissen, wie sie sich verhalten sollen. Das ist auch ein sehr interessantes Projekt. Wir geben uns da Mühe, den Arbeitsalltag so zu gestalten, dass die Menschen möglichst gesund bleiben, und auch das würden wir dann sehr gern im Haushalts- und Finanzausschuss darlegen. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Schön:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss vorgesehen.

Wer der Überweisung des Antrags der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/854 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.  $\,$ 

(Einstimmig)

# Mehrsprachige und kultursensible psychotherapeutische Behandlung ermöglichen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 16. April 2013 (Drucksache 18/865)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Härtl.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Seyrek.

Abg. Seyrek (SPD)\*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Für Menschen mit Migrationshintergrund, die unter psychischen Beschwerden wie Angststörungen oder Depressionen leiden, ist die psychotherapeutische Behandlung in Bremen wie auch in Deutschland insgesamt leider nicht ausreichend. Die Wartezeiten für psychotherapeutische Behandlungen betragen durchschnittlich sechs Monate und sind damit ohnehin schon zu lang. Für Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist und die darauf angewiesen sind, eine Therapie in ihrer Herkunftssprache oder zumindest mithilfe eines Dolmetschers zu machen, sind die Wartezeiten noch viel länger.

Zum Teil gibt es auch gar keine zugelassenen Therapeutinnen und Therapeuten, die die entsprechende Herkunftssprache sprechen, und die Krankenkassen übernehmen bei ambulanten Therapien die Kosten für einen Dolmetscher nicht. Die Folge ist, dass diese Menschen keine Therapie bekommen oder dass sie eine Therapie bei einer deutschsprachigen Therapeutin oder einem deutschsprachigen Therapeuten machen müssen. Dadurch ist ein Erfolg aufgrund von Verständigungsproblemen gefährdet. Ähnliche Probleme bestehen auch bei der stationären Behandlung. Zwar tragen die gesetzlichen Krankenversicherungen die Kosten für einen Dolmetscher im Rahmen der Krankenhausbehandlungen, aber in der Praxis werden auch hier nur sporadisch Dolmetscher oder sprachkompetente Fachkräfte hinzugezogen.

In Deutschland leben rund 16 Millionen Migrantinnen und Migranten, das sind rund 20 Prozent der Bevölkerung, im Bundesland Bremen sind es rund 180 000 Migrantinnen und Migranten, also knapp 28 Prozent. Ein Teil dieser Menschen spricht noch nicht so gut Deutsch, dass für sie eine Therapie in deutscher Sprache infrage kommt, aber wir wissen auch, dass gerade Migrantinnen und Migranten ein erhöhtes Risiko haben, eine psychische Erkrankung zu entwickeln, zum Beispiel aufgrund kultureller Entwurzelung oder aufgrund von Integrationsproblemen. Wir können es uns nicht länger leisten, diesen Menschen die Chance zu nehmen, mithilfe einer Therapie wieder gesund zu werden, wir wissen, wie hoch die Folgekosten sind, wenn Menschen mit psychischen Erkrankungen unbehandelt bleiben. Jeder Mensch, der in Deutschland lebt, muss eine reale Möglichkeit haben, Hilfe durch Therapie zu bekommen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Deshalb fordern wir, für eine gute und sichere psychische Versorgung für Menschen mit Migrationshin(D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(D)

(A) tergrund die Zulassung von Psychotherapeuten mit Migrationshintergrund zu vereinfachen. Dafür muss das Kriterium der Sprachkompetenz besonders für die Zulassung für den psychotherapeutischen Bereich eingeführt werden. Ferner muss für Menschen mit Migrationshintergrund der Zugang zu psychotherapeutischen Berufen gefördert werden, und Menschen mit im Ausland erworbenen Abschlüssen müssen einen erleichterten Zugang zur Kassenzulassung bekommen.

### (Beifall bei der SPD)

Die Kosten für sprachkompetente Fachkräfte und Dolmetscher müssen bei der ambulanten psychotherapeutischen Behandlung übernommen werden. Wir möchten im Land Bremen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Gespräche führen, damit sie verstärkt von der Möglichkeit Gebrauch macht, lokale Sonderzulassungen für mehrsprachige Psychotherapeutinnen beziehungsweise Psychotherapeuten mit Migrationshintergrund zu erteilen. Weiterhin wollen wir in unseren stationären psychotherapeutischen und psychiatrischen Versorgungseinrichtungen verstärkt Dolmetscher und sprachkompetente Fachkräfte einsetzen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

#### (Beifall bei der SPD)

(B) Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohammadzadeh.

Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute ist der Tag der Mehrsprachigkeit. Das passt gut zu unserem Thema, und ich wollte es mir nicht nehmen lassen, das hier zu erwähnen.

#### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kulturelle und sprachliche Vielfalt bedeutet eine wertvolle gesellschaftliche Bereicherung, gleichzeitig stellt sie uns aber vor Herausforderungen, die nicht für jeden sofort einsichtig sind.

Bei der psychotherapeutischen Versorgung von Migrantinnen und Migranten stellt sich die Frage, ob es einen besonderen Bedarf gibt. Die Statistik besagt aber, dass die psychotherapeutische Versorgung in Bremen generell ausreichend ist. Damit könnte man sich zufriedengeben, aber die Frage ist, ob die Versorgung für diese Zielgruppe gewährleistet ist.

Wir wissen, dass die inneren Konflikte, mit denen die Menschen in der heutigen Gesellschaft zu kämpfen haben, allgegenwärtig sind. Bei Migrantinnen und Migranten ist dies nicht anders. In keinem Bereich der Medizin ist der respektvolle und soziokulturell einfühlsame Umgang mit den Patienten so wichtig wie

in der psychotherapeutischen Versorgung. Daraus leitet sich der hohe Bedarf an mehrsprachigen und kultursensiblen Therapeuten ab, der für den nachhaltigen Behandlungsbedarf so notwendig ist.

### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die Gesundheitswissenschaften befassen sich schon sehr lange mit dieser Problematik und liefern uns auch Belege dafür, dass eine statistisch ausreichende Abdeckung dieses Themenbereichs nicht gleichbedeutend mit einer ausreichenden Versorgung der Patienten ist. Eine Befragung im Jahr 2012 hat ergeben, dass der Behandlungsverlauf von Migrantinnen und Migranten stark von unterschiedlichen Krankheits- und Gesundheitskonzepten abhängt und dass Therapeuten deswegen auch Ablehnungsreaktionen gegenüber diesen Patienten entwickeln. Eine weitere Studie ergab, dass die Begegnung mit den sogenannten fremden Patienten bei fast der Hälfte der Mitarbeiter einer psychiatrischen Abteilung negative Gefühle auslösten, die den Beziehungsaufbau und den Behandlungserfolg erschwerten.

Verschiedene Faktoren werden für diese Situation verantwortlich gemacht, zum Beispiel erschweren Vorurteile oder auch Unsicherheiten der behandelnden Personen im Umgang mit Migranten maßgeblich den Behandlungserfolg. Nun könnte man sagen, wenn ausreichend Dolmetscher oder Kulturmittler zur Verfügung stünden, dann könne man das Problem lösen, aber das ist eine zweischneidige Angelegenheit. Gerade in der psychotherapeutischen Gesprächssituation kommt es auf Vertraulichkeit und direkte Kommunikation an. Deshalb gilt eine gute sprachliche und interkulturelle Verständigung als grundlegende Voraussetzung für den psychotherapeutischen Behandlungserfolg.

Fachkräfte mit Migrationshintergrund und entsprechender Sprachkompetenz sind für die Behandlung psychischer Gesundheitsprobleme nicht so stark in unserem Gesundheitssystem präsent, wie sie es eigentlich sein müssten. Deshalb brauchen wir im Bundesland Bremen mehr qualifizierte Migrantinnen und Migranten als Psychotherapeuten, die aufgrund der eigenen Migrationsbiografie und eigenen Migrationserfahrungen die besonderen psychischen Probleme ihrer Klienten besser nachvollziehen und verstehen können. Noch wichtiger ist aber, dass sie weniger Berührungsängste haben, die eine adäquate Betreuung behindern.

## (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sprach- und Kulturkompetenz sollten also – wie auch Herr Seyrek argumentiert hat – bei der Zulassung von Psychiaterinnen und Psychiatern und von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten mit Migrationshintergrund vorrangig berücksichtigt werden.

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Auch die Gleichwertigkeitsprüfungen im Anerkennungsverfahren sollen erleichtert werden, und noch wichtiger ist, dass Sprach- und Kulturkompetenz auch Berücksichtigung finden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte zum Schluss noch einen Punkt ansprechen! Ich glaube, wir müssen uns noch darüber Gedanken machen, dass in der Ausbildung für Psychotherapeuten mehr dafür getan wird, wie man mit der Zielgruppe der Migrantinnen und Migranten besser umgehen kann. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Schön:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)\*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch zu diesem Thema hätte normalerweise mein Kollege Herr Erlanson gesprochen, und ich gestehe freimütig ein, als ich das Thema dieser Vorlage gelesen habe, wusste ich wenig damit anzufangen. Es ist vielleicht auch ein Vorteil, dass man manchmal damit beauftragt wird, sich mit Dingen zu befassen, die nicht unmittelbar das eigene Politikfeld berühren.

Nachdem ich das Thema gelesen hatte, habe ich mir vorgestellt, dass in Deutschland eine Hungerkatastrophe, ein Krieg ausgebrochen oder eine Naturkatastrophe geschehen wäre, es mich nach China verschlägt und ich dort traumatisiert und von diesen Ereignissen belastet dort ankomme und zu einem chinesischen Therapeuten muss. Das ist aus zwei Gründen schwierig, denn erstens spreche ich kein Chinesisch, und zweitens verbindet uns nicht unbedingt eine unmittelbare kulturelle Nähe. Im Umkehrschluss heißt das, dass Menschen, die nicht in Deutschland aufgewachsen sind, deren Muttersprache nicht Deutsch ist und die hier eine psychotherapeutische Behandlung brauchen, meines Erachtens ein Recht auf eine entsprechende sprachlich und kulturell ausgerichtete psychotherapeutische Behandlung haben.

Selbst wenn ich einigermaßen Chinesisch sprechen könnte, wäre es noch einmal etwas anderes, mit einem Therapeuten über meine Erlebnisse zu diskutieren. Dabei sind die Sprache und jemand, der auf meine Sprache eingehen kann, ungeheuer wichtig. Als Ausländer die Sprache gebrochen oder fließend zu sprechen, nützt dabei nichts, deshalb ist es aus meiner Sicht ungeheuer wichtig, dass man jemanden hat, der auch zwischen den Zeilen hören kann, und das dauert auch bei Menschen, die eine Sprache sehr intensiv studieren, eine Weile. Deswegen ist

das Ansinnen, mehrsprachige und kultursensible psychotherapeutische Behandlungen zu ermöglichen, meines Erachtens ungeheuer wichtig. (C)

(D)

Mir ist auch klar, dass die Betroffenen möglicherweise mit zwei sehr schwerwiegenden gesellschaftlichen Vorurteilen zu kämpfen haben. Zum einen wird Menschen, die sich in eine psychotherapeutische Behandlung begeben, per se der Stempel "stell dich nicht so an" aufgedrückt. Dem ist zu entgegnen, dass psychische Erkrankungen in der Tat zunehmend sehr ernst zu nehmende Krankheiten sind, ähnlich wie körperliche Gebrechen. Deswegen muss man klar sagen, Menschen, die ein psychisches Problem haben, müssen genauso intensiv behandelt werden wie jemand, der ein neues Herz braucht, der Rheuma oder irgendeine andere physische Krankheit hat. Diesem Vorurteil müssen wir entgegentreten.

Das zweite Vorurteil, dem wir entgegentreten müssen, ist die Aussage, wenn die Menschen nicht hergekommen wären, bräuchten sie hier auch keine therapeutische Behandlung. Ich sage, auch diesem Vorurteil müssen wir eindeutig entgegentreten. Wer hier lebt, der hat ein Recht auf medizinische und damit auch auf psychotherapeutische Behandlung, und deswegen müssen wir meines Erachtens hier im Parlament sagen, diesen Menschen muss geholfen werden, sie brauchen eine muttersprachliche und kultursensible Behandlung.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Es werden hier zwei Vorschläge gemacht. Zum einen braucht man natürlich solche Menschen. Sie wachsen, wie man so schön sagt, nicht auf Bäumen, deswegen kann man schauen, ob von den Menschen, die hierherkommen, einige diese Qualifikation schon haben, und man muss sie anerkennen beziehungsweise fortbilden. Deswegen ist der erste Teil des Antrags meines Erachtens richtig.

Zum zweiten Teil des Antrags! Es war mir neu, dass die Kassenärztliche Vereinigung ein Stück weit dafür sorgt, dass genügend Ärztinnen und Ärzte und Psychologinnen und Psychologen in einer Stadt sind, aber auch nicht zu viele, dass sie ihre Anzahl steuern kann und dass es dafür ein vergleichsweise kluges Instrument gibt, nämlich eine regionale Sonderbedarfsregelung. Wenn es in bestimmten Fällen Sonderbedarfe gibt, dann dürfen sich hier auch mehr niedergelassene Ärzte, Psychologen oder Psychotherapeuten niederlassen als ursprünglich geplant. Dass man in einem solchen Fall von dieser Möglichkeit Gebrauch macht, ist, finde ich, eigentlich selbstverständlich. Deshalb finde ich diesen Antrag gut und richtig, und wir werden ihn unterstützten. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

 $\begin{tabular}{ll} \textbf{Vizepräsidentin Schön:} & Als \, n \ddot{a} chster \, Redner \, hat \, das \\ Wort \, der \, Abgeordnete \, Bensch. \\ \end{tabular}$ 

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Abg. **Bensch** (CDU)\*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Wichtigste an diesem Antrag ist seine Zielsetzung. Auf Seite 2 oben steht: "Um die Situation zu verbessern, sollte die Quote qualifizierter Migrantinnen und Migranten im Bremer Gesundheitswesen erhöht werden." Das ist das Wichtigste in diesem Antrag, und dem schließen wir uns als CDU voll und ganz an. Auch wir wollen, dass die Quote der Migrantinnen und Migranten im Gesundheitswesen deutlich erhöht wird.

#### (Beifall bei der CDU)

Die Ausgangslage wurde sehr ausführlich beschrieben und zeigt jedem auf, worin die Problematik liegt. In der Tat ist eine psychotherapeutische Beratung für alle schwierig. Als Nordbremer weiß ich, dass wir dort überhaupt keinen Kinder- und Jugendpsychotherapeuten in der Region haben. Wir müssen nach Schwachhausen fahren, um überhaupt einen Termin zu bekommen, und die Wartezeit beträgt mindestens ein halbes Jahr. Wenn ich mich dann in die Lage von Migrantinnen und Migranten hineinversetze, dann ist es noch schwieriger, weil – wie Sie gesagt haben – nicht nur die Wartezeit das Problem ist, sondern weil bei sogenannten gedolmetschten Gesprächen Gefahren lauern und es dabei sogar Schwierigkeiten und Tücken gibt.

(B) Wir sind aber der Meinung, dass die niedrigschwelligen Wege, die Sie gehen möchten, nicht unbedingt so zum Ziel führen. Wir haben lange darüber gesprochen. Es ist ein schwaches Nein zu Ihrem Antrag, sage ich einmal, weil wir uns in der Zielsetzung einig sind.

Wir sind der Meinung, dass man das Problem an der Wurzel angehen muss. Sie haben zu Beginn des Antrags die Risikofaktoren beschrieben: Arbeitslosigkeit, Sprachprobleme, Bildungsdefizite, mangelhafte Wohn- und sonstige Lebensverhältnisse. Als CDU sagen wir, dass wir zuerst dort ansetzen sollten. Wenn die Arbeitslosigkeit und die Sprachprobleme beseitigt sind, dann haben wir auch weniger Bedarf und weniger Probleme im Bereich der psychotherapeutischen Beratung von Migranten.

## (Beifall bei der CDU)

Des Weiteren gilt nicht nur für diesen Bereich, sondern insgesamt für den ärztlichen und nicht ärztlichen Bereich der Heilberufe, für alle "weißen" Berufe: Wenn wir es schaffen, diese Berufe grundsätzlich in ihrer Attraktivität zu steigern und Bremsklötze und Blockaden, die es vielleicht noch irgendwo gibt, zu beseitigen – das betrifft auch Fachkräfte für Altenpflege, und es bedeutet auch, dass wir Ärzte aus Afghanistan hierher holen wollen –, dann kann man dort Schranken beiseiteschieben.

Wir sagen, dieser Antrag und die darin enthaltenen Forderungen gehen zwar in die richtige Richtung, aber diesem Maßnahmenpaket, das Sie sich vorstellen, schließen wir uns nicht an. Wir sind dafür, vor allen Dingen die Sprache zu fördern, auch die Sprachbemühungen anzustoßen und insgesamt die "weißen" und "nicht weißen" ärztlichen Berufe insgesamt zu stärken. Wir werden Ihren Antrag ablehnen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Schön:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Härtl.

**Staatsrat Härtl:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde es sehr gut, dass dieses Thema in diesem Hause diskutiert wird,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

das doch sehr häufig aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit gerät und für die betroffenen Menschen ein schwer auszuhaltendes Schicksal darstellt. Die Zahl derer, die betroffen sind, wächst natürlich mit der Zahl derer, die zum Beispiel aus Bürgerkriegsgebieten zu uns kommen, und gerade sie sind diejenigen, die unserer Hilfe bedürfen, und zwar alle. Deshalb glaube ich, Argumentationen, dass wir überhaupt erst einmal dafür werben müssten, dass diese Menschen einen Anspruch darauf haben, hier auch angemessen versorgt zu werden, können sich nicht an den Senat richten.

Der Senat hat sich schon an verschiedenen Stellen dieses Problems angenommen und zuletzt in der Konferenz der Integrationsminister mit den Stimmen Bremens die Bundesregierung aufgefordert, hier auf der gesetzlichen Ebene tätig zu werden und zu sagen, es müssten die formalen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, um eine verbesserte Zulassung für dieses Berufsfeld zu schaffen. Zur kurzen Erläuterung: Die Zulassung erfolgt durch die Kassenärztlichen Vereinigungen, das heißt, im Rahmen der Selbstverwaltung. Der staatlich gesetzte Rahmen sieht eine Berücksichtigung der hier vorgetragenen Problemlagen überhaupt nicht vor, das muss und soll geändert werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Das ist aber nur die eine Ebene, und der Senat wird sich dafür einsetzen, dass das passiert.

Die zweite Ebene ist das, was auf Landesebene passieren kann. Auch hier liegt es natürlich in der Kompetenz der Selbstverwaltung, die Zulassungen zu generieren und zuzulassen. Auch dort gibt es aber einen kleinen Wermutstropfen bei den Bemühungen,

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) die wir natürlich auch in Gesprächen mit der Selbstverwaltung unterstützen werden. Es gibt nicht genügend Menschen, die diese Funktionen so ausüben können. In der Psychotherapeutenkammer Bremen haben sich zwei Bewerber mit ausländischem Hintergrund - davon ist einer sogar deutschsprachig, weil er aus Österreich kommt - beworben und sind zugelassen worden, aber das Potenzial scheint im Moment nicht vorhanden zu sein. Deshalb glaube ich, wird es nützlich sein, sich auch auf die Gewinnung von Bewerbern zu konzentrieren. Dies könnte insbesondere aus der zweiten und dritten Generation von Migrantinnen und Migranten passieren, denn sie bringen möglicherweise die Sensibilität für die Kultur und die erforderlichen Sprachkompetenzen mit.

Ansonsten, glaube ich, ist in der Analyse sehr deutlich geworden, wie ernst man dieses Problem nehmen muss. Der Senat wird seine Anstrengungen fortsetzen, es zu lösen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Vizepräsidentin Schön:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(B) Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 18/865 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und Abg. Dr. Korol [fraktionslos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und Abg. Timke [BIW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

## Fit für die Vergabe

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 16. April 2013 (Drucksache 18/868)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Günthner.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete

Abg. **Saxe** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Titel des Antrags ist zwar recht einfach, "Fit für die Vergabe", aber Sie wissen alle, das Vergaberecht ist eine relativ sperrige Angelegenheit, trotzdem ist es aber sehr wichtig, gerade auch für das Handwerk und die regionale Wirtschaft. Es ist so, dass die öffentliche Vergabe von Dienstleistungen oder auch gerade von Bauleistungen ein ganz zentraler Bereich bei der Erlangung von Aufträgen ist.

Wir haben uns ja schon in mehreren Anträgen wir hatten auch in der letzten Sitzung der Bürgerschaft das Thema auf der Tagesordnung – und Initiativen mit diesem Thema befasst, weil es so wichtig ist und auch, denke ich, ein bisschen vereinfacht werden kann. Wir haben gemeinsam mit der SPD am 20. Dezember 2012 eine Anhörung zum Thema Vergabe öffentlicher Aufträge durchgeführt, das sollten wir viel öfter machen. Es war eine sehr gute Veranstaltung, bei der, denke ich, sehr viele Ergebnisse erzielt wurden, zum Beispiel findet gerade das Handwerk, dass das Verfahren ein bisschen kompliziert ist. Wir haben festgestellt, dass sich circa 60 Dienststellen mit der Vergabe öffentlicher Aufträge im Land Bremen beschäftigen und dabei auch mit ganz unterschiedlichen Modalitäten und Formalien arbeiten. Das ist sehr kritisiert worden und soll auch dazu geführt haben, dass gerade viele bremische Betriebe sich an diesen öffentlichen Vergaben nicht mehr beteiligt haben, weil sie es einfach nicht mehr richtig verstanden haben und die Scheu davor immer größer wurde.

Wir haben dann deswegen bei der letzten Debatte den Weg eingeschlagen und die Ampel dafür auf Grün gestellt – und Sie wissen, ich kenne mich mit Ampeln aus! –, dass wir eine einheitliche Vergabestelle in Bremen brauchen.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Sie haben grün gesagt, es war aber gelb!)

Ich habe gesagt, wir haben den Weg frei gemacht, Herr Kastendiek, Sie müssen schon zuhören! Ich habe vom Weg gesprochen!

(Abg. Hinners [CDU]: Sie haben gesagt, ich kenne mich mit Ampeln aus!)

Das habe ich auch gesagt, das stimmt!

(Heiterkeit)

Auch mit roten Ampeln kenne ich mich aus! Wir haben dann gesagt, dass wir solch eine einheitliche Vergabestelle auf den Weg bringen wollen – ich wiederhole das noch einmal für Sie, Herr Kastendiek! –, weil es bei der Vergabe öffentlicher Aufträge viel zu viele Verantwortlichkeiten gibt.

(D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Bei dieser Veranstaltung am 20. Dezember hat sich aber noch ein bissen mehr herauskristallisiert! Wir befinden uns in Bremen etwa seit März auf dem Weg wieder eine Ampel, die auf Grün steht! –, die elektronische Vergabe in Bremen einzuführen. Das ist rationell, das ist auch gut, aber wir haben erlebt, dass es gerade beim Handwerk, gerade bei kleineren Betrieben, eine große Scheu davor gibt. Ich würde fast sagen, dort gibt es eine große Barriere, die es gilt, aus dem Weg zu räumen, und zwar nicht im Sinne eines Protektionismus, sondern in dem Sinne, dass man örtliche Betriebe ermuntert, sich an der Vergabe öffentlicher Aufträge zu beteiligen. Wir haben in Gesprächen mit der Kreishandwerkerschaft immer wieder erfahren, dass diese Betriebe sich dabei ein bisschen zurückhalten, weil das Verfahren zu kompliziert ist und die Barrieren zu hoch sind.

> Deswegen haben wir den Antrag hier auf den Weg gebracht, die elektronische Vergabe von Bauleistungen einzuführen. Wir haben mitbekommen, dass viele Angst davor haben, aber wir wollen die Ängste dabei sehr klein halten. Deswegen schlagen wir vor, dass der Senat prüfen möge, in welcher Weise kleine und mittelständische Bau- und Handwerksbetriebe im Land Bremen und der Region in der sogenannten elektronischen Vergabe geschult und unterstützt werden können. Es gibt dafür ein gutes Beispiel in Reutlingen, wo man sich auf den Weg gemacht hat und verschiedene Sachen anbietet. Dabei muss man, denke ich, auch mit der Handwerkskammer zusammenarbeiten, um eine vernünftige Lösung zu finden. Das war ein großer Wunsch der Betroffenen, das haben wir uns angehört und ihnen zugehört, und wir haben deswegen diese Initiative hier auf den Weg gebracht.

(B)

Der zweite Punkt in dem Antrag ist, glaube ich, schon ein bisschen heikler, er betrifft die Ortstermine. Es ist völlig klar, wenn Bauleistungen vergeben werden, dann kann es problematisch sein, wenn jemand die Baustelle gar nicht oder vielleicht nur über Google Earth kennt, das könnte dann ein bisschen zu wenig sein. Es wurde vorgeschlagen, ob es nicht Sinn macht, gerade bei komplizierten Verfahren und Baustellen Ortstermine vorzusehen. Wir sehen das ein bisschen kritisch, weil es sein kann, dass es dort rechtliche Bedenken aus Gründen des freien Wettbewerbs geben kann. Wir finden es trotzdem vernünftig zu prüfen, auch im Sinne von vernünftigen Verfahren, die es dann geben wird, Ortstermine einzuführen. Vielleicht muss es diese nicht flächendeckend geben, aber vor allen Dingen bei Baustellen, bei denen es komplizierter ist, könnten sie Sinn machen.

Dies wäre ein weiterer kleiner Baustein, den wir hier versuchen, auf den Weg zu bringen, nämlich die Vergabe zu erleichtern und auch dafür zu sorgen, dass immer mehr Betriebe aus unserer Region Interesse daran haben, sich an der Vergabe zu beteiligen, das nützt auch dem Wirtschaftsstandort Bremen. – Danke schön! (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Kastendiek [CDU]: Warum haben Sie nichts zum Antrag gesagt?)

**Vizepräsidentin Schön:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kottisch.

Abg. Kottisch (SPD)\*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Saxe hat es angesprochen, es geht hier um einen Antrag, der im Zusammenhang mit einer Vielzahl von Anträgen steht, mit denen wir die Bedingungen für kleine und mittlere Betriebe, insbesondere aber auch für das Handwerk hier in Bremen, verbessern wollen.

Einige dieser Anträge befassen sich mit der Situation, in der der Staat, also die öffentliche Hand, als großer Auftraggeber auftritt, und zuletzt haben wir hier vor einem Monat das Thema zentrale Vergabestelle diskutiert, das in meinen Augen ein sehr weitreichendes Thema ist. Nachdem wir es hier debattiert hatten, bin ich im Übrigen von diversen Beschäftigten aus der Verwaltung angesprochen worden, die dem anfangs sehr kritisch gegenüberstanden. Ich habe noch einmal deutlich gemacht, dass es uns hier nicht darum geht, alles zu zentralisieren, sondern es geht uns darum, ein gesundes Verhältnis zwischen Zentralität in Bezug auf die Verfahren auf der einen Seite und Dezentralität in Bezug auf Entscheidungskompetenzen, aber auch Auswahl von Anbietern und Gestaltung der Inhalte auf der anderen Seite zu erlangen.

## (Beifall bei der SPD)

Das hat ihnen im Übrigen dann auch eingeleuchtet. Ich habe dann in der Tat die Gespräche positiv abschließen können und habe dann gehört, dass das Sinn macht, dass man es so tatsächlich machen kann, also auch die Kritiker der Zentralität können hierauf einsteigen.

Heute geht es nicht um dieses Thema, sondern zum einen darum, den Senat darum zu bitten zu überprüfen, inwieweit wir die Unternehmen noch einmal dabei unterstützen können, elektronische Verfahren auch zu nutzen. Wir möchten, dass die Kosten bei den Unternehmen für eine Teilnahme an diesen Ausschreibungen deutlich gesenkt werden können, das ist das Ansinnen dieses Antrags.

### (Beifall bei der SPD)

Zum anderen möchten wir geprüft wissen – und das ist juristisch nicht so ganz einfach, das ist uns im Rahmen dieser von Herrn Saxe angesprochenen Anhörung auch aufgezeigt worden –, ob überhaupt ein Ortstermin stattfinden darf, und wenn ja, unter wel-

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) chen Bedingungen, denn es ist für ein Unternehmen ein Unterschied, daran teilnehmen zu können, wenn es hier vor Ort ansässig ist oder in München. Insofern bitten wir den Senat zu prüfen, unter welchen Bedingungen es möglich ist, diese Ortstermine stattfinden zu lassen.

Wir meinen, dass es der Qualität einer Ausschreibung keinen Abbruch tut, wenn man sich die Angelegenheit vor Ort anschaut, und deswegen plädieren wir grundsätzlich dafür, dass ein Ortstermin stattfindet, aber er muss dann auch juristisch einwandfrei organisiert sein. Auch das ist im Übrigen ein Thema, das sich mit einer zentralen Vergabestelle sehr viel leichter organisieren ließe, wenn es sie gäbe, denn dabei geht es auch um das Verfahren.

Wir möchten, dass Vergaben künftig vermehrt elektronisch durchgeführt werden, weil sie die Kosten bei der öffentlichen Hand reduzieren, aber sie vermindern auch die Kosten bei den Betrieben und erhöhen die Transparenz eindeutig, und darum ist auch der Rechnungshof in diesem Punkt auf unserer Seite. Sie erleichtern im Übrigen auch die Historisierung und haben weitere Vorteile, denn wenn man nach einigen Jahren noch einmal nachvollziehen möchte, was da eigentlich gelaufen ist, dann kann man, wenn es elektronisch aufbereitet ist, relativ einfach per Knopfdruck nachvollziehen, wie die Preise waren und so weiter.

Wir wollen aber auch das Potenzial der regionalen Wirtschaft nutzen, und möchten – Herr Saxe hat darauf hingewiesen – die Barrieren bei der Ausgestaltung dieser elektronischen Verfahren so niedrig wie möglich halten. Insofern bitten wir mit diesem Antrag einmal mehr – und das ist uns auch wichtig –, den Senat darum zu prüfen, wie Betriebe dabei unterstützt werden können, diese Verfahren zu nutzen, zum Beispiel durch Schulungen oder sonstige Unterstützung. Der Senat kann hier auch kreativ sein und sich überlegen, was man tun kann. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Vizepräsidentin Schön:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)\*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben an dieser Stelle diesen Themenkomplex schon einmal diskutiert, und grundsätzlich haben wir vor Kurzem auch die Fragen gestellt, ob es elektronische Ausschreibungen oder eine zentrale Vergabestelle für Vergaben geben sollte oder nicht. Ich hatte zu dem Zeitpunkt auch schon meine persönlichen Erfahrungen mit bestimmten Formen von Ausschreibungen dargestellt.

Es ist so, dass man Ausschreibungsverfahren so organisieren kann, dass man bestimmte Betriebsgrößen oder bestimmte regionale Besonderheiten einfach ausgrenzt, indem man dort Dinge hineinschreibt, die andere nicht verstehen oder indem man die Losgrößen so gestaltet, dass es sich für kleine Unternehmen nicht lohnt. In der Tat ist es eine sehr interessante Frage, inwieweit man die Schwelle für kleine und mittelständische Betriebe erhöht, wenn man eine elektronische Vergabe einführt.

Mir gibt es ein bisschen zu denken, dass kleine und mittlere Betriebe in der sogenannten elektronischen Vergabe geschult und unterstützt werden müssen. Das lässt bei mir Zweifel an der Qualität der Software aufkommen, mit der man die elektronische Vergabe durchführt. Wenn man früher die Ausschreibung in Papierform erhalten, sein Angebot kalkuliert, die Zahlen zusammengerechnet, sie in irgendeiner Weise zu Papier gebracht und an die ausschreibende Stelle geschickt hat, dann ist man mit dem grundsätzlichen Verfahren einer Ausschreibung so vertraut, dass dies nicht die Hürde ist, also ist sozusagen der Bildschirm die Hürde.

Meine Frage ist: Wie ist die Softwareschnittstelle gestaltet, dass es jetzt einer Schulung bedarf? Möglicherweise gibt es dort auch noch Optimierungsbedarf, und ich rege an, dass man noch einmal überprüft, ob man mit der Schnittstelle zu den Handwerkerinnen und Handwerkern eine Hürde geschaffen hat, die man in dieser Weise gar nicht braucht. Die Tätigkeit als solche ist dieselbe, ob man sie nun auf dem Papier oder am Bildschirm macht.

Meine Anforderung an eine solche Software ist, dass sie in einem hohen Maß intuitiv bedient werden kann, sodass Einweisungen oder Schulungen nur in einem sehr geringen Umfang notwendig wären. Auch dort gibt es also Optimierungsbedarf. Wenn es aufgrund der Qualität der Software schwieriger ist, dann muss man natürlich Möglichkeiten schaffen, um die Handwerks- und Baubetriebe zu schulen. Ich denke, dass die Betriebe nicht dafür zahlen sollten, sondern dass ihnen diese Schulung kostenlos zur Verfügung gestellt werden sollte, denn schließlich haben wir alle etwas davon.

Die Frage ist, ob man Ausschreibungen so gestalten kann, dass regionale, kleine und mittelständische Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil haben. Ich sage, ja, sie haben ohnehin den Wettbewerbsvorteil der kurzen Anfahrt. Ein Unternehmen aus München, das mit zehn Mitarbeitern für vier Wochen nach Bremen kommt, müsste automatisch teurer sein, weil es sie unterbringen und hin- und herfahren muss. Wenn ein solches Unternehmen eine Anlage günstiger anbieten kann, dann geht das oftmals zulasten der Löhne oder der Qualität des gelieferten Produkts. Das muss nicht so sein, aber es kann sein, und wenn dieses Unternehmen dann nicht aus München oder Stuttgart, sondern aus Lissabon kommt, dann stellt sich diese Frage erst recht.

(D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Ich halte es für zulässig, dass wir aus unterschiedlichen Gründen insbesondere für Unternehmen aus der Region die Kriterien so niedrig wie möglich festlegen, damit sie ihren Wettbewerbsvorteil der Nähe auch ausnutzen können. Das hat meines Erachtens im Übrigen auch Einfluss auf die Frage, ob die Unternehmen den Mindestlohn bezahlen und ihre Mitarbeiter ordentlich behandeln, denn die Unternehmen aus der Region können sich nicht hinter der Entfernung verstecken, sondern sie sind hier bekannt. Jemand, vielleicht sogar die ausschreibende Stelle, kennt sie und kann sagen, ob sie in Ordnung oder suspekt sind, und deshalb gibt es auch in dieser Richtung meines Erachtens Vorteile.

Es gibt auch Vorteile bei der Abarbeitung. Wenn sich im Nachhinein ein versteckter Mangel herausstellt, dann braucht jemand aus München normalerweise einen halben bis einen ganzen Tag, bis er hier ist, und damit ist ein riesiger Aufwand verbunden, jemand von einem Unternehmen aus der Region kann einfach vorbeikommen und den Mangel beheben. Regionale Wirtschaftskreisläufe in dieser Weise zu fördern, hat eine ganze Reihe praktischer Vorteile, und ich kann es nur begrüßen, dies als Ansatz zu nehmen.

Letztendlich kann ich es ebenfalls nur begrüßen, dass man Ortstermine einführt. Ausschreibungen für Bleistifte, Kugelschreiber, Toilettenpapier oder Ähnliches kann man möglichweise ohne Ortstermin durchführen, weil jeder weiß, wie der Arbeitsplatz aussieht, an dem man sie benutzt. Wenn man aber eine Bauleistung ausschreibt, dann ist es meines Erachtens obligatorisch, zumindest einmal dorthin zu gehen und sich anzuschauen, wo eigentlich gebaut werden soll, wie die Straßenanbindung, die Energieversorgung und die normale Wetterlage in der Jahreszeit ist und so weiter.

(B)

Das alles sind Dinge, die meines Erachtens auch bei der Preisfindung beurteilt werden müssen und Auswirkungen auf die Abwicklung haben. Bei Bauleistungen, für die ich Angebote abgebe, geht es gar nicht anders, als einmal dorthin zu gehen und zu schauen, wo ich dort eigentlich etwas bauen muss. Ansonsten bekomme ich den Auftrag ohnehin nicht, weil es dann heißt, ich wolle den Auftrag gar nicht und würde mich nicht damit beschäftigen.

Vielleicht ist es kein rechtliches Problem – das müsste man prüfen –, aber andersherum finde ich, dass wir dafür sorgen müssen, dass selbst ein Unternehmen aus München, das hier arbeiten will, einmal hier gewesen sein und sich vorgestellt haben muss, um sich an der Ausschreibung beteiligen zu dürfen. Das ist meine Ansicht, und deswegen ist der Ansatz, Ortstermine eher obligatorisch als obsolet zu machen, völlig richtig.

Wir werden diesen Antrag ebenso wie den vorangegangenen unterstützen und schauen, was am Ende dabei herauskommt. Schauen wir einmal, ob es ir-

gendetwas nützt! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Schön:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU)\*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erst einmal muss ich Herrn Rupp mein Kompliment aussprechen. Ich finde es schon bemerkenswert, mit welcher Bandbreite Sie in der Lage sind, hier in den Debatten entsprechende Beiträge zu leisten. Wenn das von allen immer in dieser Bandbreite abgearbeitet werden könnte: Respekt an der Stelle!

(Beifall bei der CDU und bei der LINKEN)

Es zeigt aber natürlich auch, dass wir es hier mit komplexen und zum Teil auch komplizierten Verfahren zu tun haben. Es ist bedauerlich, dass einige dann doch – und davon nehme ich Sie ausdrücklich aus, Herr Rupp! – wie Blinde von der Farbe reden, wenn sie das Postulat nach ganz oben heben, dass das, was wir hier fordern, letztendlich nur dazu dienen würde, den Kleinstunternehmen und den kleinen und mittelständischen Handwerksunternehmen die Teilnahme an öffentlichen Vergaben zu erleichtern. Das ist nicht so!

Herr Kottisch hat es angesprochen, Fakt ist, dass es für die elektronische Vergabe gesetzlich festgelegte Schnittstellen gibt. Es gibt einen Gemeinsamen Ausschuss Elektronik und Bauwesen, GAEB, es gibt die Schnittstellen D 84, D 83 und D 81 – Herr Kottisch, Ihnen muss ich nicht erzählen, wie das funktioniert, widersprechen Sie mir, wenn ich etwas Falsches sage! –, dort ist das alles geregelt. Dies aber über Portale einfließen zu lassen, hat nur einen Vorteil, und zwar für die öffentliche Verwaltung, weil sie sich damit die Eingabe von zuvor auf Papier eingereichten Angeboten erspart und damit letztendlich einen Arbeitsschritt.

Wenn es Ihnen, liebe Freunde und Kollegen von der Regierungskoalition, wirklich darum ginge, Hürden abzubauen und Verfahren zu vereinfachen, dann müssten Sie dort ganz anders herangehen und Bürokratie abbauen! Wenn Sie auch für kleine Angebote im Umfang von 5 000 oder 10 000 Euro die elektronische Vergabe zwingend voraussetzen, dann brauchen die Unternehmen eine spezielle Software, die nicht sehr günstig ist, um überhaupt auf elektronischer Basis kalkulieren zu können. Sie werden das Kind mit dem Bade ausschütten, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Bauen Sie Bürokratie in den Vergabeverfahren ab, senken Sie zum Teil auch Schwellenwerte! Ich sage

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Ihnen, Sie können alles rosarot ausmalen, aber wenn es für Ausschreibungen im Umfang von 10 000 Euro von Immobilien Bremen – und die gibt es häufig – grundsätzlich öffentliche Ausschreibungen gibt und sich 20 Firmen daran beteiligen, dann besteht die Gefahr, dass ein Handwerksbetrieb aus Bremen sagt, da mache ich nicht mit, denn der Aufwand für die massenhafte Bearbeitung solcher Angebote steht in keinem Verhältnis zu den Erfolgschancen, von öffentlichen Stellen hier in Bremen einen Auftrag zu bekommen.

Ich darf an die Diskussion von vor eineinhalb Jahren erinnern, als wir von der CDU-Fraktion deutlich gesagt haben: Senken Sie die Vergabegrenzwerte für öffentliche und nicht öffentliche Verfahren – natürlich immer unter Wettbewerbsgesichtspunkten, das ist vollkommen klar! –, damit auch vermehrt Aufträge in dieser Größenordnung in der Bremer Region bleiben! Das ist ein ganz entscheidender Faktor, und dann kann man sich über alle anderen Aspekte des öffentlichen Vergabewesens noch sehr intensiv unterhalten, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war der erste Punkt.

## (Beifall bei der CDU)

Der zweite Punkt ist – das sage ich hier ganz offen –, dass wir Ihr politisches Schauspiel hier heute nicht mitmachen. Wir haben es beim letzten Mal schon erlebt, wenn Sie mit der Arbeit des Senats und der Verwaltung unzufrieden sind, dann sagen Sie es hier bitte auch, aber kommen Sie nicht immer wieder mit irgendwelchen Prüfaufträgen, Herr Saxe! Sagen Sie, was Sie wollen, formulieren Sie es nicht in Prüfaufträgen, sondern sagen Sie ganz konkret, was Sie erstens, zweitens und drittens wollen!

Wir kennen das politische Geschäft ausreichend. Ihnen geht es nur um die Artikel in der "Deutschen-HandwerksZeitung". Beim letzten Mal war Herr Kottisch an der Reihe, beim nächsten Mal sind Sie an der Reihe. Herr Saxe, ich wünsche Ihnen ein schönes Foto, auf dem Sie schön grinsen. Wenn es Ihnen aber wirklich darum geht, etwas für die Unternehmen zu erreichen, dann schreiben Sie es konkret in die Anträge hinein, aber kommen Sie nicht mit Prüfaufträgen. Das ist nun wirklich die schwächste Form für Regierungsfraktionen, den Senat aufzufordern, etwas zu tun.

### (Beifall bei der CDU)

Es ist durchsichtig, wie Sie es hier praktizieren. Sie sollten sich schon mehr Mühe geben, um es wirklich authentisch und glaubwürdig zu machen, dass es Ihnen hier um die Sache geht. Es geht Ihnen nicht um die Sache – das ist die Wahrheit –, denn ansonsten würden Sie es konkreter formulieren.

Wenn es wirklich ernsthaft so gemeint ist, dann sind wir in der Zielsetzung Schulter an Schulter, wenn es darum geht, die Vergabeverfahren für Handwerksbetriebe in der Region zu vereinfachen. Weniger Bürokratie ist ein ganz entscheidender Punkt. Wenn es darum geht, die Aufträge, die mit bremischen Steuergeldern finanziert werden, auch in der Region zu belassen, dann werden Sie bitte konkret.

Wir werden uns bei Ihrem Antrag enthalten, obwohl es von der Grundintention natürlich richtig wäre, ihn zu unterstützen, aber es ist vordergründig, was Sie hier an dieser Stelle machen. Es geht Ihnen um ein politisches Schauspiel. Werden Sie konkret, aber nicht so, wie Sie es bei den letzten Malen hier praktiziert haben! – Herzlichen Dank!

## (Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Schön:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Günthner.

Senator Günthner\*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank für diese engagierte Debatte! Auch unser Interesse ist es, Unternehmen fit für die Vergabe zu machen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass es bei der komplexen Materie, in der wir uns befinden und die hier von beiden Seiten in, wie ich finde, etwas einfacher Form dargestellt worden ist, enorme organisatorische und rechtliche Hürden für Unternehmen gibt, sich zu bewerben. Das ist so.

Ich will ein Stichwort in den Raum werfen, das heute noch gar nicht gefallen ist, das aber auch in diesem Hause an vielen Stellen diskutiert worden ist, das sind die Antikorruptionsrichtlinien, die wir im Bereich der Auftragsvergabe haben, sie spielen hier ebenfalls mit hinein. Deswegen ist die elektronische Vergabe ein guter Weg, um unsere diesbezüglichen Ziele auch erreichen zu können.

Es ist darauf hingewiesen worden, dass wenige Aufträge in der Region blieben. Nach unserem Eindruck ist das eine subjektive Wahrnehmung. Die Bauaufträge, die uns im Rahmen der Sonderkommission "Mindestlohn" gemeldet werden, deuten darauf hin, dass über die Hälfte der Aufträge, die vergeben werden, in der Region bleibt, und man kann ebenfalls davon ausgehen, dass ein großer Teil dieser Aufträge dann auch an kleine und mittlere Unternehmen vergeben wird.

Trotzdem ist es unser Interesse, Hürden abzubauen und für kleine und mittlere Unternehmen eine Erleichterung für die Teilnahme an Ausschreibungen zu erreichen. Deswegen hat der Kollege des Ressorts für Umwelt, Bau und Verkehr Informationsveranstaltungen von seiner Behörde durchführen lassen, die allerdings auf geringe Resonanz – und das wäre höflich ausgedrückt! – gestoßen sind. Man muss also auch darüber reden, wie die Informationen zur Erleichterung von Auftragsvergaben und der Möglichkeiten

(D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) der elektronischen Vergabeplattform entsprechend an die Handwerkerin und an den Handwerker gebracht werden kann. Deshalb ist unsere Auffassung, das deckt sich auch mit den Vorschlägen der Koalitionsfraktionen, dass wir verstärkt auf elektronische Lerneinheiten setzen, mit denen das Ausschreibungsverfahren deutlich gemacht wird, sodass die empfundenen Hürden – es wurde soeben in der Debatte gesagt, dass vielleicht der Bildschirm die Hürde sei – auf der Vergabeplattform www.vergabe.bremen.de möglichst bald beseitigt sind.

Wir sind der festen Überzeugung, dass wir weiter eng mit den Kammern zusammenarbeiten müssen, weil sie in vielen Fällen auch den Unternehmen beratend zur Seite stehen. Deswegen müssen wir auch bei der Unterstützung vonseiten der Kammern, die es für kleine und mittlere Unternehmen gibt, darauf hinweisen, welche Möglichkeiten es mit der elektronischen Bewerbung gibt.

Allerdings will ich auf eines hinweisen: Herr Rupp hat soeben gesagt, man müsse sich die Situation vor Ort anschauen. Wenn Sie sich allein mit der Frage der Ortsbesichtigung beschäftigen, dann darf derjenige, der für die Vergabe zuständig und fachlich am besten informiert ist, nicht gleichzeitig die Ortsbesichtigung durchführen, weil das nach unserer Antikorruptionsrichtlinie getrennt werden muss.

Nach der Antikorruptionsrichtlinie darf man zudem keine Sammelbegehungen machen, weil es sich um einen geheimen Wettbewerb handelt. Man darf also nicht in die Situation geraten, dass sich 20 Personen an demselben Tag das Objekt anschauen und sagen: Ach, Sie sind ja auch mit dabei, das wusste ich gar nicht! Dabei wollten wir doch nicht im gegnerischen Revier "wildern"! Bei Ortsterminen für Einzelne – auch das ist uns bekannt – müssen Fragen, die dort gestellt und beantwortet werden, im Sinne der Gleichbehandlung auch den anderen Bewerberinnen und Bewerbern zur Verfügung gestellt und zur Kenntnis gebracht werden.

(B)

Es ist ein bisschen komplexer, Herr Rupp, als zu sagen, es sei wichtig, man müsse es machen, und es solle sichergestellt werden. Es gibt eine ganze Reihe von Fragen, die damit im Zusammenhang stehen, sowie Antikorruptionsvorschriften und Grundsätze des Vergaberechts, die dort beachtet werden müssen, weil wir uns hier auf rechtlich durchaus vermintem Gelände befinden.

Insofern bin ich den Koalitionären für den Auftrag ausgesprochen dankbar, weil ich glaube, dass wir mit der elektronischen Vergabeplattform eine gute Möglichkeit für Unternehmen geschaffen haben, sich hier niedrigschwellig um Aufträge zu bewerben. Dass wir das noch verbessern können, ist, wie bei jedem Instrument, mit dem wir neu beginnen, sicher der Fall, also es gilt, Hürden abzubauen und dafür zu sorgen, dass sich möglichst viele Unternehmen daran beteiligen können.

Gleichzeitig, und deswegen habe ich auch so ausdrücklich darauf hingewiesen, gilt es aber eben auch, nicht den Eindruck zu erwecken, man könne das, was in der einen oder anderen politischen Sonntagsrede immer gefordert wird – nämlich alles niedrigschwellig und möglichst alles in der Region zu belassen –, so einfach umsetzen. Dem sind klare rechtliche Grenzen gesetzt, und darauf möchte ich an dieser Stelle auch hinweisen.

Trotzdem bleibt es dabei, dass wir hier gemeinschaftlich noch sehr viel für kleine und mittlere Unternehmen tun können. Insofern bedanke ich mich bei der Koalition für diesen Antrag! – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Schön:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 18/868 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und Abg. Dr. Korol [fraktionslos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. Timke [BIW])

Stimmenthaltungen?

(CDU)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

### Bienenfreundliches Bremen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 17. April 2013 (Drucksache 18/869)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wer von Ihnen den Film "More than Honey" im Kino gesehen hat, er lief ja vor Kur-

(A) zem in Bremen in mehreren Kinos. Dort wurde mit ziemlich eindrucksvollen Bildern gezeigt, was passiert, wenn Bienen als wichtigste Bestäuberinsekten ausgestorben sind. Es wurde ein Filmausschnitt aus China gezeigt, wo Menschen im Süden die Blüten von Apfelbäumen abgeschnitten und die Pollen in Papiertüten verpackt haben, sie in nördlichere Regionen versendet haben, wo sehr viele Menschen die Bäume dann – man kann sich hier, glaube ich, nicht vorstellen, dass das per Hand gemacht wird – mit Pinseln Blüte für Blüte, Baum für Baum per Hand bestäubt haben. Für mich war das in dem Film ein wahres Horrorszenario, leider ein sehr reales Beispiel.

Der Erhalt der Artenvielfalt und ein Großteil der wichtigsten Nahrungspflanzen sind von Bestäubern wie den bundesweit 565 Wildbienenarten sowie der Honigbiene abhängig. Das United Nations Environment Programme, das ist eine Unterorganisation der Vereinten Nationen, geht in einem Bericht aus dem Jahr 2010 davon aus, dass die Honigbienen für ungefähr 80 Prozent der Nahrungsmittelproduktion der Welt verantwortlich sind, und die Universität Hohenheim schätzt, dass der ökonomische Wert der Bestäuberleistung allein in Deutschland bei rund 2,5 Milliarden Euro pro Jahr liegt. Die Biene ist damit eines der wichtigsten Nutztiere, ihr Fortbestand ist für unsere Ernährung und den Erhalt der biologischen Vielfalt unverzichtbar.

## (B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Warum jetzt dieser Antrag? Weltweit kommt es in den letzten Jahren vermehrt zu einem alarmierenden Bienensterben, die Ursachen hierfür sind vielfältig. Es gibt Veränderungen in der Landwirtschaft, immer weniger artenreiche Naturwiesen, einen starken Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden und vor allen Dingen auch den Anbau von Monokulturen, die zu einem Mangel an Blütenpollen geführt haben. Dieser Mangel hat nach einem Bericht des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit von 2005 dazu geführt, dass in den Jahren 2002 und 2003 in Deutschland ein großes Honigbienensterben stattgefunden hat, und auch in Bremen ist dies festzustellen.

In Norddeutschland gibt es schon lange Wanderimker, die ihre Bienenstöcke von Ort zu Ort fahren müssen, um den Bienen genug Nahrung anbieten zu können, denn auch hier in Norddeutschland bieten die blütenarmen Monokulturen den Bienen einfach nicht mehr genug Nahrung. Ab Juni ist auf dem Land nichts mehr zu holen, in den Städten hingegen finden Bienen über einen viel längeren Zeitraum hinweg eine große Auswahl an Nektarquellen. Insofern gelten inzwischen Großstädte schon als reine Bienenparadiese – Herr Rupp, diesen Satz habe ich jetzt Wikipedia entnommen –, und ob nun New York, Paris, Berlin oder Stuttgart, Bienen erobern die Großstädte und

sammeln dort das Material für ihren Honig. Das Ganze hat auch einen Namen: Urban Imkering, städtische Imkerei. Ich finde, Bremen muss seinen Beitrag zum Schutz der Bienenvölker auch leisten.

### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir sind in der Hinsicht eigentlich schon relativ gut. Es gibt Projekte wie "Bremen blüht auf", aber natürlich können wir auch in Bremen noch mehr tun. Wir Grünen wollen, dass öffentliche Parks und Flächen fortan wesentlich artenreicher gestaltet werden, und auch bei geförderten Gewerbeansiedlungen soll auf eine bienenfreundliche Bepflanzung hingewirkt werden: also nicht Kirschlorbeer, sondern bitte bienenfreundliche Pflanzen! Wir wollen auf öffentlichen Flächen zudem das Aufstellen von Bienenstöcken ermöglichen, um auf die enorme ökologische und ökonomische Bedeutung der Biene aufmerksam zu machen, und wir hoffen natürlich auch, dass jeder Hobbygärtner dadurch ermuntert wird, Gärten und Balkone bienenfreundlicher zu bepflanzen.

Neben den Maßnahmen vor Ort sieht der Antrag aber vor allen Dingen auch vor, dass sich der Senat auf Bundesebene unter anderem entschieden für eine deutliche Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln und insbesondere für das Verbot aller bienenschädlichen Neonikotinoide einsetzt, das wurde gerade auch auf EU-Ebene diskutiert. Ferner soll Bremen Initiativen unterstützen, die Monokulturen deutlich verringern.

Wir wollen – ich weiß, dass Herr Imhoff dazu eine andere Meinung hat – die extensive und gentechnikfreie Landwirtschaft in Bremen erhalten,

## (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

weil sie für das Überleben der Bienenzuchtvereine Grundvoraussetzung ist. Deshalb setzen wir uns übrigens auch dafür ein, dass auf bremischem Gebiet möglichst keine Biogasanlagen gebaut werden, die mit Monokulturpflanzen wie Mais betrieben werden.

### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Gleichzeitig fordern wir die Unterstützung von Initiativen gegen die Massentierhaltung, um eine Ausdehnung eben dieser Monokulturen auch zu verhindern

Ein weiteres großes Problem ist der Befall von Bienen mit der Varroamilbe, die zum Tod ganzer Bienenvölker führt. Dies ist auch hier in Bremen ein Problem, und daher wollen wir, dass geprüft wird, wie die Imkervereine im Land Bremen aktiv bei der Varroabekämpfung unterstützt werden können.

(D)

(A) Ich bin überzeugt davon, je mehr Menschen wirklich verstehen, wie wichtig der Schutz der Bienen, auch der Wildbienen ist und dass wir alle davon profitieren, desto eher unterstützen sie auch die bienenfreundlichen Maßnahmen, verzichten auf Pestizide im Garten und pflanzen insektenfreundliche Pflanzen an. Deshalb ist für uns die Umweltbildung auch ein wichtiges Anliegen. Im Rahmen der Umweltbildung wollen wir daher gern die Imkerei und Maßnahmen zum Schutz von Wildbienen in der Umweltbildung weiter ausbauen, zum Beispiel auch an Schulen, in Kindertageseinrichtungen oder durch Errichtung eines Bienenlehrstands.

Radio Bremen hat vor längerer Zeit in einem Bericht Bremen einmal als heimliche Honighauptstadt gekürt. Diesen Titel möchten wir gern behalten, und deshalb bitte ich Sie: Unterstützen Sie diesen Antrag! – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Schön:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abg. Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man einmal beginnt, sich mit dem Thema Bienen zu befassen, dann wird man feststellen, dass es ein doppelt faszinierendes Thema ist, zum einen, weil die Bienen zu den wenigen Insektenarten gehören, die zu den eusozialen Insekten zählen, von denen wir nicht viele haben, den staatenbildenden, den soziale Organismen bildenden. Dies ist vor allem evolutionsbiologisch eine interessante Angelegenheit, auch wenn man einmal die Entwicklung der Menschheit zu einem sozialen Wesen verfolgt.

(B)

(Abg. Frau N e u m e y e r [CDU]: Die Ökologiestation in Bremen-Nord!)

Das ist die Ökologiestation in Bremen-Nord!

Zum anderen ist es aber gerade die Bedeutung als Nutztier. Frau Dr. Schaefer hat es schon angedeutet, Schätzungen gehen davon aus, dass die Biene nach dem Rind, dem Schwein, vielleicht auch nach dem Huhn das viertwichtigste Nutztier ist. Wenn die Universität Hohenheim schätzt, dass sie für einen Wert von 2,5 Milliarden Euro zuständig ist, dann unterschätzt sie das bei Weitem, denn wenn es um 80 Prozent aller Nutzpflanzen in Deutschland geht, dann geht es um ein sehr viel größeres Maß an ökonomischer Bedeutung, die die Bienen hier auch in Deutschland, in Europa und auch in der ganzen Welt haben.

Umso bestürzender ist es in der Tat, dass man in den letzten Jahren sieht, dass wir ein Ausmaß eines Bienensterbens beobachten können, das es so früher nicht gegeben hat. Über den Winter hinweg waren 10 Prozent eigentlich normal, aber in den letzten Jahren hat es Sterbequoten, Vernichtungsquoten von 30 Prozent, lokal oftmals 50 Prozent und mehr gegeben. Das ist natürlich besorgniserregend, und die Schwierigkeit besteht darin, die Ursachen zu lokalisieren.

Es spricht einiges dafür, dass es möglicherweise unterschiedliche Ursachen für das Bienensterben gibt, die eine ist die genannte Varroamilbe, aber es sind auch Faktoren, die offensichtlich noch nicht abschließend erforscht sind. Ein großes Bienensterben beobachten wir insbesondere in Nordamerika. Dort ist die Westbiene aber eigentlich nie heimisch gewesen, sodass es dort natürlich auch Gegenreaktionen sein können. Wir haben die Entwicklung von Monokulturen, und wir haben vor allen Dingen – und das steht in den letzten Jahren besonders im Blickpunkt – die Entwicklung von neuen Beizmitteln für Pflanzen, die sogenannten Neonikotinoide, die seit Mitte der Achtzigerjahre entwickelt worden sind, die vor allem in Verdacht stehen, für das Bienensterben verantwortlich zu sein, weil sie den Orientierungssinn der Bienen zerstören.

Die Frage ist natürlich, was jetzt getan werden kann, Frau Dr. Schaefer hat dies im Wesentlichen angesprochen. Die Städte – wie auch Bremen – bieten von ihrer Artenvielfalt her eigentlich genügend Möglichkeiten, teilweise schon mehr als die Monokulturen, die es auf dem Land gibt, aber wir müssen es trotzdem aktiv unterstützen. Initiativen wie zum Beispiel "Bremen blüht auf" sind geeignet, dort etwas zu machen. Soweit ich informiert bin, wird man natürlich noch umfassendere Überlegungen anstellen und weitere Forschungen durchführen müssen, um sicherzustellen, dass nicht nur die Wildblumenwiese einmal im Jahr blüht, sondern dass man über sehr viel längere Zeiträume hinweg die bienenfreundlichen Möglichkeiten fördert. Das ist das eine.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Das andere ist natürlich das weitübergreifende Verbot der Neonikotinoide. Auch da kann man sagen, es ist sozusagen ein Zeichen, dass es jetzt vorangeht. Es haben sich 15 EU-Staaten dafür ausgesprochen, dass die Neonikotinoide verboten werden, darunter ist mittlerweile auch Deutschland, das dies schon einmal verhindert hat, aber jetzt ist es dabei. Nun liegt die Entscheidung bei der EU-Kommission, die das Verbot eigentlich mitträgt, in den nächsten Tagen wird es die Entscheidung geben. Es gibt umfassende Unterschriftensammlungen, die man unterstützen kann. Wir wollen hoffen, dass das nach vorn geht, und wir wollen dann auch sehen, dass wir hier in Bremen unsere Hausaufgaben machen! – Danke schön!

 $\begin{tabular}{ll} \textbf{Vizepräsidentin Schön:} & Als \, n \ddot{a} chster \, Redner \, hat \, das \\ Wort \, der \, Abgeordnete \, Rupp. \\ \end{tabular}$ 

(A) Abg. Rupp (DIE LINKE)\*): Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Titel des Antrags, "Bienenfreundliches Bremen", las, war ich geneigt, wie man vielleicht auch gehört hat, das Thema eher ein wenig komödiantisch anzugehen. Ich habe aber schnell gemerkt, dass es eben nicht angezeigt ist, dieses Thema einfach so nebenbei zu behandeln, vor allem deswegen nicht, weil man zunächst denkt, wenn es keine Bienen mehr gibt, dann gibt es eben keinen Honig mehr, das wäre zwar schade, aber dann esse ich eben Marmelade. Unglücklicherweise ist es aber nicht so.

Erlauben Sie mir einen kleinen Ausflug! Als ich sehr jung war, galten die Biene und die Blume immer als ein etwas unbeholfener Versuch, eine richtige Sexualaufklärung zu umgehen.

(Abg. I m h o f f [CDU]: Mit dem Umstäuben!)

Das Interessante an dem jetzigen Phänomen ist, dass zukünftige Generationen diesen Vergleich möglicherweise gar nicht mehr haben.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie lernen die das dann? – Heiterkeit)

Das ist eine andere Frage! Diese Form der Generationenbelastung überlasse ich dann den anderen. Vielleicht gibt es dann andere Möglichkeiten, das Thema zu umgehen, oder aber die Computer- und Internetwelt machen es ohnehin überflüssig. Davon abgesehen zeigt dies aber, dass es schon einmal Zeiten gab, in denen es den Menschen sehr viel bewusster war, welche Rolle Bienen eigentlich in der Produktion von Lebensmitteln spielen. Sie sorgen nämlich dafür, dass Äpfel, Roggen und all diese Pflanzen irgendwie reifen, die man hinterher essen kann. Dies steht auf dem Spiel, wie Frau Dr. Schaefer es ja sehr eindrucksvoll beschrieben hat.

Möglicherweise müssen wir einmal beispielhaft für die bremische Bevölkerung mit Pinsel und Tupfer in die Umgebung ziehen und Apfelbäume bestäuben, wenn wir nichts dagegen unternehmen. Dies ist eine Vorstellung, die auf der einen Seite vielleicht gesellschaftlich ganz interessant ist oder Spaß macht, aber auf der anderen Seite deutlich macht, dass es etwas gibt, das wir uns nicht leisten können. Wir können es uns nicht leisten, dass Bienen massenhaft sterben, weil dies die Lebensmittelversorgung nicht nur der bundesdeutschen Bevölkerung infrage stellt, und deswegen muss man etwas dagegen tun.

Ganz davon abgesehen finde ich, dass Tiere nicht an einem Virus, den wir bekämpfen könnten, oder an einem Gift, das durch uns in die Luft gelangt, einfach sterben sollten, das ist nicht mein Verständnis von Tierschutz. Wir sind in den letzten Jahrzehnten ohnehin viel zu leichtfertig damit umgegangen. Pestizide, Herbizide und Insektizide wurden geradezu euphorisch gefeiert, weil man damit sogenanntes Unkraut und sogenannte Schädlinge vernichten konnte. Alle diese Dinge haben sich irgendwann wieder gegen uns gerichtet, oder, wie Friedrich Engels einmal gesagt hat, für jeden seiner Siege über die Natur muss der Mensch bezahlen, wenn auch manchmal erst in zweiter oder dritter Generation. Dies ist ein solches Bezahlen, und deswegen müssen wir uns intensiv darum kümmern.

Wenn Bienen von einem Neonicotinoid irritiert sind – das Rauchen wird verboten, aber auf der anderen Seite werden neue Nikotine geschaffen, das ist ja auch ein bisschen komisch, oder? –, wenn wir so etwas massenhaft verbreiten, dann sage ich Ihnen aus der Erfahrung: Wenn etwas für Insekten und Pflanzen giftig ist, dann ist das auch für andere Tiere und den Menschen giftig, selbst wenn wir bei dessen Genuss nicht sofort umfallen. Langfristig können wir auch feststellen, dass seit dem Beginn des Einsatzes von Pestiziden, Insektiziden, Konservierungsstoffen und so weiter allergische Krankheiten, Hautausschlag und ähnliche Dinge zunehmen, insbesondere bei Kindern, und wenn wir da nicht aufpassen, dann haben wir ein weiteres Problem.

Ich unterstütze ausdrücklich, dass der Einsatz von sogenannten Pflanzenschutzmitteln reduziert wird. Es sind ja im Wesentlichen Tiervergiftungsmittel, denn sie sollen die Pflanzen vor dem Befall von Tieren schützen, und wenn Tiere dann von den Pflanzen fressen, sollen sie tot umfallen. Es gibt auch Methoden, dies ohne Pflanzenschutzmittel zu reduzieren. Das ist dann ein bisschen aufwendiger, aber letztendlich meines Erachtens besser. Der Widerruf der Zulassung von Neonicotinoiden und Glyphosaten ist richtig, man muss einfach damit aufhören, sie auszubringen. Ich finde, das ist eine völlig berechtigte Ansicht, das sind die wirklich wichtigen Dinge.

Ich bin auch sehr dafür, dass wir in Bremen das tun, was wir können. Manchmal müssen wir nur darauf achten, wenn es uns gelingt, hier in Bremen öffentliche Plätze so zu gestalten, dass sich die Bienen dort wohlfühlen, darüber nicht zu vergessen, dass alles andere auf europäischer und nationaler Ebene meines Erachtens mindestens genauso wichtig, wenn nicht wichtiger ist, denn wir müssen den Einsatz der Mittel verbieten und keine Inseln schaffen, auf denen Bienen sich wohlfühlen.

Ganz davon abgesehen haben wir gestern über den Umweltbetrieb Bremen diskutiert, und ich mache noch einmal auf den Widerspruch aufmerksam: Wir merken an vielen Stellen, dass wir eigentlich einen gut aufgestellten und flexiblen Umweltbetrieb Bremen brauchen, der uns auch bei solchen Dingen unterstützen kann, und ich bin mir fast sicher, dass der Umweltbetrieb, so, wie er jetzt aufgestellt ist, deutliche Schwierigkeiten hätte, diesen Anforderungen – ich

(D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) sage es einmal vorsichtig – zu genügen. Ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, dass wir uns da hin und wieder in einen Widerspruch begeben.

Wir werden diesem Antrag zustimmen, insbesondere deshalb, weil wir davon überzeugt sind, dass ein bienenfreundliches Bremen ein tierfreundliches Bremen und damit letztendlich ein menschenfreundliches Bremen bedeutet. Deswegen unterstützen wir diesen Antrag. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Schön:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. Imhoff (CDU)\*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie wichtig die Bienen für uns sind, haben schon meine Vorrednerin Frau Dr. Schaefer und mein Vorredner Herr Gottschalk treffend berichtet, und dass Bienen die Biodiversität massiv vorantreiben, sollte uns allen eigentlich auch klar sein.

Als ich Ihren Antrag mit der Überschrift "Bienenfreundliches Bremen" in den Händen hielt, habe ich mir gedacht, dass dies nur ein guter Antrag sein kann. Dies hat sich beim Lesen des Antrags dann leider doch etwas relativiert, denn 50 Prozent Ihres Antrags beschäftigen sich mit den bremischen Bienen und deren Lebensraum, und die anderen 50 Prozent sind leider von ideologischen Verallgemeinerungen geprägt.

(B)

(Widerspruch bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der gesamte Punkt 1 Ihres Antrags hat eine solche Prägung, denn Sie fordern zum Beispiel unter Punkt 1 a ganz allgemein die Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln.

Liebe Antragsteller von Rot-Grün, wissen Sie eigentlich, dass für die heutige Vielzahl von Menschen ohne den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in unserer Kulturlandschaft kaum eine ausreichende Lebensmittelproduktion möglich wäre?

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Da steht ja nicht "ohne"!)

Wissen Sie eigentlich, dass Pflanzenschutzmittel die bestuntersuchtesten chemischen Mittel sind, die wir haben? Wissen Sie eigentlich, dass für die Ausbringung solcher Mittel nur ausgebildetes Fachpersonal arbeiten darf, das die Geräte jährlich zum TÜV bringen muss? Dies gilt übrigens auch für Ökobetriebe, die ja auch nicht ohne Pflanzenschutzmittel auskommen, wenn Sie es schon so allgemein sagen. So etwas kann die CDU nicht unterstützen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben gesagt "reduzieren" und nicht "ganz verbieten"!)

Weiter fordern Sie, dass der Nationale Aktionsplan aus dem Jahr 2008 zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln umgesetzt wird. Dazu kann ich Ihnen nur sagen, dass Sie leider nicht auf der Höhe der Zeit sind, denn am 10. April dieses Jahres hat die Bundesregierung bereits einen neuen Aktionsplan aufgestellt, übrigens unter Mitwirkung der Bundesländer, und dazu zählen wir ja auch. Im Mittelpunkt dieses Aktionsplans steht die Reduktion von Risiken für Menschen, Tiere und den Naturhaushalt, die durch die Anwendung zugelassener Pflanzenschutzmittel entstehen können. Dabei werden die gesundheitlichen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen berücksichtigt. Liebe Antragsteller, längst überholten Konzepten stimmen wir nicht zu.

(Beifall bei der CDU)

Als weiteren Punkt fordern Sie eine bessere gesetzlich festgelegte Fruchtfolge. Ist Ihnen eigentlich bewusst, welche gesetzlichen Bestimmungen es zu dieser Thematik schon gibt? Es müssen jährlich Nährstoffund Humusbilanzen erstellt werden, und es müssen die Düngeverordnung mit all ihren Facetten und die Abstandsregelungen zu Gewässern und Hecken beachtet werden. Davon einmal abgesehen, darf Dauergrünland gar nicht mehr umgebrochen werden das ist im Übrigen auch gut –, und das war ja in den letzten Jahren unser Hauptproblem, nachdem der Boom mit dem Mais und den Biogasanlagen unser Land überzogen hat. Das möchte die CDU-Fraktion jedenfalls nicht.

Lassen Sie mich noch eines anmerken: Viele gesetzliche Regelungen machen eher den kleinen landwirtschaftlichen Familienbetrieben das Leben schwer, denn die großen industriellen Betriebe haben es in den letzten Jahren immer einfacher gehabt, gesetzliche Vorgaben umzusetzen.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, aber wer ist dafür verantwortlich?)

Was wollen Sie weiterhin? Sie fordern unter Punkt 1 f, dass die Bundesregierung sich für das sogenannte Greening einsetzt. Unter Greening versteht man, kurz gesagt, Maßnahmen zur Ökologisierung der gemeinsamen Agrarpolitik auf EU-Ebene. Die Grünen und Teile der SPD konnten sich damit bei den EU-Verhandlungen nicht durchsetzen, und wir werden hier und heute diesem Punkt auch nicht zustimmen. Im Übrigen sind die Agrardirektzahlungen im Rahmen von Cross Compliance schon lange an Umweltschutzprogramme gekoppelt, und wir machen es auch nicht mit, hierfür noch zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen.

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Kommen wir zum nächsten allgemein ideologischen Antragspunkt! Sie fordern die Unterstützung von Initiativen gegen die Massentierhaltung und die Reduzierung des Maisanbaus und anderer Monokulturen. Allgemeiner kann man es eigentlich gar nicht mehr halten! Ich habe in der letzten Debatte hier auch schon einmal erklärt, dass es keine Definition für Massentierhaltung gibt, das ist alles nur gefühlt. Stellen Sie doch einmal 100 Menschen die Frage, ob 60 000 Bienen eine Massentierhaltung darstellen! Sie werden 100 verschiedene Antworten bekommen, und deswegen ist es für mich nicht in Ordnung, wenn Sie mit diesen Begriffen hier einfach so hantieren und versuchen, damit Politik zu machen.

#### (Beifall bei der CDU)

Beim Thema Maisanbau sind wir einer Meinung und völlig auf einer Linie, er ist eine Katastrophe für die Artenvielfalt. Warum schreiben Sie aber nicht konkret in Ihren Antrag hinein, dass der Energiemais für Biogasanlagen zukünftig nicht mehr durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz gefördert werden soll? Das wäre doch konkret, dem hätten wir dann auch zustimmen können, aber so allgemein machen wir es nicht.

## (Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Jetzt aber genug der Schelte! Ihr Antrag beschäftigt sich ja auch noch zu 50 Prozent mit den Bienen, vor allem mit den Bienen hier in Bremen, und das können wir nur begrüßen. Die bienenfreundlichen Anpflanzungen finden wir völlig in Ordnung, genauso wie die Forderung, die extensive artenreiche Landwirtschaft in Bremen zu erhalten, die auch förderlich für die Bienen ist. Wir unterstützen es, sich für mehr Umweltbildung und die Aufstellung von Bienenstöcken auf öffentlichen Flächen einzusetzen, denn gerade die Biene ist eines der wichtigsten Tiere für unsere Artenvielfalt, und leider ist das großen Teilen der Bevölkerung noch nicht bekannt.

Wir beantragen getrennte Abstimmung, weil wir dem Punkt 1 des Antrags mit seinen Unterpunkten nicht zustimmen können, den anderen Punkten stimmen wir zu. – Danke!

## (Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern haben wir hier eine sehr engagierte Diskussion über die Bedeutung der Wirtschaft für Bremen geführt. Wir waren uns einig, welche Bedeutung die Wirtschaft hat, damit vieles, das wir in diesem Haus politisch diskutieren, möglich wird.

Ich denke, die heutige Diskussion sollte uns einen Moment lang zum Nachdenken anregen, auf welche Voraussetzungen die Wirtschaft ihrerseits angewiesen ist, damit sie all diese Leistungen für Bremen und die Politik erbringen kann. Es gibt nämlich Gratisleistungen der Natur, die die Wirtschaft von sich aus nicht erbringen kann. Wir reden hier neben den Verdiensten der Imkerei auch über Gratisleistungen der Natur, über die wir uns Gedanken machen sollten, wie wir sie erhalten können.

## (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

In einer Handelsstadt, einer Industriestadt, einer Stadt, die sehr stark an der Wirtschaft orientiert ist, geraten diese Themen immer wieder in Vergessenheit, aber ich denke, es ist wichtig, sie sich in Erinnerung zu rufen. Eine der Gratisleistungen der Natur ist sauberes Trinkwasser, das notwendig ist, damit wir die Bevölkerung mit dem wichtigsten Grundnahrungsmittel versehen können, und es ist auch eine essenzielle Grundlage für die gut positionierte Nahrungs- und Genussmittelindustrie hier in Bremen. Wir haben viele Unternehmen, die auf sauberes Trinkwasser angewiesen sind, egal ob es in Bremen oder Niedersachsen gefördert wird. Wir müssen uns dafür einsetzen, auch wenn es keinen unmittelbaren Profit erbringt, dass wir es schützen.

Ähnliches gilt für saubere Luft. Saubere Luft ist auch eine Gratisleistung der Natur, wir brauchen sie, damit die Menschen gesund bleiben. Die Wirtschaft braucht die saubere Luft auch, damit sie gesunde Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat, die keine Fehlzeiten haben und die Produktivität und die Leistung erbringen können. Für alle diese Dinge sorgt die Wirtschaft nicht von selbst. Wenn man sie ungezügelt arbeiten lässt, dann zerstört sie diese Dinge teilweise sogar, und deswegen ist es wichtig, dass wir die Politik haben, die hier die Regeln setzt, um diese Gratisleistung der Natur zu schützen.

### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben gehört, Bienen sind auch eine Gratisleistung der Natur. Dass es sie gibt und auch andere Insekten wie Hummeln und Wildbienen, ist natürlich auch eine Leistung der Imker, von denen viele in Vereinen freiwillig engagiert und ehrenamtlich tätig sind. Wir haben gehört, welche großen Teile unserer Nahrungsgrundlagen bedroht sind, wenn wir nicht die Voraussetzungen dafür schaffen, diese Bienen zu erhalten. Auch hier gilt: Wenn man dem wirtschaftlichen Agieren der Landwirtschaft, aber auch der chemischen Industrie keine Zügel anlegt, dann zerstören wir die Grundlagen davon durch Monokulturen, Pestizide, Herbizide, Insektizide und alle möglichen Stoffe, die diese Organismen schädigen.

(D)

(A) Deswegen unterstütze ich ausdrücklich das, was in dem Antrag gesagt wird, dass wir uns für eine Begrenzung des Pestizideinsatzes und eine Ökologisierung der Landwirtschaft einsetzen. Wir werden uns für die im Antrag genannten Forderungen einsetzen und sie auf Bundesebene unterstützen. Wir unterstützen auch die Aktion "Bremen blüht auf", die unter der Federführung des BUND von einem Bündnis von Imkern, Kleingartenvereinen und dem Umweltbetrieb Bremen, UBB, getragen wird. Unser Ressort und die Deputation, die über die Mittelvergabe entscheidet, fördern dies finanziell aus unseren Lottomitteln.

Wir wissen schon viel über die bienenfreundliche Gestaltung von Grünanlagen. Wir können im Grunde sofort einsteigen, diesen Dialog zu führen, wie wir die Grünflächen hier in Bremen gestalten wollen. Wir haben schon vorgestern den Punkt angesprochen, als wir über den UBB gesprochen haben, über die Frage, wie wir den UBB künftig aufstellen und ob wir an den Pflegestandards Dinge überdenken können. Diese Dinge, meine Damen und Herren, wollen wir gemeinsam betrachten und schauen, ob wir durch Modifikationen in der Gestaltung unserer Grünflächen mehrere Ziele erreichen können, nämlich eine bienenfreundlichere Pflege der Grünanlagen und gleichzeitig eine effizientere Pflege.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Der Senat setzt sich schließlich für den Erhalt der extensiven Landwirtschaft ein, denn diese ist hier in Bremen zum Erhalt und Schutz der Natura-2000-Gebiete notwendig. Bisher läuft hier eine Reihe von Maßnahmenprogrammen, und wir wollen diese fortführen. Das hängt auch von der Fortführung der EU-Förderprogramme im Bereich des ELER-Programms ab, und wir setzen uns dafür ein, dass hier weiterhin Mittel zur Verfügung stehen.

Ich denke, das sollte hier an dieser Stelle genügen. Dieser Antrag ist gut, wir unterstützen ihn, und ich bitte um Zustimmung! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Ziffer 1 des Antrags abstimmen.

Wer der Ziffer 1 des Antrags der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 18/869 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und Abg. Dr. Korol [fraktionslos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Ziffer 1 des Antrags zu.

Jetzt lasse ich über die restlichen Ziffern des Antrags abstimmen.

Wer den restlichen Ziffern des Antrags der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 18/869 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den restlichen Ziffern des Antrags zu.

(Einstimmig)

## Einwanderung von Neu-EU-Bürgerinnen und -Bürgern

(D)

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 18. April 2013 (Drucksache 18/871)

Dazu

## Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 14. Mai 2013

(Drucksache 18/905)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Frehe.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (SPD)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich zum Antrag "Einwanderung von Neu-EU-Bürgerinnen und -Bürgern" rede, möchte ich hier erst einmal ein ganz klares Bekenntnis zur Europäischen Union abgeben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Damit es keine Zweifel gibt: Wir wollen, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit erhalten bleibt, und wir wol-

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) len auch die Niederlassungsfreiheit. Es gibt auf Bundesebene Spekulationen an der Stelle, wo man meint, man habe Probleme, die Grenzen wieder zu schließen. Das ist nicht unser Weg.

## (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wir wissen wohl aber auch, dass diese Einwanderung aus bestimmten Regionen Europas Probleme bereitet, nicht nur in Bremen, auch in anderen Städten, aber auch in Bremen. Die Frage, wie wir mit diesen Problem umgehen, hat dieser Antrag sehr deutlich beschrieben. Eigentlich müsste ich diesen Antrag hier komplett vorlesen, weil es selten so selbsterklärende Anträge wie diesen gibt. Wenn man den Antrag durchgelesen und sich damit beschäftigt hat, dann weiß man, finde ich zumindest, zielgenau, was unsere Absicht damit ist: Wir wollen, dass der Senat eine Arbeitsgruppe auf Staatsräteebene einrichtet, die nicht nur das Innenressort und das Sozialressort beteiligt, sondern im Grunde genommen alle Ressorts, weil es sich hier um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelt und Lösungsstrategien für gesamtgesellschaftliche Probleme auch nur so angegangen werden können.

## (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich habe keine Lust mehr, immer wieder zu hören, es müsse endlich einmal die Wahrheit gesagt werden, es gebe Probleme, und keiner traue sich, sie zu benennen. Lesen Sie einmal unseren Antrag! Ich zitiere einen Teil daraus: "Bundesweit besondere Beachtung findet aktuell der Zugang aus Bulgarien und Rumänien, darunter zahlreiche Roma-Familien. Wie auch in anderen Städten macht sich dies auch in Bremen und Bremerhaven bemerkbar. Im Stadtteil Gröpelingen beispielsweise nutzen skrupellose Vermieter die Situation der Zuwanderer und Zuwanderinnen aus, indem sie Wohnungen, die in einem erbärmlichen Zustand sind, gleichzeitig an eine Vielzahl von Menschen zu überhöhten Mieten vermieten. " Das ist aber doch genau die Beschreibung der Probleme, die wir haben! Es kommen Menschen nach Deutschland, die Rechtsansprüche haben, und ich finde, mit ihnen wird nicht richtig umgegangen.

### (Beifall bei der SPD)

Wir haben das am Beispiel der George-Albrecht-Straße. Ich wollte darauf eigentlich gar nicht unbedingt kommen, aber ich finde das sehr wichtig, weil wir an dem Beispiel im Grunde genommen die Frage schon einmal erörtert haben: Wie bekommen wir solche Probleme geregelt? Ehrlich gesagt, bin ich ein bisschen unglücklich darüber, dass sich die Angelegenheiten doch sehr zögerlich und sehr langsam entwickeln. Ich würde den Senat auch auffordern, bei dieser Arbeitsgruppe auf Staatsräteebene relativ zügig zu gescheiten Ergebnissen zu kommen. Es geht darum, dass diese Menschen eine Gesundheitsversorgung bekommen, es geht darum, dass die Kinder aus den Familien möglichst schnell einen Bildungszugang finden, es geht darum, dass diese Menschen vernünftigen Wohnraum bekommen, und darum, dass sie, wenn es nötig ist, auch eine medizinisch-therapeutische Beratung bekommen können.

Bremerhaven hat eine Beratungsstelle, die schon außerordentlich gut arbeitet. Ich habe mich darüber informiert, und ich glaube, das ist gleichwohl noch ausbaufähig, aber es ist ein guter Ansatz, den man auch erwähnen muss. Ich möchte, dass wir das in Bremen schaffen, ich glaube nur, dass wir das nicht einfach nur über Beratung erreichen. Wir müssen auch Angebote für diese Menschen machen.

## (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich habe in der George-Albrecht-Straße mit einer Roma-Familie gesprochen und sie gefragt, welche Probleme sie eigentlich haben. Da sitzt dann ein gelernter Tischler, der in Deutschland nicht arbeiten darf. Er sitzt dort und lebt sozusagen vom Sozialamt, sage ich einmal verkürzt. Ich finde das ärgerlich, ich finde, dass wir Menschen mit solchen Qualifikationen hier brauchen und auch Zugänge in den Arbeitsmarkt erleichtern müssen. Da gibt es mit Sicherheit auch auf Bundesebene eine Menge zu erledigen – da ist noch eine Menge zu regeln, das glaube ich auch –, aber ich bin der Meinung, dass wir an der Stelle in Bremen eine Aufgabe vor uns haben, bei der es sich übrigens auch lohnt, damit umzugehen, weil die Alternative, die Grenzen zu schließen, eigentlich keine Alternative ist, das habe ich zu Beginn gesagt.

## (Beifall bei der SPD)

Allerdings müssen wir darauf drängen, davon bin ich auch überzeugt, dass das Bundesland Bremen sich auf Bundesebene und auf europäischer Ebene dafür einsetzt, dass auch in diesen Ländern, insbesondere Bulgarien und Rumänien, die Zustände geändert werden müssen, und da muss auch die Europäische Union entsprechend aktiv werden. Das kann am Ende des Tages nicht einfach auf die Gemeinden und Kommunen zurückfallen, weil wir das letztlich nicht finanzieren können.

In diesem Sinne empfehle ich Ihnen allen, diesen Antrag sorgfältig zu lesen, weil er das alles ausführlich und gut erklärt und ich es mir zu dieser späten Stunde ersparen möchte, darauf jetzt noch länger einzugehen. Ich hoffe auf breite Zustimmung zu diesem Antrag. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen) (D)

(A) **Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohammadzadeh.

Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Besondere an Migrationspolitik ist, dass wir es immer wieder mit neuen Phänomenen der Einwanderung zu tun haben. Eines aber gilt für alle gleichermaßen: Niemandem fällt es leicht, seine Heimat zu verlassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In den letzten Jahren haben wir es mit der Einwanderung von Familien aus Bulgarien und Rumänien zu tun. Bundesinnenminister Friedrich wird dabei nicht müde, von angeblich drohenden Zuwanderungswellen von Roma aus Südeuropa zu sprechen und davor zu warnen. Er tut so, als handele es sich bei den von ihm genannten völlig überzogenen Zahlen ausschließlich um Roma und Sinti, in Wirklichkeit wissen wir aber gar nicht, wie viele überhaupt zu dieser nationalen Minderheit gehören. Im Jahr 2011 betrug die Nettoeinwanderung aus Bulgarien und Rumänien nach Deutschland 58 000 Personen, und in Bremen und Bremerhaven leben jeweils circa 1 000 Menschen mit bulgarischem und rumänischem Pass, die im Rahmen dieser neuen Einwanderungswelle nach Bremen kamen.

Wir dürfen aber nicht vergessen, dass ein Teil der in den letzten Jahren eingewanderten Bulgaren und Rumänen im Arbeitsmarkt integriert sind. Ein Teil von ihnen sind qualifizierte Arbeitnehmer – Herr Möhle hat auch ein Beispiel genannt –, sie verfügen dazu auch über akademische Abschlüsse und sorgen für sich selbst. Eine weitere Gruppe bilden die jungen Menschen, die an deutschen Universitäten ordentlich eingeschrieben sind, und es kann nicht sein, dass alle diese Menschen, die mit ihrer Ausbildung an der Zukunft Europas bauen, als Armutszuwanderer diffamiert werden.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, das ist das Bild, das Herr Friedrich braucht als Argument für das Aushebeln der europäischen Freizügigkeit. Sie ist rechten Politikern in diesem Land schon lange ein Dorn im Auge. Die Vision von einem geeinten Europa, die von vielen Menschen auf diesem Kontinent geteilt wird, ist für sie ein Schreckgespenst. Mit solchen Rückschritten macht man Europa kaputt. Stattdessen sollten wir uns dafür einsetzen, dass die Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses allen Völkern in Europa zugutekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die neuen EU-Bürger dürfen keine Unionsbürger zweiter Klasse bleiben. Wir wollen die Diskussion wieder auf den Boden der Tatsachen holen. Wir wollen keine Abwehr, sondern eine Gestaltung dieser für unsere Gesellschaft nützlichen Einwanderung. Damit dürfen die Kommunen aber ganz klar nicht alleingelassen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wie bei allen anderen Gruppen wird Integration wesentlich durch Unterstützung, durch Qualifikation, Bildung, Berufsbildung und durch Zugang zum Arbeitsmarkt gefördert. Wenn gegenwärtig mehrere schulpflichtige Kinder in unserem Bundesland leben, die aus Balkanländern gekommen sind, dann müssen wir dafür sorgen, dass sie die Schulbildung erhalten, die ihnen zusteht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Zur Schule zu gehen ist nicht nur eine Pflicht, meine Damen und Herren, sondern die Kinder haben ein Recht auf Bildung. Bei Sprachbarrieren sollten wir die Schulen unterstützen, diese Barrieren zu überwinden, und wir müssen in die Familien schauen, damit Jugendliche, die nicht mehr schulpflichtig sind, den Zugang zu Berufsqualifikationen bekommen.

Die ressortübergreifende Arbeitsgruppe, die eingesetzt werden soll, soll sich über folgende Punkte Gedanken machen: Wie kann man verhindern, dass gewissenlose Eigentümer die betroffenen Familien ohne Rücksicht auf Mieterschutz und Mietrecht ausnutzen? Welche konkreten Möglichkeiten gibt es, gegen ausbeuterische Unternehmer vorzugehen, die Bulgaren und Rumänen unter Umgehung des Arbeitsrechts beschäftigen? Wie können wir für die betroffenen Kinder das Recht auf Bildung durchsetzen?

Ich möchte betonen, mir liegt als langjähriger Akteurin im öffentlichen Gesundheitsdienst am Herzen, dass zukünftig auch für die neuen EU-Bürger und EU-Bürgerinnen eine angemessene Gesundheitsversorgung gesichert wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir haben in Deutschland schon genügend Einteilungen in Klassen im Gesundheitswesen, leider immer noch bedingt durch das Asylbewerberleistungsgesetz. Deshalb finde ich, wir brauchen nicht noch einmal eine Schlechterstellung einer weiteren Bevölkerungsgruppe in unserem Gesundheitssystem.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Also: Beratung ist erforderlich, gerade über die Ansprüche auf sozialen Schutz sind die betroffenen Menschen nicht informiert.

Abschließend möchte ich betonen und daran erinnern, dass im Jahr 1993 auch Menschen vom Balkan zu uns kamen, auch Angehörige dieser Bevölkerungsgruppe. Damals kamen sie als Asylsuchende, und ich will hier nicht darauf eingehen, was wir und auch die anderen bei ihrer Behandlung in Deutschland, auch in Bremen, alles falsch gemacht haben. Heute kommen Menschen aus diesen Ländern zu uns und sind EU-Bürgerinnen und EU-Bürger, sie sind nach dem EU-Recht legal hier. Sie haben ein Recht auf Europa, das darf ihnen nicht verwehrt werden. Bitte unterstützen Sie uns! – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tuncel.

Abg. **Tuncel** (DIE LINKE)\*): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst möchte ich sagen, dass wir den Antrag zur Einwanderung von Neu-EU-Bürgerinnen und -Bürgern von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, für sehr wichtig halten und ihn auch inhaltlich sehr gut finden.

### (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Es gibt aus unserer Sicht allerdings zwei Punkte, um die wir diesen Antrag gern ergänzen würden, weil sie für uns aktuell nicht nur die dringendsten sind, sondern sich auch recht schnell konkret verändern ließen. Zum einen geht es um den Punkt der Gesundheitsversorgung und zum anderen um den der Sprachförderung. Die Einrichtungen, die sich aktuell in diesem Bereich engagieren, wie zum Beispiel MediNet oder der Gesundheitstreffpunkt West, weisen ausdrücklich darauf hin, dass in diesen Punkten für Bremen der dringendste Handlungsbedarf besteht. Da es sich bei Ihrem Antrag um einen Dringlichkeitsantrag handelt und wir gern schnell eine konkrete Veränderung der aktuell doch sehr problematischen Situation hätten, müssten aus unserer Sicht diese beiden Punkte Gesundheitsversorgung und Sprachförderung in diesem Antrag eine gewisse Priorität erhalten.

Wir finden die Idee einer interdisziplinären Arbeitsgruppe, insbesondere für die Fragen, die die sozialen Fragen der Europäischen Union betreffen, sehr wichtig. Allerdings sehen wir darin nicht den Sinn für diesen Dringlichkeitsantrag. Der Dringlichkeitsantrag ist dafür da, dringenden Handlungsbedarf sichtbar zu machen und ihn so gut und so schnell wie mög-

lich zu erfüllen. Dafür ist in diesem Fall eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe auf Ebene der Staatsräte möglicherweise nicht schnell und effektiv genug.

Wir möchten nicht, dass es hier zu einem Top-down-Prozess kommt, vielmehr ist uns wichtig, dass die Organisationen gefragt werden, die schon in diesem Bereich arbeiten und auch wissen, wo die Probleme liegen und wie sie behoben werden könnten. Sie sollten in ihrer Arbeit mehr Unterstützung bekommen.

## (Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte jetzt zum ersten Punkt kommen, den wir als dringlich erachten, nämlich zur Gesundheitsversorgung von nach Bremen eingewanderten EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern. Konkret und zügig veränderbar im Bereich der Gesundheitsversorgung ist die Beseitigung des Problems der Sprachbarrieren. Das Gesundheitsamt kann alle wichtigen Impftermine sowie andere wichtige präventive Angebote mehrsprachig herausgeben, insbesondere diejenigen, die über Schulen verschickt werden. Die Eltern der Kinder haben häufig keinen Dolmetscher und können die Post vom Gesundheitsamt nicht lesen.

Ein weiteres Problem ist, dass die Ärzte in unserer Stadt nicht genug über die europäische Krankenversicherung wissen. Der Verein für Innere Mission in Bremen hat hierzu bereits einen Informationsbrief herausgegeben. Durch entsprechende Information der Ärzte und Krankenhäuser könnte schnell verhindert werden, dass es aufgrund des Unwissens seitens der Ärzte zu keiner oder einer nicht ausreichenden Gesundheitsversorgung von Neu-EU-Bürgern kommt.

Ein weiterer Punkt, den ich hier scharf kritisieren möchte, ist, dass die hier arbeitenden Neu-EU-Bürgerinnen und -Bürger von den Krankenkassen durch verschiedene, zum Teil willkürliche Entscheidungen regelwidrig behandelt werden. Vereine, die sich insbesondere um die Bulgarinnen und Bulgaren sowie um die Rumäninnen und Rumänen in Bremen kümmern, berichten immer wieder von den Restriktionen seitens der Krankenkassen. Es wäre demnach ausdrücklich zu prüfen, inwieweit die Krankenkassen hier in die Pflicht genommen werden sollten, insbesondere in den Fällen, in denen die Menschen überhaupt keine Krankenversicherung haben.

Hier kann sofort durch gezielte Fragen geklärt werden, warum die Krankenkassen dermaßen unsozial handeln, obwohl es Gesetze gibt, wie zum Beispiel die Vorschriften über Niederschlagungen, die genau dies verhindern sollten. Hier fordern wir eine sofortige Klärung mit den Krankenkassen, die offen begründen sollten, warum sie von Menschen, die wenig Einkommen haben, hohe Nachzahlungen fordern, obwohl sie es überhaupt nicht müssten. Das muss nicht erst auf der Ebene der Staatsräte besprochen werden, um es aufzuklären.

(D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Es sollte jedoch in einer interdisziplinären Arbeitsgruppe vorbereitet werden, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die nachzuweisenden Vorversicherungszeiten bei der freiwilligen Krankenversicherung abgeschafft werden, weil sie eine nicht akzeptable Hürde für den Zugang zu einer Krankenversicherung darstellen.

Ich möchte nun zum zweiten dringlichen Punkt, der Sprachförderung, kommen! Sie machen in Ihrem Antrag auf das Problem der Schulen aufmerksam, die vermehrt Kinder aus Bulgarien und Rumänien aufnehmen. Diese Schulen sind zum Teil mit ihren Aufgaben überfordert, auch weil sich die Einschulung von rumänischen oder bulgarischen Zuwanderern auf einige wenige Schulen konzentriert. Es ist Angelegenheit der Bildungsbehörde, dafür zu sorgen, dass alle Kinder mit erheblichem Sprachförderbedarf eine Vorklasse in einer Schule in ihrem Stadtteil besuchen können. Die Integrationsleistungen müssen gleichmäßig auf die Schulen eines Stadtteils verteilt werden, damit nicht einzelne Schulen komplett überfordert werden.

Weiterhin möchten wir den Senat bitten zu prüfen, inwieweit die Volkshochschule bei entsprechender finanzieller Ausstattung die Alphabetisierung der Schülerinnen und Schüler gewährleisten kann, weil die Bremer Volkshochschule über eine hohe Kompetenz im Bereich der Alphabetisierung verfügt. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

(B)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grönert.

Abg. Frau **Grönert** (CDU)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die EU, mit ihren 27 Mitgliedstaaten versteht sich auch als Wertegemeinschaft, die auf Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Toleranz und Freiheit aufbaut. Die Akzeptanz und Umsetzung dieser Werte sind auch Bedingungen für die Aufnahme eines Landes in die EU. Bekundungen und Zusagen von Regierungen in diesem Zusammenhang werden natürlich ausgesprochen, doch leider ist es dann mit der Umsetzung und in der Praxis oft viel schwieriger als gedacht, so hat sich zum Beispiel in Bulgarien und Rumänien die soziale Lage in den letzten zehn Jahren nur sehr bedingt positiv verändert.

In den Bereichen Menschenrechte, Schutz von Minderheiten, Bildung, Arbeit, Gesundheit und Wohnen werden beträchtliche Defizite festgestellt. So sehen manche Menschen auch keine Chance mehr in ihren Herkunftsländern, sondern wandern in der Hoffnung auf ein menschenwürdigeres Leben in andere EU-Länder aus.

Heute reden wir hier maßgeblich von den Roma, die in ihren Heimatländern unter teilweise schwierigsten Bedingungen leben, ethnische Diskriminierungen erfahren und in vielen Bereichen von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind. Das Freizügigkeitsrecht in Europa wurde aber nicht für solche Wanderungen etabliert, und deshalb setzt sich Deutschland seit Langem sehr dafür ein, dass auch in Bulgarien und Rumänien die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass alle Bürger, auch die Roma, sich in ihrer Heimat zu Hause fühlen können und gern dort leben.

Die finanziellen Mittel aus dem europäischen Sozialfonds, die für verbesserte Lebensbedingungen verwendet werden sollen, werden allerdings von beiden Ländern bisher kaum abgerufen. Wenn das am Ende bedeutet, dass sich die Probleme Bulgariens und Rumäniens dadurch lösen, dass eine ganze Bevölkerungsgruppe in andere EU-Länder, wie zum Beispiel Deutschland, abwandert, dann ist die Bremer CDU ganz an der Seite der Bundesregierung, die sich verstärkt gegen den Missbrauch des Freizügigkeitsrechts ausspricht,

(Beifall bei der CDU)

denn unser Sozialstaat könnte solche Armutswanderungen beim besten Willen auch nur begrenzt auffangen. Mit Blick auf die betroffenen Menschen kann ich solche Wanderungen natürlich gut nachvollziehen. Es geht ihnen oft sogar extrem schlecht, und sie suchen verständlicherweise nach Wegen für ein möglichst besseres Leben.

Nun gibt es immer wieder Fachleute, die erklären, warum alle diese Überlegungen nur unrealistische Befürchtungen sein sollen, so wird uns vorgerechnet, wie gering die Armutszuwanderung in den nächsten Jahren sein wird. All diese Leute können aber nicht hellsehen, und so möchte ich mich auf solche Ausführungen nicht verlassen, denn an der zum Beispiel in Bremen deutlich erlebbaren Situation sieht doch jeder, dass es massive Schwierigkeiten gibt. Es sind bereits viele Menschen gekommen, die uns vor große Herausforderungen stellen, und ich befürchte, dass auch die Akzeptanz für solche Entwicklungen in unserer Bevölkerung überschätzt wird.

Rückwirkend kann man aber an solchen Entwicklungen nichts mehr ändern, und so hoffe ich, dass auch Bremen und die anderen Bundesländer dem Missbrauch des Freizügigkeitsrechts entschieden entgegentreten und entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten. Dazu gehört auch, Schwarzarbeit, versuchten Sozialhilfebetrug, Zwangsprostitution, Kleinkriminalität und auch Scheinselbstständigkeit nicht einfach zuzulassen. Die Ausländerbehörde sollte bei der Ausstellung der Anmeldebescheinigung die Glaubhaftmachung der aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen verlangen und diese bei bestehenden Zweifeln auch überprüfen.

Es kommen natürlich viele Menschen zu uns, auch aus Bulgarien und Rumänien und aus anderen EU-

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Ländern, die sehr gute Voraussetzungen für einen Neustart in Deutschland mitbringen. Alle EU-Bürger, die ihr Recht auf Freizügigkeit unter Einhaltung der Vorgaben nutzen, sind uns natürlich herzlich willkommen, aber es ist leider so, dass Menschen, die schon in ihrem Heimatland ein benachteiligtes Leben geführt haben, ihre Probleme mitbringen. Wer dort keine Krankenversicherung hatte, wird auch hier keine haben. Wer dort unter erbärmlichen Bedingungen gewohnt hat, wird sich auch hier mit wenig abfinden. Wer es mit dem Gesetz nie so genau nahm, wird sich kaum an gültige Regelungen halten, er weiß es ja manchmal auch gar nicht besser. Dazu kommen fehlende Deutschkenntnisse und oft sogar Analphabetismus.

> Sogenannte Schlepper – oft sind es sogar eigene Landsleute - nutzen die schwierige Situation dieser Menschen immer wieder aus. Sie helfen bei der Einreise und bieten auch hier vor Ort gegen Geld ihre Hilfe an. So kommt es zu Falschinformationen und auch zu Ausbeutung. Nicht selten sind sie auch diejenigen, die die Wohnungen gemietet haben, die sie dann an viel zu viele Menschen viel zu teuer untervermieten. So ist es gut und richtig, dass es beim Senat eine Arbeitsgruppe geben wird, die sich all den Fragen stellen will. Es macht auch Sinn, diesen Bremer Neubürgern eine spezialisierte Beratung anzubieten, wo ihnen geholfen wird, zum Beispiel bei der Klärung ihres Krankenversicherungsstatus. Dies bekommen sie oft selbstständig nicht hin, und man kann es auch nicht weiterhin den Ärzten aufbürden.

> Bremen wird lange brauchen, bis wir mit vorhandenen und noch zu entwickelnden Maßnahmen die hier jetzt schon lebenden Roma erreicht haben. Oberste Priorität muss dabei auch das Kindeswohl haben, das nach unseren Maßstäben gewährleistet sein muss –

(Glocke)

ich komme gleich zum Schluss, Herr Präsident! –, und auch die Ausbeutung von Frauen und kriminelle Entwicklungen dürfen und können wir nicht tolerieren.

(Beifall bei der CDU)

Einige Ihrer Forderungen halten wir für solche Prozesse für hilfreich, doch andere werden unserer Meinung nach dazu führen, dass sich die Armutswanderungen am Ende noch verstärken. Darum lehnen wir Ihren Antrag ab. Den Antrag der Fraktion DIE LINKE lehnen wir aus den gleichen Gründen ebenfalls ab. Manche ihrer Forderungen halten wir für ziemlich unrealistisch.

Wir brauchen gute Lösungen für die Menschen, die jetzt schon bei und mit uns leben, doch Deutschland kann nicht widerspruchslos alle EU-Bürger aufnehmen, die hier auf größte Integrationsleistungen unsererseits angewiesen sind.

(Abg. Frau Aytas [SPD]: Es muss doch auf Bundesebene etwas getan werden!)

Das kann auch Bremen nicht schaffen, und darum sollten wir uns der Realität stellen und nicht nur die Arme weit öffnen. – Danke!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Kappert-Gonther.

Abg. Frau **Dr. Kappert-Gonther** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte mich ursprünglich nach der Rede von Herrn Tuncel gemeldet, um noch einige Gedanken aus gesundheitspolitischer Sicht beizusteuern, aber zunächst möchte ich im Namen vom Bündnis 90/Die Grünen, und ich vermute, auch im Namen der gesamten Koalition, kommentieren, was Sie gerade gesagt haben, Frau Grönert!

Diesen Generalverdacht, den Sie gerade geäußert haben,

(Abg. Strohmann [CDU]: Was für einen Generalverdacht?)

weisen wir ausdrücklich zurück!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir sprechen uns – ich hoffe, ich darf im Namen der gesamten Koalition sprechen! – noch einmal ganz eindeutig für die Freizügigkeitsregelung und für die Solidarität innerhalb Europas aus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Nun zu den gesundheitspolitischen Gedanken! Dass die Gesundheitsversorgung der hier diskutierten Personengruppe ein absolut relevantes Thema ist, wie Sie ja auch ausgeführt haben, lieber Herr Tuncel, darüber sind wir uns vollkommen einig. Es muss sich noch einiges verbessern, da muss noch einiges sehr viel klarer geregelt werden. Ansätze dessen, was Sie in Ihrem Änderungsantrag formulieren, halte ich und halten wir auch für richtig. Ich werde das erläutern, und ich werde auch erläutern, warum wir Ihrem Antrag nicht zustimmen werden. Das möchte ich von Angesicht zu Angesicht tun, damit es auch deutlich wird.

Wenn ich unseren gemeinsamen Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen lese, dann erkenne ich einen ausgeprägten Fokus auf das Thema Gesundheit, weil diese Fokussierung so wichtig ist. Wir betonen in unserem Antrag explizit die Notwendigkeit der Verbesserung der Gesundheitsversorgung für die

(C)

(D)

(B)

 (A) Einwanderinnen und Einwanderer, von denen wir heute sprechen.

> Ich möchte noch einen zweiten Aspekt betonen, der auch in unserem Antrag deutlich wird: Für uns ist Gesundheit nichts, was man nur kurativ angeht –

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

ich weiß, dass Sie das genauso sehen –, sondern sie ist ganz eng mit Lebensbedingungen verknüpft. Die gesundheitliche Situation jedes und jeder Einzelnen wird durch die Gesamtheit der Lebensbedingungen beeinflusst, durch die Umstände, wie ein Mensch wohnt, ob er oder sie Zugang zu Arbeit hat, wie diese Arbeit ist, ob sie fair, gerecht und menschenwürdig ist, wie Kinder lernen, ob sie in Kitas und Schulen gehen und dort angemessen lernen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das gilt für alle Menschen, aber natürlich auch für die Einwanderinnen und Einwanderer aus Bulgarien und Rumänien.

Um alle diese relevanten Themen in ihrer Gesamtheit geht es uns in unserem Antrag. Wir fordern in unserem Antrag die Einrichtung eines Kreises von Expertinnen und Experten, wie wir bereits gehört haben, unter Beteiligung fast aller Ressorts, um – und das ist das Entscheidende – für die Bereiche Gesundheit, Wohnen, Arbeit und Schule in Interaktion und in Abstimmung miteinander Strategien zu entwickeln.

(B)

Wir brauchen Verbesserungen auf ganz verschiedenen Ebenen: Auf bremischer Ebene brauchen wir klare und verbindliche Regelungen auch im Bereich der Gesundheitsvorsorge. Um diese schaffen zu können, benötigen wir auf Bundesebene dringend gesetzliche Regelungen, die es den Bundesländern ermöglichen, transparente, klare und verbindliche Lösungen im Bereich der Gesundheitsversorgung zu etablieren. Das ist im Moment ausgesprochen schwierig, deshalb passiert jetzt auch einiges, was notwendig ist, im grauen Bereich. Das muss natürlich auch ganz offiziell, klar und transparent geschehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir brauchen – und das hat mir in Ihrem Vortrag sehr gut gefallen – eine gute Strategie, wie es dezentral in den einzelnen Stadtteilen zugehen kann, und dafür müssen wir, wie Sie betont haben, auf die Erfahrungen, das Wissen und die Fähigkeiten der bereits bestehenden Strukturen in den Stadtteilen zurückgreifen. Ich denke dabei natürlich an den Gesundheitstreffpunkt West in Gröpelingen und das Frauengesundheitszentrum in Tenever. Beide Einrichtungen

leisten unverzichtbare Arbeit in ihren Stadtteilen und wissen sehr genau, wo es gerade auch in dieser Frage hakt und klemmt. Wenn wir überlegen, wie man Strategien weiterentwickeln kann, finde ich, dann müssen wir diese Einrichtungen gezielt unterstützen und mit in die Konzeptfindung einbeziehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie haben angemerkt, dass Ärztinnen und Ärzte gut informiert werden müssen, auch dem kann ich vollkommen zustimmen. Ich finde den Infobrief der Inneren Mission gut. Auch der Berufsverband der Kinderärzte hat sich ausgesprochen positiv hervorgetan, und die Information der niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen ist, wie ich es im Moment überblicke, weit besser, als sie noch vor Kurzem war. Das sind Schritte in die richtige Richtung.

Noch einmal zusammengefasst: Der Antrag der Koalition enthält einen klaren Fokus auf das Thema Gesundheit, aber wir möchten nicht schon jetzt durch einen Entscheid für einen Maßnahmenkatalog darüber entscheiden, was richtig ist, was man vielleicht zusätzlich noch bedenken muss oder ob man vielleicht etwas anders bedenken oder machen muss als vorgestellt. Wir möchten keine Einengung, sondern eine Weitung.

Ich kann mir vorstellen, dass später in der Arbeit und in den Empfehlungen des Kreises der Expertinnen und Experten durchaus einige Teile auftauchen, die Sie bereits in Ihrem Antrag formuliert haben, insbesondere was die Problematik in den Schulen und die entsprechende Sprachförderung angeht. Lassen Sie uns also den ersten Schritt vor dem zweiten machen! Ich bitte um Ihre Unterstützung für unseren Antrag! – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. Möhle (SPD)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde die Position der CDU ausgesprochen überraschend. Die Aussage, Bremen könne nicht alle europäischen Menschen aufnehmen, ist so wahr wie nur irgendetwas. Wenn man sich vorstellt, Europa käme mit allen Menschen nach Bremen, ehrlich gesagt, das wird eng!

(Heiterkeit)

Deswegen, glaube ich, muss man es einmal so darstellen, wie es real passiert. Wir haben eine überschaubare Zuwanderung. Wir haben aber Probleme bei

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

 (A) denen, die zuwandern, aber wir machen ihnen auch Probleme, und das ist das Fatale an der Situation.

### (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Lassen Sie uns doch erst einmal die Probleme, die wir ihnen machen, beiseiteräumen! Ein Großteil der Probleme, die diese Menschen haben, ist natürlich klar in einer kriegs- oder bürgerkriegsähnlichen Situation begründet, sie sind traumatisiert und wer weiß, was sonst noch. Natürlich gibt es das. Wenn Sie dann aber sinngemäß sagen, unsere Aufnahmekapazität wäre ausgeschöpft, dann schauen Sie sich einmal die Dimension der Flüchtlingsströme von Syrien nach Jordanien an! Tun Sie doch nicht so, als ob Bremen sozusagen kurz vor dem Untergang stünde, wenn wir vernünftig mit diesen Einwanderern umgingen!

## (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Mich ärgert an der Situation, dass Sie auf der einen Seite sagen, Sie heißen sie herzlich willkommen, aber auf der anderen Seite gleichzeitig Hürden aufbauen, sodass diese Herzlichkeit im wirklichen Leben kaum wiederzufinden ist. Lassen Sie uns darüber wirklich noch einmal erneut nachdenken! Vielleicht kommt auch die CDU noch dorthin, dieses Thema ein bisschen angstfreier zu diskutieren, denn man muss es, glaube ich, sehr angstfrei, sehr unideologisch und sehr pragmatisch diskutieren. Deswegen ist der Vorschlag, ressortübergreifend eine Arbeitsgruppe einzurichten, aus meiner Sicht genau das richtige Mittel.

Einem Änderungsantrag, liebe Abgeordneten der LINKEN, der unseren Antrag verbessert, würde ich ja noch zustimmen, aber ich habe nicht das Gefühl, dass er in dieser Situation konkret eine Verbesserung darstellt. Ihre einzelnen Vorschläge werden wir, glaube ich, im Rahmen der Arbeitsgruppe des Senats wiederfinden und wiederfinden müssen, aber ich möchte nicht schon jetzt eine Einengung oder eine Festlegung.

Ich setze darauf, dass die Arbeitsgruppe des Senats auf Staatsräteebene zügig arbeitet und wir zügig Ergebnisse bekommen, die wir dann hier weiter diskutieren können. In diesem Sinne werden wir unserem Antrag natürlich zustimmen, aber Ihrem Änderungsantrag nicht. – Vielen Dank!

### (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Frehe.

**Staatsrat Frehe**\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich sehr über den Antrag der Koalition gefreut, weil er die Politik des Senats sehr stark unterstützt. Die Arbeitsgruppe, deren Einrichtung in dem Antrag als zentrale Forderung aufgestellt wird, hat am 15. April 2013 zum ersten Mal getagt,

### (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

das heißt, wir haben den Wunsch der Koalition praktisch schon im Vorfeld erkannt und sind in einer Runde zusammengekommen, die fast einer Staatsräterunde glich, weil fast alle Ressorts vertreten waren. Alle Ressorts haben auch Arbeitsaufgaben übernommen. Wir haben ebenso die thematischen Schwerpunkte, die Sie in Ihrem Antrag formuliert haben, aufgegriffen und jeweils mit Ressortzuständigkeit Arbeitsgruppen gebildet, um relativ schnell zu Maßnahmen zu kommen, um die Situation für die Eingewanderten und für die Bulgaren und Rumänen, die hier in Bremen leben, zu verbessern.

Wir haben – ich glaube, man kommt nicht daran vorbei – gleich zu Beginn eine Frage eindeutig entschieden, nämlich ob man vor Zuwanderung abschrecken oder die Zugewanderten integrieren will.

### (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Diese Entscheidung muss getroffen werden, und ich war etwas erstaunt über die Position von Frau Grönert, die eher auf Abschreckung und Vermeidung von Zuwanderung gerichtet ist.

Ich glaube, Frau Grönert, wenn Sie einen Blick in die Geschichte geworfen hätten, hätten Sie es nicht so formulieren können. Wir haben hier in Europa die Freizügigkeit eingeführt, und die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgaren und Rumänen wird am 1. Januar 2014 vollständig umgesetzt sein. Wir haben im Jahr 1861 in Deutschland ebenfalls ein Freizügigkeitsgesetz erlassen, und im Jahr 1871 kam das Unterstützungsgesetz, beides im Norddeutschen Bund. Danach hat sich dann ein Sozialrechtssystem herausgebildet, das die Benachteiligungen und Diskriminierungen, die bei unterschiedlichen Staaten und bei dem Wechsel von unterschiedlichen Staaten entstehen, abgemildert hat.

Wir stehen im Augenblick in Europa vor einem Einigungsprozess, im Zuge dessen wir ein Sozialrechtssystem entwickeln müssen, wodurch zum Beispiel die Probleme in der Krankenversicherung überwunden werden, die gegenwärtig durch die Vorversicherungszeiten auftauchen. Bei uns sind die Systeme wesentlich an Arbeit gekoppelt. Ich glaube, wir werden allein durch die Zulassung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit einen Teil der Probleme, die gegenwärtig existieren, lösen können, weil die meisten Zuwanderer hier arbeiten wollen und wir die meisten problemlos in unsere Arbeitsprozesse eingliedern können. Ich glaube, dass wir die Integrationsbemü-

(D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

 (A) hungen verstärken müssen, dann haben wir wertvolle Neubürger in unserem Land gewonnen.

> (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich möchte noch zu einigen Punkten etwas sagen: Sicherlich ist ein großer Schwerpunkt auch die Sprachförderung und die Integration der Kinder in unsere Bildungsprozesse. Das ist uns ein großes Anliegen, und das Bildungsressort hat die Aufgabe übernommen zu überlegen, welche Maßnahmen wir durchführen können, damit die Kinder möglichst schnell integriert werden. Selbstverständlich sind wir als Jugendhilfebehörde dazu verpflichtet, darauf zu achten, dass die Kinder in den Familien angemessen versorgt werden. Deswegen werden wir in dem Bereich tätig und überlegen, wie wir die Kinder in die Kindergärten integrieren und ihnen durch Sprachförderung hier in Deutschland eine Chance geben können.

Ich glaube nicht, dass es sich um Personen handelt, die sich nur kurzfristig in Deutschland aufhalten werden, sondern dass viele eine längerfristige Arbeits- und Lebensperspektive haben, und darauf sollten wir uns einstellen. Wenn dann zum Beispiel dadurch Kriminalität entsteht, dass es hierzulande Arbeitgeber gibt, die Mitglieder dieses Personenkreises in Schwarzarbeit beschäftigen, oder dass es Vermieter gibt, die ihnen in ausbeuterischer Weise Wohnraum anbieten, dann ist das, denke ich, ein Problem, das wir hier mit unseren Leuten haben, das wir hier angehen müssen und nicht anderen zuschieben dürfen. Es ist mir auch wichtig, dass wir diese Differenzierung machen.

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Letztlich, denke ich, ist es in der Tat wichtig – der Aspekt ist auch richtigerweise von Frau Grönert angesprochen worden –, auch in die Länder selbst zu schauen, wie wir verhindern können, dass ganze Bevölkerungsgruppen in diesen Ländern diskriminiert werden. Wir haben auf EU-Ebene ein vielfältiges Antidiskriminierungsrecht, das auch das deutsche Recht wesentlich befruchtet hat. Ich denke, dass wir nicht nur im Bereich des Antidiskriminierungsrechts, sondern auch im Bereich des Sozialrechts wichtige Impulse von Europa erwarten können und dann schauen müssen, wie wir unsere Rechtssetzung in den Ländern anpassen und für solche Zuwanderung auch bessere Voraussetzungen schaffen.

Ich glaube, das ist der richtige Weg. Damit können wir bestehende Probleme beseitigen und im Grunde genommen die Menschen, die sich für Deutschland entschieden haben, die hier ihren Lebensmittelpunkt und eine Perspektive suchen, besser in das gesellschaftliche System eingliedern. Ich glaube, das ist eine vernünftige Perspektive, allein schon wegen der

Überalterung unserer Gesellschaft. Wir haben dort eine gute Möglichkeit, neue Personen zu gewinnen, die hier arbeiten und sich hier einbringen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraf 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 18/905 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Abg. Dr. Korol [fraktionslos] und Abg. Timke [BIW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 18/871 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, Abg. Dr. Korol [fraktionslos] und Abg. Timke [BIW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

## Bundespolitische Entscheidungen zugunsten von Mieterinnen und Mietern umsetzen!

Mitteilung des Senats vom 30. April 2013 (Drucksache 18/886)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

(A) Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wendland.

Abg. Frau **Wendland** (Bündnis 90/ Die Grünen)\*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrten Damen und Herren! Viele Menschen in Deutschland und auch in Bremen wissen nicht mehr, wie sie ihre Miete bezahlen sollen, und viele kennen auch Nachbarn, die deshalb schon weggezogen sind, oder Freunde oder Bekannte, die von steigenden Mieten betroffen sind. In vielen Orten ziehen aber nicht nur die Mieten stark an, sondern der Wohnraum wird immer knapper, und viele finden deshalb keine bezahlbare Wohnung mehr.

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition im Bund hat im Dezember ein neues Mietrecht verabschiedet, allerdings blendet dieses Gesetz die sozialen Realitäten aus. Es leistet keinen Beitrag gegen steigende Mieten und zum Schutz der Mieter, das Gegenteil ist der Fall: Dieses Gesetz bietet keinen Mieterschutz, sondern es dient vor allem den Eigentümern, und dadurch wird kein soziales Mietrecht begründet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In Bremen muss dieses schlechte Gesetz nun umgesetzt werden, und der rot-grüne Senat versucht, das Beste aus dem neuen Mietrecht für die Mieterinnen und Mieter zu machen. Das neue Mietrechtsänderungsgesetz enthält keine generelle Regelung, die den Schutz vor Mieterhöhungen gegenüber dem vorherigen Rechtszustand verbessert, wie es die Bremische Bürgerschaft gefordert hatte. Das Gesetz eröffnet jedoch die Möglichkeit - allerdings unter strengen Voraussetzungen -, per Verordnung Mietpreissteigerungen weiter zu begrenzen. Nach einer solchen Verordnung wird es möglich, statt wie bisher eine 20-prozentige Mieterhöhung alle drei Jahre nur noch eine Erhöhung von 15 Prozent zuzulassen. Voraussetzung für eine solche Verordnung ist aber, nachweisen zu können, dass die Menschen in Bremen nicht ausreichend mit bezahlbaren Mietwohnungen versorgt sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In Bremen wollen wir die Verordnung nutzen, um die Mietpreissteigerungen im gesamten bremischen Stadtgebiet zu begrenzen, denn die Knappheit bezahlbarer Mietwohnungen lässt sich nicht auf einzelne Stadtteile eingrenzen. Der angespannte Wohnungsmarkt, die anziehenden Mieten und die aus der sozialen Bindung laufenden Wohnungen sind längst ein gesamtstädtisches Problem.

Bremische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen vermehrt bis zu 40 Prozent ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Das ist besonders hart für die Personen, die unter 2 000 Euro im Monat verdienen, und wir reden hier über 125 000 Haushalte in Bremen. Für Bremerhaven muss eine solche Verordnung nicht erlassen werden, weil die Menschen in Bremerhaven mit ausreichend bezahlbarem und auch gutem Wohnraum versorgt sind.

Eine solche Verordnung zur Begrenzung der Bestandsmieten ist nur ein Baustein, um die Begrenzung von Mietpreissteigerungen im Bestand zu regeln. Wir brauchen aber weitere Bausteine, zum Beispiel im Bereich der Wiedervermietung. Hier gibt es immer noch keine gesetzlich vorgesehene Kappungsgrenze, die Bremen im Bundesrat mit den anderen rot-grün geführten Bundesländern gefordert hat. Bei Wiedervermietungen verlangen viele Vermieter einen kräftigen Aufschlag auf die Miete und drehen so an der Mietpreisspirale. Eine weitere Novelle des Mietrechts muss diese Unterlassung der schwarz-gelben Regierungskoalition auf Bundesebene schleunigst korrigieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde, es reicht aber nicht aus, allein auf den Bundesgesetzgeber zu schauen. Als Eigentümer der GEWOBA sollten wir darüber nachdenken, eine Selbstverpflichtung einzugehen, die Miete beim Auslaufen der Sozialbindung, bei Neuvermietungen oder Modernisierungen nur maßvoll zu steigern. Dadurch würde die GEWOBA eine Verantwortung für das Mietniveau in Bremen übernehmen. Auch bei denjenigen, die hier in Bremen neu bauen und modernisieren, sollten wir über eine Selbstverpflichtung nachdenken, nicht mehr als zehn Prozent der ortsüblichen Miete zu verlangen.

Nicht zuletzt werden wir das Problem der steigenden Mieten und der Wohnraumverknappung nur dann in den Griff bekommen, wenn wir ausreichend neue Wohnungen im unteren und mittleren Marktsegment bauen. Hier kommt es darauf an, das beschlossene Programm zum sozialen Wohnungsbau konsequent umzusetzen und zu verstetigen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grönert.

Abg. Frau **Grönert** (CDU)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde mich kurz fassen, weil wir die Debatte ja eigentlich schon in der Plenarsitzung am 21. Februar 2013 geführt haben. Wir haben eben gehört, dass es in Bremen zu wenig günstigen Mietwohnraum gibt. Ein Satz aus der Mitteilung des Senats lautet allerdings, "dass die durchschnittlichen Nettokaltmieten in Bremen im Vergleich zu anderen Großstädten eher niedrig sind". Sicher

(D)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) ist jedoch, dass sich dies in gefragten, stadtnahen Lagen etwas anders darstellt. Dort gibt es Preisspitzen und auch einen Überhang an Bewerbern für die angebotenen Wohnungen.

Nun kann nicht jeder in Innenstadtnähe oder anderen attraktiven Lagen wohnen, doch es kann auch nicht sein, dass zum Beispiel eine Studentin oder eine alleinerziehende Mutter ohne Auto nach Bremen-Nord ziehen muss, nur weil sie hier keine bezahlbare Wohnung mehr finden kann.

(Abg. S c h m i d t m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Was soll das denn heißen? Gehört Bremen-Nord nicht mehr zur Stadtgemeinde Bremen?)

Es war keine Wertung von Bremen-Nord, es bezog sich auf die Entfernung.

Auch mit Blick auf eine sozial durchmischte Bevölkerungsstruktur ist es sicher wünschenswert, wenn es in allen Stadtteilen auch Wohnungen für Menschen mit durchschnittlichen oder niedrigen Einkommen gibt. Es kann auch nicht sein, dass Menschen, die schon 20 Jahre in derselben Wohnung leben, umziehen müssen, weil die Miete alle drei Jahre um 20 Prozent steigt, sich das Einkommen aber nicht entsprechend erhöht. Andererseits gibt es aber auch Mieter, die solche Erhöhungen gut verkraften können.

Wenn der Senat alle diese und sicherlich noch andere wichtige Faktoren bedenken will, dann ist es natürlich richtig, dass er vor dem Erlass einer Rechtsverordnung zum Thema Mieterhöhungen die Ausgangs- und die Rechtslage prüft. Trotzdem hat er sich in der Mitteilung des Senats vom 30. April 2013 jedoch schon darauf festgelegt, die sogenannte Mietpreisbremse für ganz Bremen einzuführen. Dies finden wir bedenklich, denn es gibt in der Stadtgemeinde Bremen ganze Stadtteile, in denen diese Mietpreisbremse nicht nötig wäre. Dort reguliert sich der Markt schon seit jeher von allein, weil ein Vermieter nicht von der 20-Prozent-Regelung Gebrauch machen wird, wenn er froh sein kann, seine Wohnung überhaupt vermietet zu haben.

(B)

Ich hoffe, dass Sie noch einmal sehr genau prüfen, ob Sie die Mietpreisbremse wirklich für die ganze Stadtgemeinde verordnen müssen. Bremen ist nicht Hamburg oder Frankfurt, und noch können Sie auch verhindern, dass es so weit kommt. Wir hatten das Thema auch schon in dieser Woche diskutiert, aber ich möchte es noch einmal ansprechen: Sorgen Sie für genügend neue und auch günstige Wohnungen in Bremen, und die Probleme mit den Mieten erledigen sich von selbst! Noch können Sie es gut steuern. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Bernhard.

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE)\*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ein bisschen schade, denn ich hätte Sie gern noch in eine packende Diskussion über das Schaffermahl verwickelt,

(Abg. R u p p [DIE LINKE]: Beim nächsten Mal!)

aber auf diese Weise haben wir mehr Zeit.

Zu den Mieten! Selbstverständlich ist jeder Schritt in Richtung einer Deckelung und einer Kappung der Mieten richtig. Ich finde allerdings, hier den Anstieg der Mieten von 20 Prozent auf 15 Prozent abzusenken, das ist wirkungslos. Es war nicht anders zu erwarten, dass ich das so einschätze, aber wir haben das Thema hier schon häufiger von allen Seiten betrachtet. Der Beschluss des Deutschen Bundestags wurde bereits im Dezember 2012 gefasst, und wir beginnen jetzt langsam, die Regelungen umzusetzen. Dies räumt Vermietern die Möglichkeit ein, für das Jahr 2013 noch eine Mieterhöhung um 20 Prozent vorzunehmen.

Wenn ich beispielsweise an die Mieterinnen und Mieter in der Kulenkampffallee denke, wo es insbesondere viele ältere Mieterinnen gibt, die die Mieterhöhungen kaum noch verkraften können, die sie im Abstand von drei Jahren immer wieder hinnehmen mussten und sich deshalb immer wieder durch verschiedene Stellen an uns gewendet haben, dann, finde ich, ist das zu wenig.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir kennen sehr genau die Problematik, dass wir zu wenig bezahlbaren Wohnraum haben. Frau Wendland hat natürlich vollkommen recht, wenn sie sagt, wir müssten darüber nachdenken, ob wir letztendlich zum Beispiel wieder den Aufkauf von Sozialbindungen ins Auge fassen müssen. Das haben wir hier auch schon mehrfach diskutiert. Insofern bleibe ich dabei: Wenn Sie sich einmal die Verringerung der Mietpreiserhöhung von 20 Prozent auf 15 Prozent ausrechnen, dann zahlt man bei einer Miete von 500 Euro statt 100 Euro 75 Euro mehr. Wie soll das jemand schaffen, der letztendlich um jeden Euro kämpfen und jeden Euro umdrehen muss? Das ist doch lächerlich!

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Es ist ja das Bundesgesetz, das wir haben!)

Ja, selbstverständlich, aber ehrlich gesagt, selbst das haben wir hier zu langsam umgesetzt! In der Verhältnismäßigkeit ist das wirklich ein sehr kleines Detail, bei dem ich denke, wir haben hier ein riesiges Pro-

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) blem. Ich gehe davon aus, dass uns das kaum einen nennenswerten Schritt weiterbringen wird.

Positiv finde ich, dass der Senat von vornherein gesagt hat, in Bremen kein Gebiet von der Begrenzung des Mietenanstiegs ausnehmen zu wollen, das sehe ich vollkommen anders als meine Vorrednerin. Bremerhaven hat es übrigens nicht so gemacht, das ist letztendlich hier auf Bremen bezogen, und ich muss sagen, immerhin gibt es diesen Schritt. Im Übrigen haben wir dort noch weiterhin dicke Bretter zu bohren, und ich hoffe, wir kommen dort gemeinsam ein Stück voran. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Fürwahr, wir haben diese Fragen hier schon diskutiert. Es ist sehr gut, dass wir auch noch anhand der Mitteilung des Senats diskutieren, wie die bundespolitischen Entscheidungen zugunsten von Mieterinnen und Mietern umzusetzen sind. Ich sage noch einmal eines vorab, um den Kreis zu schließen: Wir sind voller Erwartung, was am 7. Juni im Bundesrat diskutiert wird. Dort wird es auch um Initiativen unseres Bundeslandes gemeinsam mit anderen Ländern gehen, und dort fordern wir auch die Bundesregierung ganz konkret auf, zu nachhaltigen Verbesserungen zu kommen. Ich glaube, das ist der richtige Weg.

Die Mieten, der bezahlbare Wohnraum und die Rechte von Mieterinnen und Mietern sind entscheidende Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung, nicht nur hier in Bremen und Bremerhaven, sondern in der gesamten Bundesrepublik. Deshalb sage ich noch einmal, dass ich es ausdrücklich gut finde – das ist in der Debatte heute auch noch einmal herausgearbeitet worden –, dass wir insbesondere hier in Bremen mit einer starken, städtisch ausgerichteten Wohnungsbaugesellschaft, der GEWOBA, ein sehr wichtiges Instrument haben, das auch im Bereich der Mietwohnungen regulierend mit eingreift.

Sie sagen, liebe Frau Grönert, wir hätten – das hat der Senat auch vollkommen richtig dargestellt – im Vergleich zu anderen Städten und Regionen in der Bundesrepublik noch vergleichsweise vernünftige oder geringere Mieten. Es hängt aber, glaube ich, im Wesentlichen auch mit den Lebenshaltungskosten und den Einkünften der Menschen zusammen. Wenn wir uns mit Frankfurt am Main oder München vergleichen, dann gibt es doch sehr unterschiedliche Größenordnungen, und dann muss man auch sehen, dass in unserer Region natürlich auch weniger verdient wird. So ist es, und dementsprechend, glaube ich, sollte man das auch mit berücksichtigen.

Grundsätzlich noch einmal: Wir haben in der Debatte immer betont – und auch meine Kollegin Frau

Wendland hat es noch einmal dargelegt –, dass es die Richtschnur der Politik dieser Koalition und dieses Senats ist, es sehr ernst zu nehmen, was schon damals die Väter und Mütter unserer Landesverfassung festgelegt haben. Für uns ist es ein verfassungsmäßiger Auftrag, für alle Menschen in dieser Stadt für bezahlbaren und vernünftigen Wohnraum zu sorgen.

## (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Das war die Richtschnur unserer Politik in der Vergangenheit. Das war auch die Wohnungspolitik, die die unterschiedlichen Senate in der Vergangenheit, zum Beispiel der Senat mit dem damaligen Präsidenten des Senats, Wilhelm Kaisen, verfolgt haben und Bremen vorangebracht hat. In dieser Tradition stehen wir, und wir haben eine konkrete Aufforderung.

Ich bin sehr dankbar, dass es uns in einem schwierigen Prozess gelungen ist – es ist ja nicht alles ohne Widerspruch vonstattengegangen –, uns im Rahmen des Bündnisses für Wohnen mit allen Akteurinnen und Akteuren im Bereich des Wohnungsmarktes und auch mit allen Betroffenen, Mieterinitiativen und -vereinen auf den Weg zu praktikablen und konkreten politischen Handlungsschritten zu machen. Dies ist ein sehr großer Erfolg, und auf dieser Linie werden wir auch weiter arbeiten.

Es ist unbestritten, dass mit der Änderung des Mietrechts auf Bundesebene vom Dezember 2012 die aktuellen Probleme nicht gelöst werden. Nach wie vor können bei Neuvermietungen weiterhin höhere Mieten ohne jede Begrenzung verlangt werden. Das finden wir nicht richtig, und dem möchten wir politisch auch etwas entgegensetzen. Mit dem neuen Mietrechtsänderungsgesetz, das im Frühjahr in Kraft getreten ist, soll die Zuständigkeit für die Begrenzung der Mietsteigerungen auf die Bundesländer abgewälzt werden, und wir unterstützen ausdrücklich das Vorhaben des Senats, dies per Rechtsverordnung für die gesamte Stadt Bremen zu regeln. Das ist richtig, es kommt der aktuellen Lage auf dem Bremer Wohnungsmarkt entgegen.

Liebe Frau Grönert, Sie haben in diesem Zusammenhang gesagt, die Mietpreisbremse sei nicht notwendig, und der Markt werde es schon richten. Ich nehme es doch so wahr, wenn ich mit den Menschen vor Ort und den unterschiedlichen Institutionen rede: Wenn wir den Markt nicht mit sozialpolitischen Maßnahmen begrenzen und auch nicht politisch mit Maßnahmen eingreifen, dann wird es für viele Menschen keinen bezahlbaren Wohnraum in den Zentren unserer Städte mehr geben, und das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wir wollen ganz bewusst eine Politik betreiben, die es auch ermöglicht – –. Es wurde eben gesagt, man (D)

(A) müsse nach Bremen-Nord ziehen. Ich finde viele Bereiche von Bremen-Nord hervorragend – egal, ob Blumenthal, Vegesack oder Burglesum –, und man kann dort, glaube ich, gut und gern wohnen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und das ist auch überhaupt nichts Schlechtes. Mit den unterschiedlichen Instrumenten, die wir im Rahmen unserer politischen Initiativen ergreifen werden – davon ist die Mietpreisbremse ein Instrument –, werden wir in Bremen und Bremerhaven eine Politik betreiben, die einer weiteren sozialen Spaltung entgegentritt.

Liebe Frau Kollegin Bernhard, ich finde, viele Punkte, die Sie vortragen, sind berechtigt. In vielen Bereichen stehen wir erst am Anfang und brauchen auch weiter gehende Initiativen und Instrumente – diese Ansicht teile ich –, aber ich bin der festen Überzeugung, dass wir dafür auf Bundesebene und in den Bundesländern auch die politischen Mehrheiten brauchen.

Ich bitte alle interessierten Kolleginnen und Kollegen, einmal die Positionen und Beschlüsse des Deutschen Städtetages nachzulesen! Weit über alle Parteigrenzen hinweg wurde der Frage großes Gewicht beigemessen, wohin sich die demografische Entwicklung unseres Landes bewegt, sowohl im Hinblick auf die Entwicklung unserer Städte als auch der Dörfer und kleineren Städte im ländlichen Raum. Ich glaube, das macht noch einmal zwei Punkte deutlich, für die diese Koalition und auch die SPD-Fraktion stehen: Wir müssen hier ganz konkrete Maßnahmen einleiten, und dafür sind die vom Senat vorgeschlagenen Instrumente richtig. Ich bitte daher um Ihre Unterstützung! – Danke schön!

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sprechen heute über die Absicht des Senats, im Interesse der Begrenzung des Anstiegs von Wohnungsmieten von der Ermächtigung des neuen Paragrafen 558 Absatz 3 BGB Gebrauch zu machen. Dazu ist der Erlass einer Rechtsverordnung erforderlich, die voraussetzt, dass die angemessene Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnraum in besonderer Weise gefährdet ist.

Vorhin wurde diskutiert, ob wir eine solche Verordnung für das gesamte bremische Stadtgebiet oder für einzelne Stadtteile erlassen sollten. Wir haben uns das gut überlegt. Es gibt Erfahrungen aus anderen Städten, die Folgendes zeigen: Wenn man versucht, dies nur für bestimmte Stadtteile zu machen, dann

gerät man immer wieder in Schwierigkeiten bei der Abgrenzung dieser Stadtteile und der Ziehung der Grenzen innerhalb des Stadtgebietes. Diese sind Anlass für vielfältige Rechtsstreitigkeiten, die wir vermeiden wollen. Deswegen sind wir der Überzeugung, dass es richtig ist, die Verordnung für die gesamte Stadtgemeinde zu erlassen, denn sie wird dort nützen, wo wir sie benötigen, ohne dass sie irgendwo schadet, wo sie nicht notwendig wäre, weil der Markt das dort tatsächlich von allein regelt. Dort, wo eine geringe Nachfrage herrscht und es Leerstände gibt, wird diese Rechtsverordnung nicht greifen, und deswegen wird sie auch keinen Vermieter in seinen Rechten einschränken.

Die Stadtgemeinde Bremerhaven soll nach dortiger Auffassung, die auch vom Senat geteilt wird, nicht von der Verordnung erfasst werden, weil es dort ein ausreichendes Angebot an preiswerten Wohnungen gibt.

Die Gründe, die für eine solche Verordnung sprechen, sind in den Beiträgen meiner Vorrednerinnen und Vorredner schon angesprochen worden. Wir sind im Moment dabei, belastbare Daten zu erheben, damit die Rechtsverordnung, die wir erlassen, tatsächlich einer gerichtlichen Überprüfung standhält, denn wir müssen nachweisen und untermauern, dass eine konkrete Gefährdungslage besteht. Diese darf nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nicht nur für einzelne Gruppen, die Mietraum nachfragen, bestehen, sondern sie muss auch für durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalte gelten, und das ist die Thematik, an der wir momentan arbeiten.

Unter Berücksichtigung der Praxis der anderen Bundesländer und der dortigen Verfahren zum Erlass von Verordnungen nach Paragraf 558 Absatz 3 BGB wird der Senat dann geeignete Kriterien zur Feststellung der Gefährdung der Wohnungsversorgung entwickeln. Wir werden uns an den anderen Stadtstaaten Hamburg und Berlin und auch an anderen Bundesländern und Städten orientieren, die ähnliche Dinge vorbereiten.

Um das Angebot an preiswerten Wohnungen in Bremen zu verbessern, hat der Senat schon eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt. Er hat am 28. August 2012 das Wohnraumförderungsprogramm 2012/2013 beschlossen und außerdem weitere Maßnahmen zum Thema "Stadtentwicklung durch soziales Wohnen stärken" getroffen. Insbesondere wurde festgelegt, dass beim Verkauf von kommunalen Grundstücken und bei der Schaffung neuen Baurechts 25 Prozent der neu geschaffenen Wohnungen Sozialwohnungen sein müssen.

Die Rolle der GEWOBA wurde angesprochen. Die GEWOBA besitzt ein Siebtel oder ein Achtel der Wohnungen in Bremen und hat bereits jetzt einen mäßigenden Einfluss auf das Mietniveau. Sie ist mit ein Grund dafür, dass wir sagen können, im Vergleich zu anderen Städten moderate Mieten zu haben. Die

(A) GEWOBA verfolgt zudem seit vielen Jahren eine konsequente Politik der sehr moderaten Erhöhung ihrer Mieten, und deshalb hat sie hier einen dämpfenden Einfluss auf den Wohnungsmarkt.

Diese Maßnahmen sind wichtige Schritte zur Verbesserung der Wohnraumversorgung von Haushalten mit kleinen und mittleren Einkommen, sie können die Schwierigkeiten dieser Haushalte aber nicht allein beheben. Wir brauchen weitere Maßnahmen, denn nur die Verordnung zur Begrenzung der Bestandsmieten wird nicht ausreichen. Deswegen hat Bremen weitere Änderungsvorschläge im Bundesrat gemacht, denn wir sind der Meinung, dass wir auch eine Regelung zur Begrenzung des Anstiegs bei Neuvertragsmieten brauchen, die bisher ohne Begrenzung und frei nach oben verhandelt werden können.

Wir sind ebenfalls der Auffassung, dass wir eine Begrenzung von Mieterhöhungen nach Modernisierungen benötigen. Solche Regelungen hat die CDU- geführte Bundesregierung leider abgelehnt, aber wir bleiben konsequent dabei, uns für solche Regelungen einzusetzen. So viel für heute zu diesem Thema! – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 18/886, Kenntnis.

Ich bedanke mich für die engagierten Debatten, wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 17.55 Uhr)

(B)

## Anhang zum Plenarprotokoll

(C)

(D)

## Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Drucksache 18/875

Für den Antrag gestimmt haben die Abgeordneten

(A)

Ahrens, Sandra (CDU) Dr. Korol, Martin (fraktionslos) Bensch, Rainer (CDU) Motschmann, Elisabeth (CDU) Bernhard, Claudia (DIE LINKE) Neumeyer, Silvia (CDU)

Bödeker, Paul (CDU) Piontkowski, Gabriela (CDU)

Dr. vom Bruch, Thomas (CDU) Ravens, Bernd (CDU) Röwekamp, Thomas (CDU) Grobien, Susanne (CDU) Grönert, Sigrid (CDU) Rohmeyer, Claas (CDU)

Häsler, Luisa-Katharina (CDU) Rupp, Klaus-Rainer (DIE LINKE)

Hinners, Wilhelm (CDU) Salomon, Silke (CDU) Imhoff, Frank (CDU) Strohmann, Heiko (CDU)

Kastendiek, Jörg (CDU) Timke, Jan (BIW)

Kau, Carl (CDU) Tuncel, Cindi (DIE LINKE) Knäpper, Erwin (CDU) Vogt, Kristina (DIE LINKE)

Gegen den Antrag haben gestimmt die Abgeordneten

Aytas, Ruken (SPD) Öztürk, Mustafa (Bündnis 90/Die Grünen)

Böschen, Sybille (SPD) Öztürk, Patrick (SPD) Bolayela, Elombo (SPD) Oppermann, Manfred (SPD) Brumma, Winfried (SPD) Peters-Rehwinkel, Insa (SPD)

Dogan, Sülmez (Bündnis 90/Die Grünen) Pohlmann, Jürgen (SPD) (B) Dr. Eversberg, Ulf (Bündnis 90/Die Grünen) Reinken, Dieter (SPD)

Fecker, Björn (Bündnis 90/Die Grünen) Rosenkötter, Ingelore (SPD) Garling, Karin (SPD) Ryglewski, Sarah (SPD) Gottschalk, Arno (SPD) Saffe, Jan (Bündnis 90/Die Grünen)

Grotheer, Antje (SPD) Saxe, Ralph (Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Güldner, Matthias (Bündnis 90/Die Grünen) Dr. Schaefer, Maike (Bündnis 90/Die Grünen) Güngör, Mustafa (SPD) Dr. Schierenbeck, Anne (Bündnis 90/Die Grünen)

Güngör, Sanem (SPD) Schildt, Frank (SPD) Gürlevik, Aydın (SPD)

Dr. Schlenker, Stephan (Bündnis 90/Die Grünen) Hamann, Rainer (SPD) Schmidtke, Margitta (SPD)

Hoch, Doris (Bündnis 90/Die Grünen)

Schmidtmann, Dirk (Bündnis 90/Die Grünen) Holsten, Reiner (SPD) Schön, Silvia (Bündnis 90/Die Grünen)

Hoppe, Marie (Bündnis 90/Die Grünen) Senkal, Sükrü (SPD)

Jägers, Wolfgang (SPD) Seyrek, Mehmet-Ali (SPD) Dr. Kappert-Gonther, Kirsten (Bündnis 90/Die Grünen) Tsartilidis, Elias (SPD) Kottisch, Andreas (SPD) Tschöpe, Björn (SPD)

Krümpfer, Petra (SPD) Tuchel, Valentina (SPD) Dr. Kuhn, Hermann (Bündnis 90/Die Grünen) Vogelsang, Rolf (SPD)

Liess, Max (SPD) Weber, Christian (SPD) Mahnke, Manuela (SPD) Weigelt, Helmut (SPD)

Möhle, Klaus (SPD) Wendland, Susanne (Bündnis 90/Die Grünen) Dr. Mohammadzadeh, Zahra (Bündnis 90/Die Grünen) Werner, Carsten (Bündnis 90/Die Grünen) Neddermann, Linda (Bündnis 90/Die Grünen) Willmann, Frank (Bündnis 90/Die Grünen)

(A)

(B)

### Anhang zum Plenarprotokoll

(C)

(D)

## Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Drucksache 18/912

Für den Antrag gestimmt haben die Abgeordneten

Aytas, Ruken (SPD) Öztürk, Mustafa (Bündnis 90/Die Grünen)

Böschen, Sybille (SPD) Öztürk, Patrick (SPD)
Bolayela, Elombo (SPD) Oppermann, Manfred (SPD)

Brumma, Winfried (SPD)

Peters-Rehwinkel, Insa (SPD)

Dogan, Sülmez (Bündnis 90/Die Grünen)

Pohlmann, Jürgen (SPD)

Pecker, Björn (Bündnis 90/Die Grünen)

Reinken, Dieter (SPD)

Rosenkötter, Ingelore (SPD)

Garling, Karin (SPD)

Ryglewski, Sarah (SPD)

Gottschalk, Arno (SPD)

Saffe, Jan (Bündnis 90/Die Grünen)

Grotheer, Antje (SPD)

Saxe, Ralph (Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Güldner, Matthias (Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Schaefer, Maike (Bündnis 90/Die Grünen)

Güngör, Mustafa (SPD)

Dr. Schierenbeck, Anne (Bündnis 90/Die Grünen)

Güngör, Sanem (SPD)

Schildt, Frank (SPD)

Gürlevik, Aydın (SPD) Dr. Schlenker, Stephan (Bündnis 90/Die Grünen)

Hamann, Rainer (SPD) Schmidtke, Margitta (SPD)

Hoch, Doris (Bündnis 90/Die Grünen)

Schmidtmann, Dirk (Bündnis 90/Die Grünen)

Holsten, Reiner (SPD) Schön, Silvia (Bündnis 90/Die Grünen)

Hoppe, Marie (Bündnis 90/Die Grünen) Senkal, Sükrü (SPD)

Jägers, Wolfgang (SPD)

Seyrek, Mehmet-Ali (SPD)

Dr. Kappert-Gonther, Kirsten (Bündnis 90/Die Grünen)

Kottisch, Andreas (SPD)

Krümpfer, Petra (SPD)

Tschöpe, Björn (SPD)

Tuchel, Valentina (SPD)

Dr. Kuhn, Hermann (Bündnis 90/Die Grünen)

Liess, Max (SPD)

Weber, Christian (SPD)

Mahnke, Manuela (SPD)

Weigelt, Helmut (SPD)

Möhle, Klaus (SPD)

Wendland, Susanne (Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Mohammadzadeh, Zahra (Bündnis 90/Die Grünen)

Neddermann, Linda (Bündnis 90/Die Grünen)

Werner, Carsten (Bündnis 90/Die Grünen)

Willmann, Frank (Bündnis 90/Die Grünen)

Gegen den Antrag haben gestimmt die Abgeordneten

Ahrens, Sandra (CDU) Dr. Korol, Martin (fraktionslos)
Bensch, Rainer (CDU) Motschmann, Elisabeth (CDU)

Bernhard, Claudia (DIE LINKE)

Neumeyer, Silvia (CDU)

Bödeker, Paul (CDU)

Piontkowski, Gabriela (CDU)

Dr. vom Bruch, Thomas (CDU)

Grobien, Susanne (CDU)

Grönert, Sigrid (CDU)

Röwekamp, Thomas (CDU)

Rohmeyer, Class (CDU)

Häsler, Luisa-Katharina (CDU) Rupp, Klaus-Rainer (DIE LINKE)

Hinners, Wilhelm (CDU)

Imhoff, Frank (CDU)

Salomon, Silke (CDU)

Strohmann, Heiko (CDU)

Kastendiek, Jörg (CDU)

Timke, Jan (BIW)

Kau, Carl (CDU)

Tuncel, Cindi (DIE LINKE)

Knäpper, Erwin (CDU)

Vogt, Kristina (DIE LINKE)